

DIE WELTWOCH



Zuger Millionenskandal: Persilschein der Regierung

Stadtpräsident Müller (SP) unterschrieb ein amtliches Dokument, das den mutmasslichen Veruntreuer mit falschen Angaben reinwusch. *Von Philipp Gut*

Die Rache der Geografie

Grund und Boden sind die wahren Triebkräfte der Geschichte. Ein Gespräch mit dem brillanten Reisegelehrten Robert D. Kaplan. *Von Urs Gehriger*


ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

Life is in the movement



EL PRIMERO
CHRONOMASTER 1969

www.zenith-watches.com

CERTINA

swiss time maker 1888



DS PODIUM

GMT – ZWEITE ZEITZONE (24 H)
12-STUNDEN-CHRONOGRAPH

Saphirglas
Edelstahl

Wasserdicht bis zu einem
Druck von 10 Bar (100 m)

Swiss Made

WWW.CERTINA.COM

In diesen Tagen erscheint ein neuer «Schweizer Knigge» auf dem Markt. Bis heute gebe es kein vergleichbares Buch, das «einen vertieften Überblick über die gesellschaftlichen Konventionen» im Land gebe, schreibt Autor Christoph Stokar. Das ist falsch. 1933 veröffentlichte Adolf Guggenbühl den «Schweizerischen Knigge», der bis 2001 in immer wieder ergänzter und aktualisierter Form das Standardwerk für gutes Benehmen im Lande war. Was unterscheidet den alten «Schweizer Knigge» vom neuen? Wie haben sich Anstand und Umgangsformen in der Schweiz verändert? Kulturredaktor Rico Bandle hat die



Gutes Benehmen: «Schweizer Knigge».

beiden Versionen verglichen und dabei viel Überraschendes vorgefunden. **Seite 54**

Die *Weltwoche*-Recherchen über die dubiosen Geschäfte des Zuger Stadtrats Ivo Romer (FDP) haben im Innerschweizer Finanzzentrum zu einigen Turbulenzen geführt. Am Dienstag ist Romer per sofort und «im Interesse Zugs» zurückgetreten, wie der Stadtrat mitteilt. Die Regierung stellt sich aber nach wie vor hinter den gestrauchelten Kollegen und tadelt die angebliche mediale «Vorverurteilung». Nicht nur in Zug fragt man sich, woher diese heftige Solidarität rührt. Eine Antwort findet sich in den Akten, wie Philipp Gut in dieser Ausgabe zeigt. In einem Schlüsseldokument des Falls, das der *Weltwoche* vorliegt, kam die Regierung im Juni 2008 nach der Prüfung der «gesamten Vermögensverhältnisse» zum Schluss, es stehe alles zum Besten. Stadtpräsident Dolfi Müller (SP) unterschrieb persönlich das Dokument,

das Romer mit falschen Angaben reinwäscht: ein Persilschein der Regierung. **Seite 16**

Wir trafen ihn zwischen dem «Arena»-Auftritt und der Feier zum 20-Jahr-Jubiläum des EWR-Neins in Biel. Der Eindruck, Christoph Blocher sei durch die vielen Anlässe dieser Tage etwas müde und abgespannt, täuschte. Weil seine Frau abwesend war, servierte der



Schnell und angriffig: EWR-Gegner Blocher.

Hausherr den Gästen Schwarztee und Kaffee ausnahmsweise selber. Im Gespräch war Blocher so schnell und angriffig wie eh und je. «Burkhalter weiss nicht, was er will», sagte er. Und zum Stichwort «Eveline Widmer-Schlumpf»: «Ist, glaube ich, Bundesrätin.» **Seite 30**

Robert D. Kaplan bereist seit 35 Jahren die verwüsteten Plätze dieser Welt. Nach dem Kalten Krieg war der Politikwissenschaftler einer der Ersten, der die neue Anarchie und die ethnischen Konflikte in der Dritten Welt prognostizierte. Seither beeinflusst sein erbarmungsloser Realismus Entscheidungsträger in den USA. So soll die Lektüre von Kaplans Buch «Balkan Ghosts» Präsident Clinton davon abgehalten haben, Streitkräfte auf den Balkan zu entsenden. Nun hat Kaplan sein neuestes Werk vorgelegt: «The Revenge of Geography». Nicht Politiker und die Qualität von Institutionen entschieden über Reichtum und Armut, sagt er. Damit widerspricht er frontal der These des Bestsellers «Why Nations Fail», die der Autor James Robinson letzte Woche hier präsentierte. Seit dem Altertum habe sich kaum etwas fundamental geändert, sagt Kaplan im Gespräch mit Urs Gehrig: «Nicht der Mensch, sondern die Geografie ist der Schlüsselfaktor der Geopolitik.» **Seite 58**

Ihre Weltwoche

18 81 meister COLLECTION



Stier | Brosche | Teekanne
Entworfen und hergestellt in den Ateliers von Meister Zürich

18
81
meister
ZÜRICH

Juwelen, Bahnhofstrasse 33, 8001 Zürich
Silber & Tafelkultur, Augustinergasse 17, 8001 Zürich
www.meister-zurich.ch



Für unter den Baum: die Geschenkkarte.

Schenken Sie Freude! Mit einer Geschenkkarte von Coop landen Sie immer einen Volltreffer. Sie bestimmen lediglich den Wert und überlassen es dem Beschenkten, wo er seine Wünsche erfüllen möchte. Die Coop Geschenkkarte – in jeder Verkaufsstelle – einfach aussuchen und verschenken!

coop

Für mich und dich.

*Damit Unternehmen
dort liquide sind,
wo sie es brauchen.
UBS Cash Management.*



Jetzt beraten lassen:
Telefon 0844 853 002
www.ubs.com/cashmanagement

**Cash Management und Zahlungsverkehr
sind unser Handwerk seit 1862.**

UBS Cash Management bietet ideale Lösungen für Geschäfte in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Eine Vielzahl flexibler und transparenter Lösungen decken sämtliche individuellen Bedürfnisse bezüglich Cash-Übersicht, Cash-Bewegung, Cash-Anlage und System-Integration optimal ab. Vereinbaren Sie einen persönlichen Termin.

Wir werden nicht ruhen



Letzte Woche

Gute Nachrichten.
Die SBB. Corine Mauch.
Geschichtsphilosophie.
Von Roger Köppel

Erfreulich: Der Nationalrat versenkte dieser Tage den Vorstoss, die Verfassungsgerichtsbarkeit in der Schweiz auszubauen. Das ist kein Rückfall in die Barbarei, sondern eine vernünftige Massnahme. In der Schweiz ist der Souverän das Volk und dieses damit der Gesetzgeber. Unsere Verfassung ist ein von Menschen in demokratischen Verfahren gestaltetes Dokument, das jederzeit abänderbar ist und den Erfordernissen der Zeit angepasst werden kann. Die Vorstellung, dass wir einen Wächterrat aus Richtern brauchen, die über die Rechtmässigkeit demokratischer Entscheidung befinden, verstösst letztlich gegen die Idee, auf der die Schweiz errichtet wurde: Die Eidgenossenschaft ist eine frühneuzeitliche Rechtsgemeinschaft, die sich die Fähigkeit, selber Gesetze zu verabschieden ohne Könige und «fremde Vögte», offensiv zutraute. Wer heute Demokratie und Rechtsstaat in der Schweiz gegeneinander ausspielt, verkennet die Schweiz und fährt eine versteckte Agenda: Es geht ihm am Ende darum, das unbequeme, weil gesetzgebende und sich einmischende Volk zurückzubinden. Der Nichtausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit ist eine gute Nachricht.

Fassungslos hingegen verfolge ich als ausdrücklicher Befürworter des Zugfahrens den ungebremsten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die SBB sollen gemäss Ständerat mit 6,4 Milliarden Franken aufgerüstet werden. Der Bundesrat findet, 3,5 Milliarden Franken seien genug, und wirkt geradezu bescheiden. Experten vermuten, dass sich die höhere Zahl am Ende durchsetzen wird. Warum ich von Wahnsinn spreche? Weil die SBB seit den achtziger Jahren und seit dem «Waldsterben», das nicht stattfand, in zweierlei Hinsicht künstlich hochgezüchtet wurden. Erstens: Die Infrastruktur wurde massiv ausgebaut, um die Leute von den Strassen wegzulocken. Das kostete sehr viel Geld. Zweitens wurden die Billettpreise ähnlich wie Krankenkassenprämien künstlich verbilligt, um noch mehr Leute von der Strasse wegzulocken.

Es öffnete sich eine doppelte Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen. Ich will nicht daran denken, was an noch nicht verbuchten Kosten auf die Schweiz zukommt, wenn die milliardenteure Neat dereinst betrieben werden muss. Bis jetzt sind sichtbar nur



«Ohne Könige und fremde Vögte.»

die Herstellungskosten budgetiert, die Unterhaltskosten bleiben zur Besänftigung des Publikums unter dem Radar.

Ich gehe nicht so weit wie mein verstorbener Freund und Porsche-Fahrer Peter Uebersax, der das Schweizer Eisenbahnsystem etwas böse, aber nicht unfundiert als «Verkehrskolchose» bezeichnete (sein Grossvater war ein hoher Sowjet-Funktionär). Aber irgendwann muss es genug sein. Der neue SBB-Fonds soll durch neue Abgaben auf dem privaten Personenverkehr bestückt werden und durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Preiserhöhungen werden wohl unvermeidlich sein, doch

Die grosse historische Frage lautet: Ist die Schweiz aus eigener Kraft frei und unabhängig geblieben?

bereits meldet die an künstlich tiefgehaltene Tarife gewöhnte SBB-Kundschaft militanten Widerstand gegen solche Pläne an. Ich habe den Verdacht, dass man echte Kapazitätsengpässe auf den Schienen lösen könnte, ohne gleich den «Big Bang» einer Fundamentalvergrösserung anzustreben: höhere Frequenz auf wichtigen Strecken, ja, aber braucht es denn wirklich mehr Umlaufdichte auf Abschnitten wie Fiesch–Zermatt oder Chur–St. Moritz? Ich plädiere für Entschleunigung und Bescheidenheit und auch für mehr Toleranz gegenüber dem Strassenverkehr, der seit Jahren schikaniert und belastet, schlechteredet und für alle möglichen Umweltsünden für schuldig erklärt wird. Trotz allen Umerziehungsversuchen rollen dennoch fast 90 Prozent des Gesamtverkehrs über die Strassen, und, wie mir Experten glaubhaft

versichern, decken die Automobilisten und Lastwagenfahrer alle ihre Kosten und ökologischen Nebenwirkungen zu mehr als 100 Prozent ab. Es wird Zeit, auf den Schienen den geordneten Rückzug einzuleiten.

Kürzlich diskutierten wir bei einem Abendessen über die allgemein als farblos geltende Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch. Mit einer Ausnahme (FDP) waren alle Kollegen am Tisch der Meinung, die grösste Schweizer Stadt brauche eine extrovertiertere, bürgerlichere, glamourösere und bessere Vertretung an der Spitze. Die ausgebildete Naturwissenschaftlerin Mauch decke den Grandezza-Bedarf nicht ab, den ihr Vorgänger Elmar Ledergerber doch so wortreich und unbestritten hinterlassen habe. Ich erappte mich dabei, die an sich einleuchtend klingenden Argumente flach und falsch zu finden. Instinktiv regte sich Widerspruch, dem ich allerdings auch nicht ganz traute.

Politisch begeistert sie mich nicht. Ich fand Mauchs Avancen gegenüber der «kreativen Szene» immer peinlich. Ihre Energiespar-konzepte überzeugen mich nicht. Trotzdem hat die Stadtpräsidentin etwas. Was ist es? Wenn sich der Charakter im Gesicht ausdrückt, haben wir es mit einer intelligenten, vertrauenswürdigen, undogmatisch-sachlichen Person zu tun, der ich zutraue, dass man sich mit ihr vernünftig unterhalten kann. Ihren Mangel an rhetorischem Glanz deute ich als Hinweis auf Bodenständigkeit und Common Sense. Vielleicht irre ich mich, aber Corine Mauch ist intelligent und unterschätzt. Möglicherweise ist es auch einfach nur wohl-tuend, nach dem Testosteron-Politiker Ledergerber weniger Lärm aus dem Stadthaus zu vernehmen. Ein böser Verdacht: Sind mir linke Politiker vor allem dann sympathisch, wenn sie nicht auffallen?

Die grosse historische Frage lautet: Ist die Schweiz aus eigener Kraft frei und unabhängig geblieben? Oder aber sind wir lediglich das Resultat der freundlichen Duldung durch auswärtige Mächte? Die Frage rührt ans Selbstverständnis der Willensnation, die sich einbildet, ihr eigener Wille sei am Ende ausschlaggebend. Geschichtsdeuter wie Germanist Peter von Matt oder Historiker Thomas Maissen widersprechen. Sie sehen die Schweiz als Produkt ausländischer Toleranz, für die wir uns bedanken sollten. Ich halte dagegen: Wer nicht unabhängig sein will, dem wird auch keine Unabhängigkeit zugestanden. Am Ursprung der Schweiz steht der Wille, anders zu sein als die anderen. Ob die anderen zulassen, dass es die Schweiz gibt, ist eine nachgeordnete Frage. Der eigene Wille zur Identität geht der Toleranz, mit der andere auf diese Identität reagieren, immer voraus. Von Matt und Maissen liegen logisch falsch.



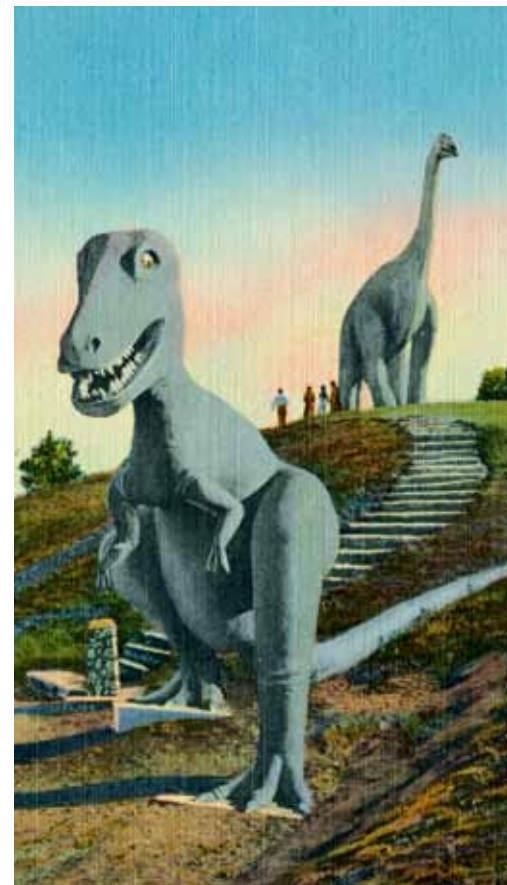
Winterparadies: Südtirol. Seite 38



Zuger Stadtregierung mit Ivo Romer (l.): Seite 16



In der Kritik: Finma-Chef Raaflaub. Seite 46



Historischer Irrtum: Brontosaurus. Seite 50

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Klimagipfel in Doha

11 Im Auge Oystein Olsen, Statistiker

12 Demokratie Volkswahl des Bundesrates

12 Steuerabkommen Widmer-Schlumpfs letzter Trumpf

15 Personenkontrolle Leuthard, Hollenstein, Halter etc.

15 Nachruf Vladka Meed, Widerstandskämpferin

16 Fall Romer: Persilschein der Regierung

Skandal um den gestrauchelten Zuger Finanzchef

19 Zug Nationalrat Josef Lang zum Fall Romer

20 Die Deutschen Das Vermächtnis

20 Wirtschaft Mit schlechtem Beispiel voran

23 Ausland Im Labyrinth der Krise

24 Mörgeli Zwei Jahrzehnte in Erstarrung

24 Bodenmann Irrlehren und ihre Lehrer

27 Medien Warum liest kaum jemand die Woz?

27 Kostenkontrolle Fünf Franken für eine Nacht Strassenstrich

28 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

30 «Burkhalter weiss nicht, was er will»

SVP-Nationalrat Christoph Blocher sieht die Schweiz in der gleichen Situation wie 1992 vor der EWR-Abstimmung

33 «Bloss ein Trainingslager»

Was Politiker 1992 zum EWR sagten – und was heute

35 Bundesrat Im Zweifel für Palästina

37 Fall «Waldau» Die psychiatrische Klinik ist am Boden

38 Die Romantik des Winters

Sechs Reiseziele, die man am besten zu zweit besucht

40 «Jeder hat ein Haus in der Heimat»

Der alltägliche Fall eines überführten Fürsorge-Betrügers

42 Eine nicht gehaltene Rede

Zum Abschied von Martin Kall als CEO von Tamedia

44 Astronomie Entdeckung eines riesigen schwarzen Lochs

45 Essay Ein Hoch auf den Big Mac

46 Die kalte Hand des Regulators

Gefährdet die Finma den Finanzplatz Schweiz?

48 Syrien Letzte Phase im Krieg gegen Präsident Assad

49 Spenden Fette Geschäfte mit «Non-Profit»

50 Popeye zweimal reingelegt

Forscher täuschen sich viel öfter, als man denkt

52 Cervelats für die Glücksritter

Wie Schweizer Chefs Südländern bei der Integration helfen

54 Der Benimm-Sonderfall

Der neue «Schweizer Knigge» und das Original von 1933

56 Ökologische Korrektheit für Kinder

Staatlich besoldete Aktivisten im Schulunterricht



Hier erfahren Sie mehr: Telefon 0840 356 911.

Investieren Sie in bleibende Werte: Ihre Träume.

Die Panamera Platinum Edition.

Träume haben Konjunktur. Beim Panamera veredeln wir deshalb die automobiler Oberklasse mit einer besonders emotionalen Wertanlage: der Panamera Platinum Edition. Mit erweiterter Serienausstattung, mit eigenständigen Designdetails und mit einem Preis, der den sportlichen Vergleich nicht scheuen muss. Unter www.porsche.ch/panamera-platinum-d erfahren Sie mehr.



PORSCHE



«Geografie prägt die Kultur und die Menschen»: Autor Kaplan. Seite 58

Interview

58 Die Rache der Geografie

Die Welt ist kein globales Dorf, sagt der Autor Robert D. Kaplan. Die Überwindung von Distanzen durch moderne Technologie schüre gefährliche Illusionen

Stil & Kultur

62 Stil & Kultur Cecil Beaton, Fotograf

64 Mississippi als Bewusstseinsstrom

Hundert Jahre nach seinem Tod erscheint Mark Twains «Geheime Autobiographie»

65 Jazz Bobo Stenson Trio

66 Top 10

66 Kino «Seven Psychopaths»

67 Fernseh-Kritik «Afrika – Der ausgeraubte Kontinent»

68 Namen Von Hausi Leutenegger bis Udo Jürgens

69 MvH Mein Vorbild

69 Gesellschaft «Swatting» wird zum Problem

70 Die Besten Die Frauen um Albert Einstein

71 Thiel Hello Lenin

71 Wein Château Couronneau Bordeaux supérieur 2010

73 Auto Subaru Impreza 1.6i AWD Swiss two

74 Hochzeit Edith und Wolfgang Müller

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrig,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (Los Angeles),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (New York),

Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (Leitung),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (Assistentin)

Layout: Tobias Schär (Leitung),

Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempster (Leitung), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojaj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rüegger

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung),

Christine Lesnik (Leitung Stil-Ausgaben),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt
auf Recyclingpapier, das aus
100 % Altpapier hergestellt ist.
Es schont damit Ressourcen,
Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel
empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte
entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



A full-page advertisement featuring five male models standing in a row on a sandy beach. They are wearing various styles of dark, quilted winter jackets and heavy boots. In the background, a city skyline is visible under a cloudy sky. The brand name 'strellson' is prominently displayed in large red letters across the middle of the image.

strellson

SHOP AT STRELLSON.COM



Champagner fürs Hirn.



Verblüffen Sie mit einem prickelnden Weihnachtsgeschenk. Und bleiben Sie 50 Wochen in bester Erinnerung. Bestellen sie jetzt ein Geschenkabon unter www.weltwoche.ch/abo oder rufen Sie unseren Kundendienst an: Telefon 043 444 57 01.

Gipfel des Stillstands

Von Alex Reichmuth — Die Staaten werden sich auch in Doha nicht auf wirksamen Klimaschutz einigen. Statt auf nutzlose Gesprächsrunden sollte man auf die Kraft der Innovation vertrauen.



Selbstgefälliges Ritual: Aktivisten in Doha.

Siebzehn mehr oder weniger erfolglose Weltklimakonferenzen gingen seit Mitte der 1990er Jahre schon über die Bühne. Derzeit läuft in Doha im Wüstenstaat Katar die Auflage Nummer achtzehn. Doch auch diesmal wird sich die Staatengemeinschaft nicht in Richtung eines weltweiten Klimaabkommens bewegen. «Ein neuer Gipfel des Stillstands», schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schon zu Beginn der Veranstaltung.

Zwar mangelt es auch diesmal nicht an düsteren Prophezeiungen, was der Welt ohne funktionierenden Klimaschutz drohe, sowie an flammenden Aufrufen, sich endlich auf eine Reduktion des CO₂-Ausstosses zu einigen. Die Menschheit laufe Gefahr, «Selbstmord im grossen Stil zu begehen», warnte der britische Thronfolger Prinz Charles vor der Konferenz in Doha. Hans Joachim Schellnhuber, deutscher Klimaforscher und Berater von Kanzlerin Merkel, mahnte derweil daran, die Hoffnung auf die Weltrettung aufzugeben. In der *Zeit* sprach er von einer «Restchance» von zehn Prozent, eine dramatische Erderwärmung im letzten Moment noch abzuwenden.

Allein, solche heroischen Plädoyers verhallen immer häufiger ungehört. Die alljährlichen Klimakonferenzen samt ihrer Begleitmusik sind zu einem selbstgefälligen Ritual erstarrt, das mittlerweile zur Vorweihnachts-

zeit gehört wie der Besuch des Sankt Nikolaus. Verglichen mit früheren Jahren, ist der Platz, den die Medien diesem Ritual zubilligen, drastisch zurückgegangen.

Erstaunlich ist das nicht. Denn die Positionen der Staaten sind seit Jahren festgefahren: Die Industrienationen wollen den Klimaschutz nicht mehr im Alleingang schultern und drängen die Schwellen- und Entwicklungsländer, ebenfalls Reduktionsziele anzustreben. Doch diese verweisen auf die historische Schuld des Westens und wollen sich höchstens dann zu Massnahmen verpflichten, wenn sie alles von anderen Staaten finanziert bekommen. Unter diesen Bedingungen bleibt ein wirksames Klimaabkommen eine Illusion.

Wahrscheinlich wird es zwar auch am Ende der Konferenz in Doha irgendeine formelle Einigung geben. Die 195 beteiligten Staaten beschliessen, dass sie sich in den nächsten Jahren zusammenraufen wollen, auf ein wirksames Klimaabkommen hinzuarbeiten. Oder so ähnlich. Es wird irrelevant sein. Denn längst ist klar, dass der Lauf der Welt – und damit auch der künftige Ausstoss an Klimagasen – nicht an Konferenzorten wie Kopenhagen, Durban oder Doha bestimmt wird, sondern von ganz anderen Faktoren abhängt.

CO₂-Reduktion dank Schiefergas

Amerika etwa, das politisch nichts von Klimaschutz wissen will, hat in den letzten Jahren seinen CO₂-Ausstoss stärker gesenkt als Europa, das diesbezüglich eigentlich als Musterschüler gilt. Der Grund waren aber nicht bewusste Sparbemühungen, sondern die Tatsache, dass in den USA dank neuartiger Fördertechniken billiges Schiefergas in rauen Mengen zur Verfügung steht, das die Kohle je länger, je mehr als Energieträger ersetzt. Und Gas produziert (bei gleicher Leistung) nur halb so viel Klimagas wie Kohle. Die überschüssige Kohle wird stattdessen nach Europa exportiert und hier verfeuert.

Wie das Beispiel zeigt, werden nebst der wirtschaftlichen Entwicklung technische Innovationen darüber entscheiden, wo in Zukunft wie viel Klimagas ausgestossen werden. Stehen günstige Technologien zur Verfügung, wird sich der CO₂-Ausstoss fast von selber reduzieren. Statt jedes Jahr von neuem zum Lamento über den Untergang der Welt anzusetzen, gilt es vielmehr, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Erfindergeist seine Wirkung entfalten kann.

Der Reichste



Oystein Olsen, Statistiker.

Gerade zur Zeit des Wünschens und Schenkens hat die *Bilanz* wieder die Neid-Rangliste der reichsten Schweizer entfaltet, und wie immer behauptet dieser zauselige Schwede aus Epalinges die Spitze. Ein ziemlich knauseriger alter Herr, wie man hört, und im internationalen Vergleich des Geldausgebens, denn darauf kommt es schliesslich an – die Kohle zu verbrennen, damit sie die Leute wärmt –, hätte er überhaupt nichts zu bestellen gegen einen Nachbarwikinger namens Oystein Olsen. Den kennt ausserhalb der Fjorde und Ölbohrinseln Norwegens kaum jemand, so er ihn nicht mit einem gleichnamigen Eishockeyspieler verwechselt. Der sechzigjährige Olsen, der bis vor einem Jahr noch mit der Handynummer im Internet stand, ist zwar nicht, was sein Bankkonto betrifft, so reich wie der reichste Mann der Welt, der mexikanische Telefonmagnat Carlos Slim Helú, der laut *Forbes* 69 Milliarden Mäuse besitzt. Dafür verfügt er über ein Einsatzkapital von sage und schreibe 656 Milliarden Dollar, rund 610 Milliarden Franken.

Verstreut hat Olsen diese Märchensumme aus dem grössten Staats- und Pensionsfonds des Erdballs an den Börsen, in Anleihen und Immobilien, selbst die halbe Regent Street im Herzen Londons gehört dank seiner Fürsorge dem norwegischen Volk. Unlängst wagte der knochentrockene Staatsdiener, der zuvor das statistische Amt geleitet hatte, ein Eigenlob: Dank stabilisierenden Papierkäufen habe er, als in der Finanzkrise niemand mehr zu investieren wagte, ein bisschen die Welt gerettet. Olsen ist seit Anfang 2011 Präsident der Norges Bank, der norwegischen Nationalbank, und verwaltet den «Government Pension Fund – Global», der mehr Kapital angehäuft hat als die Staatsfonds von Saudi-Arabien, Abu Dhabi, Kuwait, Katar und China. Das Problem ist: Geld hält die Zeit nicht an. Der reichste Herrscher, der je auf Erden lebte, war König Mansa Musa I. von Mali (1280–1337). Es ging damals in Timbuktu noch nicht um Öl, sondern um Salz. Aber seine Verschwendungssucht ruinierte ihn, sogar sein Gold wurde wertlos. Es gibt ihn noch im Computerspiel «Civilization». *Peter Hartmann*

Im Volkswohl

Von Alex Baur — Die Volkswahl des Bundesrates ist ein Gebot der Gewaltentrennung.

Selten kommt es vor, dass Politiker das Volkswohl über ihre eigenen Interessen stellen. Umso mehr ist es der SVP anzurechnen, dass sie eine Initiative für die Volkswahl des Bundesrates lanciert hat. Denn sie nimmt damit in Kauf, nicht mehr in der Landesregierung vertreten zu sein. Die polarisierende Rechtspartei hat stets Mühe, bei Volkswahlen Mehrheiten für ihre Exponenten zu finden. Respekt verdienen auch jene linken Parlamentarier wie etwa Balthasar Glättli (Grüne), die mit demselben Handicap kämpfen und sich trotzdem für die Volkswahl aussprechen.

Die im National- und Ständerat – beide Kammern haben die Initiative mit überwältigendem Mehr abgelehnt – gegen die Initiative vorgebrachten Argumente sind fadenscheinig und zeugen von einem seltsamen Demokratieverständnis. So wird etwa ein «Dauerwahlkampf» beschworen, der die Bundesräte «lahmlegen», sie von der Arbeit oder gar ihrem internationalen Engagement ablenken könnte. Andern schwant, dass bevölkerungsreiche Stände Randregionen von den Töpfen der Macht verdrängen würden. Sämtliche Erfahrungen aus den Kantonen widerlegen solche Bedenken. Das Wahlvolk interessiert sich schon lange nicht mehr dafür, aus welchem Dorf die Kandidaten stammen; entscheidend sind Persönlichkeiten und Meinungen.

Geradezu abstrus ist der Einwand von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), wonach die Volkswahl das Gleichgewicht der Gewalten in Frage stelle. Das Gegenteil ist richtig: Die Wahl der Exekutive durch die Legislative verstösst in eklatanter Weise gegen das Prinzip der Gewaltentrennung. Dieses helvetische Unikum ist historisch erklärbar, mittlerweile aber überholt. Ebenso verquer ist die Behauptung, die Volkswahl würde zu einer Materialschlacht zwischen den Parteien verkommen. Im Gegensatz zu den Parlamentariern kümmert sich der Souverän herzlich wenig um die parteitaktischen Ränke, welche seit geraumer Zeit die Bundesratswahlen entscheiden.

Die Wahl durch das Volk würde die Regierung stärken. Wenn sich die Kandidaten landesweit durchsetzen müssten, hätte dies einen integrativen Effekt auf die Schweiz. Den Bundesräten würde es auch nicht schaden, wenn sie sich etwas mehr unter Volk mischten, statt ständig um die Gunst der eigenen Kaste zu buhlen. Dass die Parlamente ihre Macht nicht freiwillig abtreten, versteht sich von selbst. Aber dafür gibt es ja Volksinitiativen.

Widmer-Schlumpfs letzter Trumpf

Von Daniel Kesselmeier — Der Vertrag mit Deutschland über die Abgeltungssteuer war bereits abgeschlossen. Will ihn die Schweiz retten, indem sie die «Abschleicher» doch noch ans Messer liefert?

Am 23. November 2012 schienen die Würfel gefallen zu sein: Die deutsche Länderkammer versagte dem Abgeltungssteuerabkommen die Zustimmung. Zwar wird am 14. Dezember nochmals im sogenannten Vermittlungsausschuss verhandelt, doch niemand will offiziell an einen Erfolg glauben.

Alles für die Katz also? Nicht ganz: Wie aus Kreisen deutscher Steueranwälte verlautet, wird im Geheimen eifrig weiterverhandelt. Die deutsche Regierung, die im Gegensatz zur Opposition für die Staatsrechnung verantwortlich und auf die Steuererträge angewiesen ist, will unbedingt am Abkommen festhalten – immerhin sollen so innert Kürze mehrere Milliarden aus der Schweiz in die klapprige deutsche Bundeskasse überwiesen werden.

Nun wird die deutsche Regierung von der Opposition in den Schwitzkasten genommen: Diese ist dem Vernehmen nach bereit, ihren Widerstand gegen das Abkommen aufzugeben, wenn dafür im Gegenzug Finanzminister Schäuble das innerdeutsche Steuerrecht in ihrem Sinn verschärft. Das sind neue Töne.

Und was tut die Schweiz? Der *Blick* hatte am 21. November vermeldet, der Bundesrat wolle zur Rettung des Abkommens gegenüber Deutschland weitere Zugeständnisse machen und im Rahmen von künftigen Gruppenanfragen die Kundendaten der «Abschleicher»

anbieten, also derjenigen deutschen Kunden, die ihre Guthaben vor Inkrafttreten des Abkommens aus der Schweiz abziehen wollen.

Ein Sprecher des zuständigen Staatssekretariats erklärte, es gebe «aus unserer Sicht zurzeit nichts Neues zu kommunizieren». Ein Dementi tönt anders. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wiederum beteuert, es gebe «nur dieses Abkommen oder keines», der Staatsvertrag werde nicht abgeändert. Die Botschaft: keine weiteren Zugeständnisse!

Das ist Augenwischerei, die Bundesrätin weiss, dass sich die Gruppenanfragen gar nicht auf das Abkommen mit Deutschland, sondern auf das revidierte Schweizer Steueramtshilfegesetz stützen werden. Dieses Gesetz ist die Folge eines OECD-Entscheids vom 18. Juli 2012: Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich damals (inklusive Schweizer Stimme) dazu, Regelungen zu erlassen, gemäss denen zukünftig ein Austausch von Steuerdaten auch möglich sein soll, wenn nicht das strafbare Verhalten einer individuellen Person, sondern das Verhalten einer ganzen Gruppe Gegenstand eines Auskunftsbegehens ist. Das Schweizer Gesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Nach langem politischem Gerangel haben sowohl National- als auch Ständerat entschieden, dass das Gesetz nicht rückwirkend angewandt wird, sondern die entsprechenden Anfragen erst für den Zeitraum nach Anfang 2013 möglich sind.

Der Bundesrat könnte allerdings in der Inkraftsetzungsverordnung doch noch die rückwirkende Anwendung durch die Hintertür einführen. Dafür, dass dies geplant ist, spricht auch, dass die Bankiervereinigung gegenüber *20 Minuten* entsprechende Gerüchte nicht kommentiert, sondern darauf hinweist, dass der Bundesrat dies so festlegen könne und am Ende «sowieso die Richter» entschieden. Kann der Bundesrat mit solch zweifelhaften Verknüpfungen den Deutschen die Kundendaten der «Abschleicher» als Opfergabe anbieten?

Am Ende wird diese Frage tatsächlich vom Bundesverwaltungsgericht geklärt werden müssen: Es wird auf Beschwerde eines betroffenen Kontoinhabers darüber urteilen, ob das Auflösen eines Bankkontos generell als strafbares Verhalten zu beurteilen ist und deshalb Grundlage für eine Gruppenanfrage sein kann. Ob also die Namen der «Abschleicher» je geliefert werden, steht in den Sternen. Trittsicheres Verhandeln sieht anders aus.

Der Autor ist Chefjurist einer Zürcher Privatbank und schreibt unter einem Pseudonym.



Neue Töne: Widmer-Schlumpf.

Hör nie auf Musik auf dem schnellsten Weg zu streamen.

Das erste 4G/LTE-Netz der Schweiz ist da. Ultraschnell surfen mit dem NATEL® infinity XL-Abo und den Smartphones der 4. Generation. Jetzt bei Swisscom und unter **swisscom.ch/4G***



HTC One XL
ideal für Musik-
Streaming.

CHF 1.-**

mit NATEL® infinity XL



swisscom

* 4G/LTE ist in folgenden Orten verfügbar: Basel, Bern, Biel, Crans-Montana, Davos, Fribourg, Genf, Grindelwald, Gstaad, Interlaken, Lausanne, Leukerbad, Locarno, Lugano, Luzern, Pontresina, Saas-Fee, Sion, St. Gallen, St. Moritz, Thun, Wengen, Winterthur, Zermatt, Zug, Zürich. Das Netz wird fortlaufend ausgebaut.

** Gilt bei Gerätekauf und gleichzeitigem Abschluss eines neuen Swisscom Abos NATEL® infinity XL (CHF 169.-/Mt.). Mindestvertragsdauer 24 Monate. Preis des Gerätes ohne Abo: CHF 849.-. Exkl. SIM-Karte CHF 40.-. Die infinity-Angebote gelten schweizweit.

Der Coupe

NACH-DEM-TRADITIONELLEN-
FAMILIENZOFF-MACHEN-WIR-
GLEICH-WIEDER-FRIEDEN



Die feine Inspiration für Ihre Festtage. Mit Crème d'or bereiten Sie für jeden Gast das passende Glacedessert zu. Die exquisiten Klassiker und aufregenden Limited Editions erfüllen jeden süssen Wunsch. Dank erlesenen Zutaten und feinem Schweizer Rahm verwöhnt Crème d'or jeden Gaumen. Festliche Rezepte für Sie und Ihre Liebsten: www.creme-d-or.ch



MIGROS
Ein **M** besser.

Personenkontrolle

Leuthard, Hollenstein, Halter, Herczog, Schmid, Danioth, Fiala, Brigante

Was passiert mit ambitionierten CVP-Menschen, die in ihren Kantonen gescheitert sind? Sie erhalten, dank Bundesrätin **Doris Leuthard** (CVP, versteht sich), auf nationaler Ebene wohldotierte Posten. Nach der Abwahl des Zürcher Regierungsrates **Hans Hollenstein** (CVP) schob die Parteifreundin ihn umgehend auf den Präsidentensessel der Post-Regulierungsbehörde Postcom. Nachdem **Patrizia Danioth Halter** trotz Präsidentschaft der Urner CVP-Sektion nicht in die Kantonsregierung gewählt wurde, verschafft ihr Leuthard nun das Amt einer Präsidentin der Schiedskommission im Eisenbahnverkehr (SKE).



Neue Posten: Bundesrätin Leuthard (CVP).

Diese Stelle, die bis anhin alt Nationalrat **Andreas Herczog** (SP) innehatte, hat sehr viel Potenzial nach oben. Gemäss einem Bericht, den der ehemalige SBB-Manager **Paul Blumenthal** (auch CVP, versteht sich) für Leuthard angefertigt hat, soll die SKE zu einem eigentlichen Regulator des öffentlichen Verkehrs mit dem Namen «Railcom» aufgewertet werden. Damit wird die SKE in etwa gleichgestellt mit der Postcom und der Elcom, die den Strommarkt überwacht und von **Carlo Schmid** (CVP, versteht sich) präsiert wird. Aufsteigerin **Patrizia Danioth Halter** ist die Tochter von alt Ständerat **Hans Danioth** (CVP, UR). (*upe*)

Für Verwirrung im Berner Ratssaal sorgten am Montag die Zürcher Nationalrätin **Doris Fiala** und ihre FDP. In einer Motion hatte sie verlangt, dass künftig alle Kaderleute des Bundes in der Rechtspflege das Schweizer Bürgerrecht besitzen müssen. Vor allem in der Bundesanwaltschaft sei dies wichtig, sagte Fiala, denn dort werde «zum Teil in ganz spezifisch schweizerischen und auch geheimen Staatsfragen ermittelt». Dennoch empfahl die zuständige Justizministerin **Simonetta Sommaruga** (SP) in der Stellungnahme des Bundesrats, die Motion abzulehnen. Schliesslich habe man erst vor anderthalb Jahren eine



Verwirrung in Bern: Nationalrätin Fiala (FDP).

neue Regelung beschlossen. Fiala wollte sich jedoch nicht beugen und unterstellte dem Bundesrat, ihre Motion «ein bisschen missverstanden» zu haben. Doch Sommaruga blieb hart. Was also machte daraufhin Fiala? Zurück am Platz stimmte sie versehentlich gegen ihre eigene Motion. Und da achtzehn FDP-Partei-kollegen in einem akuten Anfall von Herdentrieb das Gleiche stimmten wie die Zürcher Nationalrätin, müssen die Staatsanwälte des Bundes auch weiterhin keinen Schweizer Pass besitzen. Obwohl sich die vorberatende Kommission noch mehrheitlich für eine Annahme der Motion ausgesprochen hatte. (*aku*)

Treicheln, Jodeln und Schwyzerörgeli: Wenn Auns-Aktivisten, SVPler und andere EU-Gegner feiern, ist das musikalische Programm bodenständig. Doch zum Folklore-Programm gehören inzwischen auch singende Secondos, wie der Auftritt von **Roberto Brigante** am EWR-«Gedenkanlass» von letztem Sonntag in Biel beweist. Der Italiener lebt zwar seit 32 Jahren in Thun, hat aber noch keinen Schweizer Pass. Wie kommt der «singende Plättlileger» (Eigenwerbung) dazu, vor Leuten aufzutreten, die von politischen Gegnern als «Fremdenfeinde» und «Isolationisten» verunglimpft werden? Gehört er zu jenen Secondos, denen selbst die Ausländerpolitik der SVP zu moderat ist? Brigante winkt ab: «Ich mache Musik, keine Politik», sagt er auf Anfrage. Er trete einfach dort auf, wo die Menschen Freude an seinen Liedern hätten. Eine politische Botschaft ist in Brigantes Liedern jedenfalls nicht zu erkennen: Sie gipfeln in Refrains wie «Amore, amore» und «Muchacha, muchacha, fa l'amore con te». (*lsc*)



«Singender Plättlileger»: Roberto Brigante.

Nachruf



Gegen das Vergessen: Getto-Kurierin Meed.

Vladka Meed (1921–2012) — Als die Deutschen 1940 einen Teil Warschaus abriegelten, war Feigle Peltel ein Teenager. Von ihrem Nähtisch aus in der Fabrik für Nazi-Uniformen beobachtete sie, wie Zehntausende Juden deportiert wurden. Als auch Mutter, Schwester und Bruder im Vernichtungslager Treblinka verschwanden, wählte sie den Weg in den Untergrund.

Nun begann ein unglaubliches Leben unter dem Leichentuch der Angst. Ihr «arisches» Äusseres («braunes Haar und hohe Wangenknochen») verlieh Feigle zweifelhaften Schutz. Zur Tarnung legte sie sich den polnischen Namen Vladka zu. Ausgestattet mit falschen Papieren, begann sie beidseits der Gettomauer zu arbeiten. Als Kurierin für den Widerstand beschaffte sie auf der «arischen» Seite Waffen. Von Erpressung, Denunziation und Verhaftung bedroht, schmuggelte sie Munition, Sprengstoff und Benzin ins Getto.

Als im Mai 1943 der Aufstand niedergeschlagen wurde, befand sich Vladka vor der Gettomauer. Um nicht aufzufallen, drehte sie, Tränen in den Augen, Runden auf einem Kinderkarussell. Mit ihrem Mann Benjamin Meed, ebenfalls ehemaliger Getto-Kurier, machte sie es sich zur Lebensaufgabe, die Nachwelt über die Nazi-Gräuel in Polen aufzuklären. Ihre Erfahrungen dienten als Vorlage für Bücher, Filme, Museen und inspirierten sämtliche US-Präsidenten. «Unsere Reihen lichten sich», sagte sie vor ein paar Jahren, «der Kampf wider das Vergessen wird immer schwerer.» Kurz vor ihrem 91. Geburtstag ist Vladka in Phoenix, Arizona, an Alzheimer gestorben. *Urs Gehrig*

Und alle schauen weg

Von Philipp Gut — Der gestrauchelte Zuger Finanzchef Ivo Romer (FDP) genoss bis zuletzt den Schutz der Regierung. Man stellte ihm sogar einen amtlichen Persilschein aus, unterschrieben von Stadtpräsident Dolfi Müller (SP) persönlich. Was umso mehr erstaunt, als Romer vorbestraft ist.

Der Anruf des Stadtschreibers kam ebenso unvermittelt wie überraschend. Am Montagmittag beschied Arthur Cantieni, Stadtschreiber in Zug, per Telefon, die *Weltwoche* solle es gefälligst unterlassen, in Zug in der Affäre Romer herumzutelefonieren. Es war der erste Zensurversuch.

Der zweite folgte am Dienstagabend, um 19.05 Uhr, per E-Mail. Diesmal war der Absender der Zuger Stadtpräsident Dolfi Müller (SP) persönlich. Das Stadtoberhaupt dekretierte, in der Tradition mittelalterlicher Obrigkeit: «Ich verbiete Ihnen die Publikation Ihrer nicht wahrheitsgemässen und juristisch falschen Behauptungen und der aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate in den mir gestellten Fragen ausdrücklich», schrieb Müller. Das Stadtoberhaupt war offensichtlich ausser sich.

Tatsächlich durchlebt die Zuger Stadtregierung turbulente Zeiten. Zur Erinnerung: Letzten Donnerstag berichtete die *Weltwoche*, dass die Staatsanwaltschaft gegen den Zuger Stadtrat und Finanzvorstand Ivo Romer (FDP) ermittelt. Tags darauf kündigte Romer seinen Rücktritt an. Am Dienstag dieser Woche demissionierte der Finanzvorstand dann «im Interesse der Stadt Zug» und «per sofort», wie der Stadtrat in einem Communiqué mitteilte.

Gemäss Anzeige soll Romer eine hochbetagte Witwe, deren Vermögen er verwaltete, um mehrere Millionen erleichtert haben. Der Abgang hat allerdings wenig mit der Einsicht zu tun, dass Romer als Regierungsmitglied nicht mehr tragbar war. Sowohl er selber («die Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage») als auch Stadtpräsident Müller («Vorverurteilung») fanden nichts dabei, dass in ihren Reihen ermittelt wird – und zwar nicht wegen irgendwelcher Bagatelldelikte. Zur Last gelegt werden Romer Veruntreuung, betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage, Urkundenfälschung und Geldwäscherei.

Blind-solidarische Reaktion

Trotz der schwerwiegenden Vorwürfe und trotz verschiedener Hausdurchsuchungen der Staatsanwaltschaft – unter anderem im Stadthaus, dem Sitz der Regierung – tat man so, als sei nichts geschehen. Stadtpräsident Müller wusste nach eigenen Angaben «seit einiger Zeit» von den Ermittlungen gegen Romer. An das genaue Datum könne er sich nicht erinnern.

Der Regierungspräsident stellte sich voll und ganz hinter den Beschuldigten und sprach ihm auch nachträglich das Vertrauen aus. Die mut-

massliche Millionen-Veruntreuung tat er als Privatangelegenheit ab, die das politische Amt nicht berühre. Es sei «festzuhalten, dass sich Ivo Romer als Stadtrat nichts zuschulden hat kommen lassen», schrieb die Regierung in ihrer Medienmitteilung. Als ob es egal wäre, wenn der Finanzchef einer international bekannten Handelsmetropole nebenbei einer über Neunzigjährigen die Konten leert.

Die blind-solidarische Reaktion erstaunt und löst nicht nur in Zug Verwunderung aus. Wie war es möglich, dass der spektakuläre Fall trotz Gerüchten, Warnungen und schliesslich offiziellen Anfragen durch die geschädigten Erben so lange verborgen blieb? Weshalb schaute niemand genauer hin? Warum fragte keiner nach? Und: Wie kommt der sozialdemokratische Stadtpräsident dazu, den gestrauchelten FDP-Kollegen vorsorglich und offensiv von jeglicher Schuld freizusprechen?

Die Nebelschwaden um die unkonventionelle Parteinahme Müllers lichten sich, wenn man die einschlägigen Behördendokumente studiert.

Tatsache ist, dass die Kinder der hochbetagten Alice Erika de Beaufort – so heisst die einst wohlhabende, aus vornehmer Familie stammende Dame, die im September 2011 verstorben ist – mehrfach und seit Jahren mit Nachdruck auf Ungereimtheiten im Umgang mit dem Vermögen ihrer Mutter hingewiesen hatten. Die Warnsignale waren deutlich, doch jedes Gesuch wurde abgewiesen, jeder Hinweis wurde ignoriert: von der Vormundschaftsbehörde, vom Stadtrat, von der Ombudsstelle, vom Betreibungsamt, von der Stiftungsaufsicht. Bei all diesen Behörden mahnten die Kinder den unerklärlichen und dramatischen Vermögensschwund der Mutter an – am Ende wurde die einst Wohlhabende sogar betrieben, weil Romer, ihr bevollmächtigter Vermögensver-



«Ich verbiete Ihnen die Publikation»: Stadtpräsident Müller.

walter, die Rechnungen nicht mehr bezahlt hatte. Geschehen ist nichts, im Gegenteil. Noch am vergangenen Freitag bekräftigte der Stadtrat in einer Stellungnahme zu den *Weltwoche*-Recherchen, er habe «keinen Grund» gesehen, «vermögensschützende Massnahmen anzuordnen».

Hier öffnet sich die politische Dimension des Falls: Der Stadtrat stellte Romer frühzeitig einen Persilschein aus – und der Finanzmann nutzte den Freipass nach Kräften. Die Regierung schaute so lange weg, bis das Vermögen praktisch aufgezehrt war. Am Schluss lagen weniger als 20 000 Franken auf dem Konto der Witwe. Bei der Übernahme des Vermögensverwaltungsmandats durch Romer Ende 2004 waren es fast sieben Millionen gewesen.

Die alarmierten De-Beaufort-Kinder hatten bereits am 8. Mai 2008 das Gesuch gestellt, ihre Mutter zu entmündigen. Unerklärliches Kaufverhalten der damals 93-Jährigen häuften sich, argumentierten die Kinder. So habe die Mutter zum Beispiel für das gleiche Objekt mehrmalige Zahlungen geleistet sowie auf Betreiben Romers und ohne die Kinder zu informieren, eine Stiftung gegründet, deren einziger Stiftungsrat Vermögensverwalter Romer selbst sei.

Für die Kinder war klar, dass ihre Mutter «ausserstande» war, «ihre finanziellen Ange-

legenheiten zu regeln». Weiter heisst es im Vormundschaftsbegehren: «Auch mit der Unterstützung des von ihr zur Vertretung bevollmächtigten Herrn Ivo Romer hat sie für Dritte nicht nachvollziehbare Entscheide getroffen und Geschäfte getätigt, wie dies die nachbeschriebenen Beispiele eindrücklich belegen.» Die Kinder schilderten die Lage in drastischer Klarheit und, wie sich später herausstellte, korrekt: «Das einst namhafte Vermögen von Frau de Beaufort ist ernsthaft gefährdet.» Im Fall einer längeren Unterbringung in einem Pflegeheim drohe «die Verarmung». Es seien «die für die Sicherung des Vermögens notwendigen vorsorglichen Massnahmen anzuordnen». Insbesondere sei die an Romer ausgestellte Vollmacht zu widerrufen. Romer sei Teil des Problems, nicht dessen Lösung. Deutlicher hätte der Hilferuf nicht ausfallen können. Die Zuger Behörden lehnten das Begehren ab. Selbst die unerklärliche «Kaufsucht», die bei der damals 93-Jährigen «seit längerem» zu beobachten war, beunruhigte sie nicht. Ausdrücklich stellten sie sich hinter Romer.

Die Unterschrift des Stadtpräsidenten

Brisant ist dabei: Verantwortlich für den abschlägigen Vormundschaftsentscheid, der einem Persilschein für den damaligen Stadt-

parlamentarier Romer gleichkam, war die Regierung selber. Das Personal ist dasselbe wie heute: Gezeichnet haben Stadtpräsident Dolfi Müller und Stadtschreiber Arthur Cantieni. Beide sind tiefer in die Affäre verstrickt, als sie es heute wahrhaben wollen.

Müller und der Stadtrat, das belegen die amtlichen Dokumente, waren über die Vermögensentwicklung unter der Regie Romers vollumfänglich im Bild. Romer habe ihnen «Einblick in die gesamten Vermögensverhältnisse und in das in Absprache mit der Betroffenen ausgearbeitete Vermögenskonzept» gegeben, heisst es unter Paragraph 23 im Beschlussdokument 680.08, das Müller und Cantieni am 24. Juni 2008 mit ihrer Unterschrift beglaubigten. Aus den ebenfalls eingesehenen Steuererklärungen seit 2003 gehe hervor, «dass die Vermögensminderungen in den letzten fünf Jahren bei Erika de Beaufort **ausschliesslich** [Hervorhebung d. Red.] durch Schenkungen an die Kinder, die Errichtung der Stiftung sowie Investitionen in die elterliche Liegenschaft in Basel verursacht worden sind».

Weiter schreibt der Stadtrat: «Die von ihm [Romer, die Red.] gemachten Angaben konnten anhand der Saldoauszüge der Bank überprüft und als wahrheitsgemäss zur Kenntnis genommen werden.»

Richtig an dieser Aussage ist: Es hat in der Tat eine dramatische «Vermögensminderung» stattgefunden. Nachweislich falsch hingegen ist die von Stadtpräsident Müller per Unterschrift bestätigte Behauptung, die Vermögensminderung gehe «ausschliesslich» auf die erwähnten Faktoren zurück (Schenkungen an Kinder, Errichtung der Stiftung, Investition in elterliche Liegenschaft).

Die *Weltwoche* kann anhand von Bank- und Steuerdaten belegen, dass zum besagten Zeitpunkt – Juni 2008 – eine Vielzahl von Auszahlungen und Überweisungen in Millionenhöhe getätigt worden waren, die nicht unter die erwähnten Zwecke fielen. Allein von Mai bis Dezember 2007 bezog der windige Vermögensverwalter Romer 1128 000 Franken in bar. Das geht aus den UBS-Bankauszügen hervor. Wohin dieses Geld geflossen ist, ist heute ebenso unklar, wie es damals unklar war, als Stadtpräsident Müller den amtlichen Persilschein für Romer unterschrieb.

Weiter überwies Romer im Jahr 2007 – also wiederum im Zeitraum der angeblichen Prüfung der «gesamten Vermögensverhältnisse» durch den Stadtrat – 90 000 Franken an die tschechische Firma Tereza Invest S.R.O., die ihm zu hundert Prozent gehört. Auch dies ist weder eine Schenkung an die Kinder noch eine Einzahlung in die Stiftung, noch eine Investition in die Basler Liegenschaft, wie der Stadtrat fälschlicherweise erklärt.

Noch ein Beispiel: Schon im Jahr 2006 hob Romer je zweimal Bargeld in der Höhe von 302 150 und einmal 202 150 Franken ab. Die



Rücktritt «im Interesse der Stadt Zug»: Ex-Finanzvorstand Romer.

Einschreiben

Von
Stadtrat von Zug
Stadthaus am Kolinplatz
Postfach 1258
6301 Zug

Sitzung vom 24. Juni 2008
Beschluss Nr. 680.08

EINGEGANGEN 26. Juni 2008

Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit

Vormundschafswesen: Alice Erika de Beaufort-Bubeck, geb. 20. April 1915, von Basel BS, mit gesetzlichem Wohnsitz in 6300 Zug, Zeughausgasse 17
Bevormundungsbegehren/Antrag auf Anordnung von vorsorglichen Massnahmen im Sinne von Art. 386 ZGB; Abweisung

23. Ivo Romer, der bevollmächtigte Vertreter von Erika de Beaufort, gab in der Folge Einblick in die gesamten Vermögensverhältnisse und in das in Absprache mit der Betroffenen ausgearbeitete Vermögenskonzept. Die von ihm gemachten Angaben konnten anhand der Saldoauszüge der Banken überprüft und als wahrheitsgemäss zur Kenntnis genommen werden. Bereits vorgängig konnte mit Zustimmung des Rechtsvertreters von Erika de Beaufort die Vormundschaftsbehörde Einsicht in die Steuererklärungen seit 2003 nehmen. Dabei wurde festgestellt, dass die Vermögensverminderungen in den letzten fünf Jahren bei Erika de Beaufort ausschliesslich durch Schenkungen an die Kinder, die Errichtung der Stiftung sowie Investitionen in die elterliche Liegenschaft in Basel verursacht worden sind. Im Übrigen konnten aufgrund der Vermögenseinsicht die Aussagen der Kinder widerlegt werden, wonach bei Erika de Beaufort die Gefahr einer Verarmung bestehe; dies insbesondere für den Fall eines notwendig werdenden Eintrittes in ein Pflegeheim. Die Betroffene verfügt über eine bei weitem ausreichende Summe von liquiden Mitteln für die Finanzierung ihres Lebensabends.

Stadtrat von Zug
Dolfi Müller, Stadtpräsident

Arthur Cantieni, Stadtschreiber

«Einblick in die gesamten Vermögensverhältnisse»: Vormundschaftsentscheid des Stadtrats.

ersten beiden Beträge sollten angeblich an entfernte Verwandte de Beauforts gehen. Diese haben das Geld nach eigenen Angaben nie erhalten. Verdächtig war: Romer hatte die beiden 300 000-Franken-Beträge zuerst als Schenkung an Verwandte deklariert. Als die Steuerbehörde nachfragte, «änderte» er kurzerhand den Status der angeblich Beschenkten. Sie waren jetzt plötzlich nicht mehr verwandt.

Auch das hätte dem Stadtrat in die Augen springen müssen, da er nach eigenem Bekunden vollständigen Einblick in die Vermögensverhältnisse der Witwe gehabt haben will. Die dubiosen Vorgänge sind sowohl in den UBS-Bankauszügen als auch in der Steuererklärung für das Jahr 2006 dokumentiert. Wiederum ist offensichtlich: Mit der angeblich «ausschliesslichen» Verwendung für Familiezwecke und Stiftung haben diese Geldflüsse nichts zu tun.

Das Fazit drängt sich auf: Die von Stadtpräsident Müller und Stadtschreiber Cantieni

gemeinsam beglaubigte Aussage, Romers Angaben seien vollständig und «wahrheitsgemäss», hält den Fakten in keiner Weise stand.

Es gibt nur zwei Varianten, und beide bringen Müller und die Zuger Stadtregierung in Schwierigkeiten. Entweder liess sich Müller von Romer täuschen. In diesem Fall segnete er die Vollständigkeitserklärung grob fahrlässig und zu Unrecht ab. Oder er deckte wissentlich die dubiosen Machenschaften seines Politikerkollegen, der später in die Regierung aufrückte. Wer, wie es Müller tat, per Unterschrift bestätigt, Mitte 2008 Einblick in die «gesamten Vermögensverhältnisse» gehabt zu haben, kann korrekterweise nicht zum Schluss kommen, alles sei in bester Ordnung. Etwas stimmt nicht. Der Stadtpräsident muss sich erklären.

Das führt zu den eingangs erwähnten Fragen und Zitaten zurück, deren Publikation Müller «verbieten» wollte. Die *Weltwoche* wollte vom Zuger Stadtpräsidenten wissen:

1 — «Haben Sie persönlich abgeklärt oder abklären lassen, wie «wahrheitsgemäss» und vollständig die von Romer gemachten Angaben tatsächlich waren?

2 — Wie kamen Sie, wie kam der Stadtrat dazu, die zweifelsfrei aus den Bankunterlagen hervorgehenden Zahlungen [Bargeldbezüge, Überweisungen an eigene Firmen etc., die Red.] als «Schenkungen an die Kinder», «Investitionen in die elterliche Liegenschaft» oder «Stiftung» zu bezeichnen?

3 — Wenn Romer diese Zahlungen gegenüber dem Stadtrat verheimlichte, wie kamen Sie, wie kam der Stadtrat dann dazu, die Angaben Romers als vollständig («gesamte Vermögensverhältnisse») und «wahrheitsgemäss» per Unterschrift zu beglaubigen?»

Führerausweis auf unbestimmte Zeit weg

Zu diesen Fragen äusserte sich Müller nicht (siehe sein «Verbot»). Mündlich und unwirsch bezeichnete er sie als «irrelevant». Schriftlich wiederum führte Müller aus, der Beschluss des Stadtrates vom 25. Juni 2008, den er eigenhändig unterschrieb, sei «keineswegs eine Beglaubigung von irgendwelchen Tatsachen». «Es ging um die Abklärung der Urteilsfähigkeit von Frau B. und nichts anderes!», so Politiker Müller.

Hier irrt der Stadtpräsident. Seine Unterschrift steht, hoch offiziell, unter einem amtlichen Dokument, das den mutmasslichen Veruntreuer Romer mit nachweislich falschen Angaben zum Zahlungsverkehr und zur Vermögensentwicklung der Witwe reinwusch (Sitzung vom 24. Juni 2008, Beschluss Nr. 680.08). Durch das Ausstellen dieses Persilscheins trägt der Stadtpräsident eine erhebliche Mitverantwortung für die Vertuschung der wahren Vorgänge. Der Fall Romer ist ein Fall Zug ist ein Fall Müller.

Wie feinmaschig das Zuger Schutz- und Schweigekartell gewoben ist, illustriert ein zweiter Fall, der im Getöse der Millionen-Affäre unentdeckt geblieben ist. Ivo Romer, gemäss Stadtpräsident Müller das Opfer einer medialen «Vorverurteilung», ist bereits vorbestraft. Laut Fahrberechtigungsregister, das Polizei und Grenzkontrollorgane jederzeit einsehen können, wurde Romer der Fahrausweis auf unbestimmte Zeit entzogen. Er soll, wie Zuger Polizeikreise melden, mehrfach in angetrunkenem Zustand Unfälle verursacht und Fahrerflucht begangen haben. Was in anderen Regionen der Schweiz ohne weiteres und für sich allein ein Rücktrittsgrund darstellen könnte, wurde unter der Zuger Käseglocke nicht einmal bekannt.

Frage an Stadtpräsident Dolfi Müller: «Wussten Sie von diesen Verkehrsdelikten und diesen Vorstrafen? Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass Romer nicht mehr mit dem Auto zur Arbeit kam?» Müllers Antwort: «Davon weiss ich nichts.»

Der neue Klerus

Der Fall Romer sollte nicht als isolierter Einzelfall eines Verirrten verstanden werden, sondern als Beispiel für systematisches Ausplündern, wie es in Zug gang und gäbe ist.

Ein Gastbeitrag von Josef Lang

Wer einen Artikel über Zug mit dem Titel «Systematische Plünderung» (*Weltwoche* Nr. 48/12.) liest, denkt zuerst an Namen wie Glencore, Xstrata, Vekselberg, an Länder wie Kongo, Sambia, Kolumbien, an Dinge wie Kupfer, Zink, Kohle. Darauf kommen ihm das Abzocken fremder Steuersubstrate über Briefkastenfirmen, gemischte Gesellschaften, Holdings in den Sinn. Wenn er dann beim Überfliegen des Textes liest, dass «systematische Plünderung» in einer Strafanzeige angeprangert wird und dass die Zuger Staatsanwaltschaft deswegen aktiv ermittelt, dann wird er stutzig. Afrikanische oder lateinamerikanische Minen systematisch auszuplündern, Gewinne an anderen Fiskussen vorbeizuschmuggeln, ist doch nichts Verbotenes.

Was der zurückgetretene Stadtrat Ivo Romer gemäss der umfassenden Recherche der *Weltwoche* getan haben soll, fügt sich nahtlos ein in die Geschäftspraktiken der Rohstoffmultis und in das Geschäftsmodell der Steuerprivilegien. Die jüngsten Berichte von Fastenopfer und von Brot für alle über die Ausbeutung menschlicher, natürlicher und fiskalischer Ressourcen im südlichen Afrika hätten ebenfalls mit «systematische Ausplünderung» übertitelt werden können. Ivo Romer könnte seine Mitbürgerinnen und Mitbürger tatsächlich fragen: «Wenn die Multis Minenarbeiter ausbeuten, der Fiskus fremde Gemeinwesen abzockt und gute Bekannte vom Umzug Vekselbergs profitieren, warum soll ich nicht meine Goldmine ausplündern dürfen?» Er stellt diese Frage nicht, weil ihm spätestens jetzt klargeworden sein muss, dass es einen grossen Unterschied ausmacht, wo sich der fragliche Tatort befindet. Das Recht hat immer noch seine Grenzen.

Schnell zum Millionär

Vielleicht aber stellt sich der FDP-Stadtrat nach seinem Rücktritt eine andere Frage: «Wie konnte ich derartige Risiken eingehen?» Romer musste geahnt haben, dass das politische Amt das private Geschäft noch gefährlicher machte. In der Welt der Anwälte, Treuhänder, Wirtschaftsprüfer, in der sich Romer bewegt, herrscht seit Jahrzehnten Goldgräberstimmung. Nur an wenigen Standorten in Europa können Vermittler und Berater mit gezieltem Einsatz und genügend Cleverness so leicht Geld verdienen. Wer als Anwalt oder als Treuhänder nicht Millionär wird, ist entweder ein Linker, oder er gilt als Depp. Und wer sich verspekuliert hat, dem ist jedes Mittel recht, wieder hochzukommen und dabei zu bleiben – sei es als Sponsor bei den «Wild

Girls on Snow» oder als «Prinz» bei der Zunft der «Letzibuzäli».

Die informelle Zunft der Wirtschaftsanwälte und Treuhänder hat heute im Kanton Zug eine ähnliche Machtposition inne, wie sie früher der Klerus gespielt hat. Gab es im 19. Jahrhundert keinen anderen Kanton mit einem derart hohen Anteil von Geistlichen, Mönchen und Klosterschwestern, hat heute höchstens der Kanton Genf im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mehr Anwälte, Treuhänder und Steuerberater. So beschäftigen allein die Treuhandbüros 650 Personen. In der Kantonsratskommission, welche im Jahre 2000 die Totalrevision des Steuergesetzes vorberaten hatte, stellte der «neue Klerus» (Al Pacino im Film «The Devil's Advocate») die Mehrheit. Wie beim alten ist es auch beim neuen Klerus der Normalfall, dass man den Behörden nicht angehört, sondern Druck auf sie ausübt. So haben Anwälte bei Gesuchen um Pauschalbesteuerung – beispielsweise dem höchst fragwürdigen von Viktor Vekselberg – direkten Kontakt mit den zuständigen Regierungsräten und den betroffenen Ämtern. Gleichzeitig verteidigt die Zunft verbissen das Recht, öffentliche Amtsausübung und private Geschäftstätigkeit zu verbinden. Selbst nach dem Fall Romer lehnt sie das Vollamt für Stadträte ab.

Ähnlich wie der alte Zuger Klerus einer der konfliktfreudigsten gewesen ist, ist der neue Zu-

ger Klerus einer der risikofreudigsten. So wurde Ricardo Teixeira, der wohl korrupteste Fifa-Boss, durch die Schweiger-Advokatur westlich des Bahnhofs vertreten. Östlich des Bahnhofs geschäftet die zur Gazprom gehörende Nord Stream unter der Leitung eines ehemaligen Stasi-Offiziers. Deren einziger Verwaltungsrat Urs Hausheer war bereits in den 80er Jahren, damals noch als CVP-Gemeinderat, im Dienste der Stasi-Beschaffungslinie 4 gestanden. Auch er hat dann, wie andere vor und nach ihm, unter öffentlichem Druck auf das politische Amt verzichtet.

Franz Karl Stadlin, der geistige Vater des Zuger Liberalismus, schrieb in den 1820er Jahren, der «Geldreichtum» aus dem Söldnerwesen habe «unseren Kanton dem Verderben» zugeführt: «Der öffentliche Geist war an der Feilheit verdorben.» Zug befindet sich nicht erst seit letzter Woche an einem ähnlichen Punkt. Der Fall Romer, der sich auf dem Platz Zug selber abspielt, kann vielleicht die Einsicht befördern, dass das geltende Geschäftsmodell ebenso wenig Zukunft hat, wie es der Söldnerhandel vor zwei Jahrhunderten hatte. Voraussetzung für diesen Lernschritt ist, dass der Fall Romer nicht als isolierter Einzelfall eines Verirrten, sondern als symptomatisches Beispiel für «systematisches Ausplündern» verstanden wird.

Josef Lang ist Historiker und ehemaliger Nationalrat (Alternative – die Grünen Zug ALG).



Welt der Anwälte, Treuhänder, Wirtschaftsprüfer: idyllisches Städtchen Zug.

Das Vermächtnis

Von Henryk M. Broder — Vorurteile halten sich hartnäckig. Wie das von Hightech-Deutschland.



Ein guter und ein schlechter Ruf haben einiges gemeinsam. Sie sind nachhaltig. Wobei es ebenso lange dauern kann, den schlechten Ruf loszuwerden, wie den guten zu ruinieren. Damit lässt sich erklären, warum Deutschland immer noch als Hightech-Land gilt. Es ist ein Vorurteil, das von den Vorgängen rund um den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof und den Berliner Flughafen widerlegt wird. Auch mit der von der Kanzlerin auf den Weg gebrachten «Energiewende» tut sich das Land schwer. Wie ein Wanderer, der in Freizeitkleidung den Montblanc besteigt, nicht ahnend, dass es oben stürmt und schneit.

Die Firma Tennet, die gigantische Windparks in der Nordsee baut, braucht etwa sechs Milliarden Euro, um die Anlagen ans Stromnetz anzuschliessen. Offenbar hat vor Baubeginn niemand daran gedacht, dass der «regenerativ» erzeugte Strom irgendwie zu den Kunden gebracht werden muss. Jetzt sollen die Kosten für die Anschlussarbeiten auf die Abnehmer abgewälzt werden. Das ist so, als würde ein Tiefbau-Unternehmen Autobahnen ohne Ab- und Zufahrten in die Landschaft stellen.

Zugleich gingen im vergangenen Jahr über 400 Gigawattstunden verloren, sie lösten sich in Luft auf, weil der Strom wegen fehlender Netze nicht eingespeist werden konnte. Die Kosten für den zwar erzeugten, aber nicht genutzten Strom werden ebenfalls den Verbrauchern in Rechnung gestellt. Das ist so, als müsste man in einem Restaurant für ein Essen bezahlen, das in der Küche vergammelt ist.

Trotzdem spricht die Bundesregierung von einem «Generationenprojekt», der Umweltminister vergleicht es mit der Mondlandung und der Wiedervereinigung. Die Generation Adenauer habe das Wirtschaftswunder gehabt, die Generation Kohl die deutsche Wiedervereinigung, das «Vermächtnis» seiner Generation, sagt Peter Altmaier, sei die «Energiewende».

Einige seiner Generation nehmen das «Vermächtnis» sehr ernst, ohne Rücksicht auf sich selbst. Die Frau des SPD-Kanzlerkandidaten, Gertrud Steinbrück, lässt die Raumtemperatur in der Familienvilla nie über achtzehn Grad ansteigen. Und wenn sie das Haus verlässt, stöpelt sie den Drucker aus. Jetzt kann mit der Energiewende nichts mehr schiefgehen.

Mit schlechtem Beispiel voran

Von Silvio Borner — Eine mutwillige Eskalation der Energiepreise oder ökodiktatorische Beschränkungen würden das Ende grosser Teile der schweizerischen Industrie bedeuten.

Während wir in der Schweiz eine Energiewende für 2050 verkünden, allerdings ohne zu wissen wie sie herbeiführen, findet weltweit eine reale Energiewende statt. Diese wird als dritte grosse Revolution der Energieversorgung in die Geschichte eingehen. Nach der Ablösung von Holz durch Kohle und der Förderung von Erdöl werden diese beiden nun durch das Erdgas wachstumsmässig überholt. Die Elektrifizierung war eine weitere Revolution hin zur idealen Edelennergieform, die jedoch zur Hauptsache aus Kohle, Erdöl und Erdgas erzeugt wird. Hydroelektrizität und Nuklearstrom waren und bleiben wichtige Nebenschauplätze, können aber nie zum Rückgrat der wachsenden Nachfrage nach Elektrizität werden: die Wasserkraft aus natürlichen, die Kernenergie (vorerst) aus politischen Gründen.

Bekanntlich setzten wir in der Schweiz auf sogenannte neue Erneuerbare wie Sonne, Wind und Biomasse. Dies sind jedoch ziemlich alte und immer wieder aufs Neue enttäuschende Hoffnungsträger mit hohen Folgekosten wegen Speicher-, Transport- und Ersatzkapazitätsproblemen. Für ein Land wie die Schweiz mit ihren ungünstigen Einstrahlungs- und Windverhältnissen ist dies in der Fachwelt unbestritten.

Demgegenüber hat der Siegeszug von Gas dank neuen Funden und Fördertechniken bereits begonnen und wird über die nächsten Jahrzehnte bei moderaten oder gar sinkenden Preisen weitergehen. Ökologisch ist Gas kein Silberlöffel, aber insofern es vor allem Kohle ersetzen wird, bringt es klimapolitisch viel. Von 2000 bis 2010 ist die Kohleverbrennung um siebzig Prozent gestiegen. Das relativ billige und saubere Gas wird uns über die nächsten zwanzig bis fünfzig Jahre erlauben, auf den riskanten und kostspieligen Abkopplungsversuch des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch zu verzichten.

Sinkende Gaspreise

Aber das ist ja genau das, was die schweizerische Politik will. Mit fadenscheinigen Argumenten und unsäglichen Modellen wird behauptet, dass die enorm hohen Potenziale zur Einsparung selbst bei happigen Preissteigerungen zu sinkenden Energiekosten führen werden. Das ist absurd, denn wenn solche Sparpotenziale ohne Kostenfolgen oder Nutzeneinbussen vorhanden wären, entspräche

das – bildlich gesprochen – am Boden liegenden Tausendernoten, die mühelos aufgelesen werden können. Dazu brauchte es sicher keine staatlichen Befehle!

Obschon die Gaspreise nicht steigen werden und ein Peak in weite Ferne gerückt ist, geht die schweizerische Strategie von der gegenteiligen Annahme aus und fordert daher eine steigende Subventionierung der hoffnungslos ineffizienten und intermittierenden Solar- und Windenergie. Oder der Verbrauch wird ökodiktatorisch radikal nach unten reguliert. Beides würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem im industriell-gewerblichen Bereich empfindlich schwächen. Denn der Rest der Welt wird unserem (schlechten) Beispiel nicht folgen. Der Gaspreis ist in den USA schon heute nur noch ein Viertel des europäischen und wird die energieintensiven Branchen neu beleben. Deutschland ist ein Paradies für Kohle, die knapp die Hälfte der Elektrizität generiert – Tendenz steigend. Deutschland wird nach dem unvermeidlichen Scheitern der Wind- und Solarenergiesubventionierung den «Kohle-Joker» spielen. Der polnische Nachbar mit neunzig Prozent Kohleanteil bei der Elektrizität freut sich schon heute darüber.



Unsere Industrie leidet bereits genug unter dem überbewerteten Franken, als dass sie eine mutwillige Eskalation der Energiepreise oder eine erzwungene Einsparung verkraften könnte. Sollte die Wende bei der Energie tatsächlich wie geplant kommen, wäre dies das Ende grosser Teile unserer Industrie. Doch so wie Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf schon heute die Redimensionierung des Finanzplatzes begrüsst, könnte sich dann ihre Kollegin Leuthard über das Verschwinden all der schmutzigen, verschwenderischen und technologisch gestrigen Produktionsstätten ebenso freuen. Für das Klima und die Sicherheit wäre das natürlich kontraproduktiv, weil die industrielle Produktion und die Stromerzeugung sich in Ländern mit niedrigen ökologischen und sicherheitstechnischen Standards verlagern.

Es ist für mich das grösste politische Rätsel, wie SP und Gewerkschaften bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit gegen die Deindustrialisierung aufbegehren, aber eine Energiepolitik unterstützen, die diesen Prozess fahrlässig bis absichtlich beschleunigt.



WORLDCLASS TRAVELERS

David Beckham. Ein Mann von Welt, der sich der Perfektion verschrieben hat. Der Präzision und dem Stil. Eine Legende, die High Performance zelebriert. Am Handgelenk die Breitling Transocean Chronograph Unitime, die ultimative Reiseuhr mit von der COSC offiziell Chronometer-zertifiziertem Manufakturkaliber B05 und 5-jähriger Breitling Garantie. Automatischer Hochleistungschronograf. Patentierter Universalzeitmechanismus mit ständiger Zeitanzeige aller 24 Zeitzonen und ultrabediensfreundlichem Korrektursystem über die Krone. Komfort und Eleganz für First-Class-Reisen. Von Breitling.



CHF 10'740.- unverbindlicher Richtpreis

BREITLING.COM



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Im Labyrinth der Krise

Von Hansrudolf Kamer — Das Euro-Debakel zeichnet weiterhin tiefe Furchen. Rezession und wachsende Verschuldung prägen die Peripherie. Britannien wartet, Deutschland zahlt.



Glaubt man den Eurokraten in Brüssel, dann ist das Schlimmste überstanden. Das Krisenmanagement greift, die Euro-Zone ist auf dem Weg der Besserung, die EU hat die richtigen Entscheidungen für

Reformen und Regulierungen getroffen. Die Finanzmärkte haben sich beruhigt.

Dem *rosy scenario* steht die graue Wirklichkeit gegenüber. Die Rezession in den südlichen Problemländern, wie sie die Deutschen nennen, verschärft sich. Die Verschuldung steigt, fast im Takt mit den finanziellen Verpflichtungen, die die Euro-Retter eingehen. Folgerichtig verlieren sie selber an Bonität. Moody's stufte auch die Rettungsschirme der Euro-Zone herunter.

Wunsch und Wirklichkeit liegen weit auseinander – wirklich nichts Neues in Sachen Europa. Vor gut zehn Tagen konnten sich die EU-Staatenlenker nicht auf ein Budget für die kommende Finanzperiode einigen, und die Schuld dafür wurde den Briten in die Schuhe geschoben. Das war zwar ein Nebenschauplatz. Es wird früher oder später eine Einigung geben. Doch Premierminister Cameron hatte im Vorfeld des letzten Gipfels klargemacht, dass er den Haushalt der EU auf dem Niveau des Jahres 2011 festschreiben möchte. Das war weder im Sinn und Geist der Brüsseler Zentrale, die sich überlastet vorfindet und mehr Geld und Arbeitskraft will, noch in dem der Franzosen, die ihre Agrarhilfen weiter geschützt und finanziert haben wollen.

Cameron steht unter Druck. Das Problem ist weniger die UK Independence Party (UKIP), die das Königreich aus der EU katapultieren möchte und bei den letzten Nachwahlen erstaunlich gut abgeschnitten hat, sondern der Euro-skeptische Flügel der eigenen Partei, der Konservativen.

Im britischen Majorzsystem dienen die Nachwahlen dazu, Dampf abzulassen, wovon die UKIP profitiert. Wenn es bei den «richtigen» Wahlen um die Wurst geht, kehren viele Protestwähler in den Schoss der Partei zurück, weil sie das noch grössere Übel, einen Sieg Labours, abwenden wollen.

Eine neue Labour-Regierung wäre für die Euro-Skeptiker und die Tory-Rebellen das grössere Übel, weil die EU-Frage dann politisch stillgelegt wäre. So aber kann sie am Kö-

cheln gehalten und ein verwundbarer Tory-Regierungschef in die «richtige» Richtung gestossen werden.

Cameron hat keine andere Wahl, als den Spagat zwischen Euro-Skepsis und EU-Mitgliedschaft weiter zu versuchen. Umfragen zeigen ein differenziertes Bild. Knapp die Hälfte der Briten (48 Prozent) gibt an, sie würden in einem Referendum für einen Austritt aus der EU stimmen, während sich 44 Prozent für den Verbleib in derselben aussprechen.

Werden die Fragen aufgefächert, so votieren 13 Prozent für eine engere Integration, 29 Prozent wären für den Status quo, 28 Prozent wären für ein Ausharren in einer sich weiterentwickelnden EU, aber ohne politische Garnitur, und 23 Prozent wären für einen Austritt. Daraus könnte Cameron wohl eine Mehrheit für die EU zusammenzimmern.

Keine Rede vom Schuldenschnitt

Das Meinungsbild kann schnell ändern, je nachdem, was Brüssel und die treibenden Kräfte der Mitgliedstaaten aushecken. Die jüngste Idee des französischen Notenbankchefs, Christian Noyer, das Euro-Geschäft dem Londoner Finanzplatz zu entziehen, könnte die britische Euro-Skepsis stärken – oder das Gegenteil bewirken. Der Zeitpunkt für Noyers Vorstoss war nicht besonders gut gewählt, denn die Forde-

rung Frankreichs nach einer Bankenunion für die Euro-Zone könnte von den Briten blockiert werden, wenn ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Solange sich die Euro-Zone nicht ganz von der EU abnabelt, müssen die Briten berücksichtigt werden.

Der Deutsche Bundestag winkte derweil eine weitere Tranche der Griechenland-Hilfe durch. Man vermied es dabei tunlichst, von einem Schuldenschnitt zu reden – Merkel deutete an, dazu könnte es vielleicht in Zukunft kommen. Was zurzeit praktiziert wird, darf mit dem Begriff «Konkursverschleppung» bezeichnet werden.

Griechenland geht es schlechter, nicht besser. Die Wirtschaft schrumpft, was die unangenehme Folge hat, dass die Verschuldung des Staates im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt steigt. Der Rückkauf eigener Staatsanleihen zu einem Teil des Nennwerts ist Finanz-Kosmetik. Es wird noch zu mehr Kreditzusagen kommen, was die Deutschen laut FAZ mit «entspanntem Fatalismus» zur Kenntnis nehmen. Der Wutbürger macht die Faust im Sack.

So sucht Europa weiter seinen Weg aus dem Labyrinth. Die Briten werden bremsen, aber Teil der Union bleiben. Die deutsche Perspektive ist ähnlich. Vor den Bundestagswahlen im nächsten Jahr soll nichts überstürzt werden. Auch Deutschland ist (noch) nicht für eine Bankenunion und für Euro-Bonds.

Der Gleichklang mit Frankreich ist dagegen gestört. Die Franzosen flüchten sich in Propagandaformeln und drohen ausländischen Investoren mit Verstaatlichung. So wird die Nation auf keinen grünen Zweig kommen. Und auch Europa lahm, wenn der zweitwichtigste Garant der Schulden- und Transferunion in Schieflage gerät.



Spagat zwischen Euro-Skepsis und EU-Mitgliedschaft: britischer Staatschef Cameron.

Zwei Jahrzehnte in Erstarrung

Von Christoph Mörgeli

Auf den Tag genau vor zwanzig Jahren haben Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum abgelehnt. Heute wissen wir mehr. Die Schweiz zeigt sich als blühende Insel im heftigen Orkan. Hunderttausende von EU-Bürgern retteten sich seit 1992 aufs glückliche Eiland. Sie fanden hier Arbeit und Verdienst. In jeder internationalen Rangliste belegt die Schweiz Spitzenplätze: bei Wohlstand, Sicherheit, Sozialsystem, Gesundheit, Bildung und neuerdings Integration. Kurz: Keinem Land in Europa geht es besser als der Schweiz.

Doch die Unbelehrbaren bleiben unbelehrbar. Statt dass die damaligen Schwarzseher und falschen Propheten sich im hintersten Loch möglichst unsichtbar machen, trumpfen sie zwanzig Jahre nach ihrer EWR-Niederlage wieder öffentlich auf. Rechthaberisch und ohne jede Spur von Selbstkritik. Der gescheiterte EWR-Beitrittsarchitekt Franz Blankart behauptete 1992, wir würden bei einem Nein die EU in fünf Jahren auf den Knien um den Beitritt bitten. Heute beurteilt der starrsinnige Blankart den EWR noch immer als «einzige valable Option für die Schweiz».

Der damalige FDP-Präsident Franz Steiner äussert sich im Rückblick noch immer überzeugt, dass die Schweiz mit einem Ja besser gefahren wäre: «Wir hätten weniger politischen Ärger gehabt. Und es wäre billiger gewesen.» Peter Bodenmann, ehemals SP-Chef, behauptete ununterbrochen, Irland werde die Schweiz demnächst wirtschaftlich überholen. Heute nennt ausgerechnet er Christoph Blocher einen «Märchenonkel». Und verbreitet unbeeinträchtigt seine Botschaft: «Der Alleingang stirbt.»

Adolf Ogi erläuterte als Bundespräsident des Jahres 2000 das EU-Beitrittsziel wie folgt: «Die Öffnung ist irreversibel und erfolgt Schritt für Schritt.» Jetzt will er nie für einen EU-Beitritt gewesen sein, fordert aber eine «Offensive» und einen «Befreiungsschlag» in Richtung EU: «Man kann sich manchmal im Leben auch verrennen und dann nicht mehr die Meinung ändern.» Leider meint er damit nur die ändern. Das Schattenspringen ist nicht Ogis sportliche Disziplin. Die Wirklichkeit darf die Traumbilder nicht stören. Blocher darf nicht recht bekommen.

Am klügsten verhält sich Schriftsteller Peter Bichsel. 1992 hat er einen Pro-EWR-Text geschrieben. Heute lässt Bichsel ausrichten, er wolle «dazu nichts mehr sagen».

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Irrlehren und ihre Lehrer

Von Peter Bodenmann — Der Hofchronist der Schweizerischen Nationalbank (SNB) versucht die Kritiker totzuschweigen.



Wie im Vatikan: Ökonom Baltensperger.

Professor Ernst Baltensperger hat ein Buch geschrieben. Titel: «Der Schweizer Franken». Untertitel: «Eine Erfolgsgeschichte». Vorwort: Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Das Copyright liegt bei der Schweizerischen Nationalbank. Das Buch entstand aufgrund einer Anregung von Jean-Pierre Roth, Jordans Vorgänger. Auch sonst unterstützte die SNB diese «Erfolgsgeschichte».

So viel parastaatlicher Filz ist schwer zu überbieten. Alles erinnert etwas an den Vatikan. Und trotzdem ist das Buch, wenn es um die weiter zurück liegende Vergangenheit geht, selbstkritisch. Mit stark abnehmender Tendenz, sobald es um die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts geht.

O-Ton Baltensperger: «Die SNB ist für ihre Politik in den Jahren 1994 und 1995 scharf kritisiert worden. [...] 1994 verstärkte die Nationalbank mit einem allzu langen Beharren auf ihrem restriktiven Kurs den Schwächezustand der Wirtschaft. [...]»

Der schärfste und kompetenteste Kritiker war Serge Gaillard, damals Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, heute Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

Warum, wird bei der Lektüre des Buchs klar: Der Name Gaillards findet sich nicht im Lauftext und nicht im Literaturverzeichnis. Der Name darf nicht auftauchen, weil Baltens-

perger die Nationalbank in den neunziger Jahren beraten hat. Und weil Gaillard in den letzten zwei Jahren verwaltungsintern immer wieder auf eine Korrektur der Politik der SNB in Sachen Franken gedrängt hatte. Für Unctad-Chefvolkswirt Heiner Flassbeck ist klar, dass die Nationalbank die Untergrenze bei Fr. 1.35 hätte einziehen müssen. Für den deutschen Wirtschaftsweisen Peter Bofinger wäre dies noch heute die richtige Untergrenze. Und selbst Thilo Sarrazin sieht es so.

Die Nationalbank nutzt ihre Möglichkeiten nicht. Deshalb sind heute die realen Zinsen für Haushalte und Unternehmen in der Schweiz höher als in Deutschland.

Die Schweiz bläht zurzeit – neben dem Wohnungsbau – die parastaatlichen Apparate auf – ohne etwa im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft zu rationalisieren. Deshalb wird die schleichende Schwächung des Arbeitsplatzes Schweiz medial und politisch nicht wahrgenommen.

Wie lange wird unsere Nationalbank brauchen, um auch diese Fehlentwicklungen zu korrigieren? Irrlehren und ihre Lehrer überleben – wie Figura zeigt – in geschlossenen und sich selbst kontrollierenden Systemen zu lange. Leider.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Wir wünschen frohes Surfen.



MediaPad 7 Lite
Android 4.1, 7" Multitouchscreen, WLAN

*Dieses
Tablet gibt's
gratis zum
Internet-Abo.**

Das Internet-Abo mit M-Budget DSL

* Wenn Sie bis 31.12.2012 ein Internet-Abo bei M-Budget DSL mit Festnetz-Telefonie (VoIP) für 12 Monate abschliessen, schenken wir Ihnen ein Huawei-Tablet. Kombinieren Sie M-Budget DSL mit Festnetz-Telefonie (VoIP) für nur Fr. 59.80 im Monat. Damit sparen Sie die Festnetzgebühren von Fr. 25.35/Monat. Aktivierungskosten Fr. 29.-, inkl. WiFi-Router. Weitere Infos und Registrierung unter: www.m-budget-dsl.ch

M-Budget DSL Produkte sind erhältlich bei:





Jahresüberblick

Expertenreisen 2013

Erleben Sie aussergewöhnliche Destinationen, einzigartige Begegnungen, und erfahren Sie von hochkarätigen Experten mehr über Land und Leute.

**Namibia – wild, herausfordernd
und nur bedingt zugänglich.**

Mit Walter Eggenberger
vom 4. bis 19. August 2013



Die höchsten Sanddünen in der ältesten Wüste der Welt im Sonnenaufgang erleben und das Naturparadies Walvis Bay aus nächster Nähe betrachten – dies sind nur einige der Superlative und Kontraste, die dieses «Out of

Africa»-Abenteuer schmücken. Mit dem Namibia-Kenner Walter Eggenberger begeben Sie sich in die spektakuläre Namib-Wüste – eine Landschaft, wie von einem fremden Planeten. Zu Gast in einem Dorf der Buschmänner, erleben Sie jahrhundertalte Riten und Geisterglauben, und nachts residieren Sie in traumhaften Lodges, wo tierisches Gedrängel am Wasserloch zum Abendprogramm gehört. Gehen Sie mit Löwen, Elefanten und Giraffen auf Tuchfühlung. Wer Ruhe und Natur sucht, den wird der Zauber von Namibia nicht mehr loslassen.

**Schanghai, Südchina und Hongkong –
vom Mittelalter in die Moderne.**

Mit Peter Achten
vom 15. bis 30. September 2013



Millionenmetropolen, abgesehene Bergdörfer, 3500 Jahre Tradition und Maos Erbe – entdecken Sie gemeinsam mit dem Asienexperten Peter Achten die verschiedenen Gesichter der Volksrepublik. Vom imposant zur Schau

gestellten Fortschritt in der ehemaligen Expo-Region Schanghai geht es abseits der Touristenströme in die Provinzen Hunan und Guizhou, wo Sie unberührte Natur und indigene Volksstämme mit jahrhundertalten Traditionen erwarten. Den Abschluss bildet Hongkong mit seinem einzigartigen Mix aus Kolonialzeit, Kapitalismus und Kommunismus. Begleiten Sie uns auf eine abwechslungsreiche Reise ins Land der Mitte und Reich der Extreme.

Weltwoche-Spezialangebote

Expertenreisen für Weltwoche-Leser
Aussergewöhnliche Destinationen mit hochkarätigen Experten:

Namibia

Mit Walter Eggenberger
Vom 4. bis 19. August 2013

Schanghai, Südchina und Hongkong

Mit Peter Achten
Vom 15. bis 30. September 2013

Weitere Informationen im Detailprogramm

Anmeldeformular:

Für Anfragen und Detailinformationen wenden Sie sich bitte direkt an die auf Expertenreisen spezialisierte Reiseagentur cotravel in Allschwil BL, www.cotravel.ch.

Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

Weitere Informationen zu den Reisen finden Sie auch auf www.weltwoche.ch/platinclub.ch.

Gut ist, was gut ist

Von Kurt W. Zimmermann — Alle finden gut, dass es eine linke Wochenzeitung gibt. Doch warum liest sie kaum jemand?

Diese Woche habe ich den kindischsten Artikel des Jahres gelesen. Das heisst etwas in der an kindischen Artikeln reichen Medienindustrie.

Der infantilste Artikel des Jahres stand in der linken Wochenzeitung (Woz). Die Story ging so: Zwei Reporter der Woz läuten tagsüber an den Türen von reichen Leuten und wollen eine Million.

Die zwei läuten also bei Raymond Bär. Es kommt die Haushälterin. Die zwei erspähen hinter ihr einen Kronleuchter. «O senhor não está para em casa», sagt nun die Haushälterin. Hihhihi – selten so gelacht.

Dann läuten die zwei bei Jacob Schmidheiny. Es kommt seine Frau. Die zwei erspähen hinter ihr eine Kirschlorbeerhecke. Ihr Mann sei nicht zu Hause, sagt nun Frau Schmidheiny. Höhöhö.

Dann läuten die zwei bei Walter Frey. Es kommt sein Pförtner. Die zwei erspähen hinter ihm eine herrschaftliche Villa. Herr Frey sei nicht zu Hause, sagt nun der Pförtner. Hehehe.

Wenn Linke lustig sein wollen, dann geht es schief. Das ist eine uralte Medienregel.

Die Woz hat in der Branche eine besondere Stellung. Alle finden gut, dass es die Woz gibt. Vor einem Jahr wählte die Branche Woz-Schriftleiterin Susan Boos gar zur «Chefredaktorin des Jahres». Die Herzen unserer linken Journalisten konnten einer Gleichgesinnten zufliegen.

Weil alle so gut finden, dass es die Woz gibt, fragt niemand, wie gut die Woz ist. Wir wollen das heute nachholen. So viel vorweg: Mit Qualitätsjournalismus hat die Woz leider wenig zu tun.

Die Redaktion ist recherchefaul, ideologisch einäugig und zielt bei der Themenwahl am Publikum vorbei.

Am liebsten schreibt die Woz noch immer über Befreiungsbewegungen in El Salvador, Sojaanbau in Argentinien, die Kurden in Syrien, Zwangsarbeit in Usbekistan, Gewerkschaften in Indien und Lohndumping im Baugewerbe. Das interessiert in dieser Ballung heute nicht einmal mehr einen roten Drittweltaktivisten.

In den letzten Jahren versuchte sich die Woz thematisch zu öffnen, das muss man fairerweise anerkennen. Beim Thema Fussball etwa gehört sie heute zu den lesenswertesten Blättern des Landes.

Allzu oft hingegen fällt die Redaktion in populärmarxistische Themen und Reflexe zurück. Die Linken haben aus der Sicht des Blatts immer recht. Nur wenn die Linken zu wenig



Wenn Linke lustig sein wollen: Woz-Chefin Boos.

links sind, wie etwa SP-Präsident Christian Levrat, dann werden auch Linke kritisiert.

Am auffallendsten an der Woz ist ihre Recherchefaulheit. Die Woz hat keine Primeurs von Belang. Sie ist das einzige Wochenblatt der Schweiz, das nie eine heisse Story hat, die von anderen Medien aufgenommen wird. Die Journalisten graben nicht im Dreck der schmutzigen Fakten, sondern pflegen einen Beschaulichkeitsjournalismus im sozialistischen Salon.

Das führt zur grotesken Situation, dass rechtsbürgerliche SVP-Nationalräte und kasinokapitalistische Nationalbanker ausgerechnet von der rechtsliberalen Weltwoche abgeschossen werden. Hier eine ernsthafte Gegenposition aufzubauen, hat die Woz nie geschafft.

Die Auflage der Woz wächst leicht. Das ist in der heutigen Zeit schon ein grosser Erfolg. Allerdings sind die heutigen 16 000 Exemplare wiederum enttäuschend, weil das Umfeld mehr hergeben würde. Die grossen Städte Zürich, Basel und Bern sind heute alle links-grün dominiert. Die Woz hätte in diesem Markt eine Chance, wenn sie auf einen zwar linken, aber harten und kritischen Qualitätsjournalismus setzen würde. Die Schweiz könnte ein zweites politisches Wochenblatt gebrauchen. Es ist schade, dass die Woz diesen Ehrgeiz nicht hat.

Ich teile die Meinung der Branche. Dass es die Woz gibt, ist gut.

Nicht gut ist, dass sie nicht gut ist.

Fünf Franken für eine Nacht Strassenstrich

Von Alex Reichmuth

Wäre Zürich nicht Zürich, sondern Basel, wäre jetzt schon klar, wie das Sujet der kommenden Fasnacht lautet: Prostituierte, die auf dem Strassenstrich anschaffen, müssen künftig ein Ticket an einem Automaten lösen. Fünf Franken kostet die Erlaubnis, eine Nacht lang in den dafür bestimmten Zonen auf Freier zu warten. Bereits im nächsten Januar sollen die Geldkästen installiert werden.



Tickets lösen können die Prostituierten nur dann, wenn sie sich zuvor die grundsätzliche Bewilligung geholt haben, auf der Strasse zu stehen. Gehen sie das erste Mal anschaffen, haben sie den Aufwand für diese Bewilligung bereits abgegolten – mit vierzig Franken. Warum verlangt die Stadt Zürich nochmals fünf Franken pro Nacht? «Es geht dabei um eine Gebühr für die Benützung des öffentlichen Grundes für eine gewerbliche Tätigkeit, wie zum Beispiel ein Taxistandplatz oder ein Marktstand», schreibt Reto Casanova, Sprecher des Polizeidepartements. Die Höhe dieser Gebühr richtet sich dabei «nach dem Wert der benutzten Fläche, dem Nutzen für die Prostituierten und dem Aufwand für die Kontrollen». Dabei geht Zürich bei der benutzten Fläche von einem Quadratmeter pro Frau aus, wie weiter zu erfahren ist. Die Gebühr von fünf Franken ist somit in etwa vergleichbar mit jener für Marktfahrer, die zwischen acht und zwölf Franken pro Quadratmeter und Tag zahlen. Als Nutzen für die Prostituierten führt Casanova an, dass diese Werbung für ihr Gewerbe auf öffentlichem Grund machen können – was ihnen «andere Werbemassnahmen» wie etwa Inserate erspare. Und bei den Kontrollen schliesslich handle es sich um solche durch Polizisten oder Angehörige des städtischen Sozialdepartements. Zürich setzt das Verursacherprinzip mit aller Konsequenz durch.

Die neuen Ticketautomaten funktionieren ähnlich wie Parkautomaten: Sie akzeptieren nur Münzen und geben kein Rückgeld. Die Prostituierten müssen also allabendlich den passenden Betrag zur Hand haben. Sonst riskieren sie eine Busse. Man stelle sich die Situation vor, dass die Prostituierten ihre Freier zuerst um einige Fränkli Wechselgeld angehen und dann beim Automaten vorbeigehen müssen, bevor sie ihre Kunden bedienen dürfen.

«Er ist offenbar absolut blind für die ökonomischen und politischen Realitäten.» Urs Kägi-Romano



«Schon wieder»: ehemaliger SP-Präsident Bodenmann.

Zu viel Raum

Nr. 48 – «Der Alleingang stirbt»; Peter Bodenmann über das EWR-Nein vor zwanzig Jahren

Ich schätze es sehr, dass Meinungen, die sich nicht mir Ihren Überzeugungen decken, Platz in Ihrer Zeitschrift haben. Zuweilen ist der Raum, den Sie dafür geben, aber fast zu gross. Mit der Schlagzeile auf der Titelseite, «Der Alleingang stirbt» suggerieren Sie, dass dies die Ansicht der *Weltwoche* sei, was natürlich nicht zutrifft. Die *Weltwoche*-Abonnenten wissen dies natürlich, aber für einen aussenstehenden Unionisten könnte dies den Reflex auslösen: «Endlich werden die Leute vernünftig!» Peter Bodenmann erzählt in seinem Beitrag dasselbe, was er seit zwanzig Jahren verbreitet. Er ist offenbar absolut blind für die ökonomischen und politischen Realitäten. Ich meine, dass es an der Zeit wäre, einen anderen Kolumnisten aus dem linken Lager zu engagieren, der seine Ansichten differenziert zum Ausdruck bringen und auch Leser, welche andere Meinungen haben, zum Denken anregen könnte. Mit Peter Bodenmanns Beiträgen lösen Sie nur den Reflex aus: «Schon wieder!» Urs Kägi-Romano, Wildhaus

Deutschschweizer in der Romandie

Nr. 48 – «Der böse <schwarze Sonntag>»; Urs Paul Engeler über das EWR-Nein

Es ist heilsam und gut, uns alle daran zu erinnern, wie und warum der Bundesrat und seine

Helfershelfer sich damals im Dezember 1992 ins Abseits manövierten. Als Deutschschweizer in der Romandie kann ich auch den Hinweis bestätigen, dass der Graben nicht so sehr an der Röstigrenze liegt, sondern eher zwischen Volk und Regierungsvertretern. Schliesslich geschieht auch die Erwähnung der unbedarften Arroganz in der Reaktion unserer Magistraten verdienstermassen, obwohl in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen wäre, dass in jedem demokratischen System das Volk üblicherweise auch die Führer hat, die es verdient. Im sich abzeichnenden Demokratiedefizit der EU hätte wohl unser Land von den selbstbesessenen Bürokraten in Brüssel noch weit Schlimmeres zu gewärtigen. Und da ich weder zu den Bewunderern von «Sieger» Ch. Blocher noch von «Verlierer» P. Bodenmann gehöre, erlaube auch ich mir einen persönlichen Hinweis: Wenn der Autor Letzteren als «notorischen Besserwisser» abqualifiziert, liegt er vielleicht nicht völlig daneben.

Franz Peter Küng, Saint-Cergue

Höchstform

Nr. 48 – «Wir 1992er»; Editorial von Roger Köppel

Einmal mehr ist der Autor zu seiner Höchstform aufgelaufen. Einen Bericht zu den damaligen Befindlichkeiten in unserem Land kann man kaum deutlicher und wortgewaltiger darstellen. Auch die messerscharfe Analyse des Wirkens der enttäuschten Verlierer trifft den

Nagel auf den Kopf. Es ist tatsächlich so, dass man aus heutiger Sicht der Dinge den dummen Hinterwäldlern, welche die Bodenhaftung nicht verloren haben, dankbar sein müsste («sein muss», schreibt Köppel). Wo ist der Politiker einer Mittepartei oder der Journalist der *Mainstream*-Tagespresse, der die Grösse hätte, den rückständigen, treichelschwingenden Bünzlis und deren Galionsfigur, die es eigentlich nicht nötig hat, mit jeglichem Dreck aus der untersten Schublade beworfen zu werden, einen Dank auszusprechen? Dass von Links-Grün diesbezüglich nichts zu erwarten ist, versteht sich von selbst, denn diese leben im schönen Gefühl, immer recht zu haben – auch wenn sie sich irren. So beschreibt es der deutsche Redaktor Jan Fleischhauer in seinem Buch «Unter Linken». Karl Schär, Balmigach

Ich bewundere Herrn Köppels Vertrauen in die Demokratie und in die Annahme, dass sich die Schweizer gegen die EU entscheiden würden. Dagegen spricht, dass die Städte immer mehr Gewicht gewinnen und dadurch auch die «gekauften» Stimmbürger. Wenn ich sehe, wie zum Beispiel in der Stadt Zürich praktisch jedes millionenschwere und überbeuerte Bauvorhaben durchgewunken wird und gute Steuerzahler durch «Neid»-Abstimmungen abgestraft werden, erweckt das in mir Zweifel, ob sich die Bürger noch bewusst sind, von wem das Geld kommt. So könnten sie auch dem Wunschgebilde EU erliegen.

Eric Schönholzer, Zürich

Zuerst demokratisch, dann diktatorisch

Nr. 48 – «Mursi der Allmächtige»; Pierre Heumann über den ägyptischen Präsidenten

Leider handelt es sich bei Ägypten nicht um eine filmische Komödie, sondern um eine reale Tragödie. All jene, welche beim sogenannten arabischen Frühling geglaubt haben, es handle sich um eine Demokratisierungswelle, werden nun eines Besseren belehrt. Die Chamberlainianer schauen erneut zu, wie in diesen Ländern zuerst demokratisch und dann diktatorisch über kurz oder lang Scharia-Recht etabliert wird. Willkommen in der Realität!

Heinrich Vettiger, Wetzikon

Authentisch und sportnah

Nr. 48 – «D Steffii Buchlii»; Gion Mathias Cavelti über die SF-Sportmoderatorin

Diese Reportage war grossartig. Ich bin Fan dieser *Züri-Schnurre*. Sie haben jemanden porträtiert, der am Fernsehen immer wieder angenehm rüberkommt. Sie wirkt natürlich, authentisch und sportnah. Kaum ein Eishockeyspieler wird sich dieser kompetenten Interviewerin verweigern.

Erich Gassmann, Bellevue

Anderer Lebensentwurf

Nr. 48 – «Nobelpreise: Warum keine Frauen?»
von Alex Reichmuth

Der Artikel (und auch die Studien) lassen den Einfluss des Selbstbildes auf eine solche Messung beiseite. Dieser ist auch erforscht, und da kommen locker 10 IQ-Punkte zusammen: Die Frauen verschenken die unbewusst, weil sie sich gar nicht so exzentrisch intelligent sehen. Bei den Nobelpreisen kommt dazu, dass Frauen häufiger einen anderen Lebensentwurf haben und darum den Einsatz nicht so planen und leisten, wie es für eine Nobelpreis-Leistung nötig ist. Na und? Wichtig ist bloss, dass den Frauen, die wollen und können, das als Möglichkeit genauso bleibt wie den Männern.

Laurenz Hüsler, Egg

Erst lesen, dann lästern!

Nr. 47 – «Zeitgeists schönes Echo»;
Urs Paul Engeler über den Germanisten
Peter von Matt

Man glaubt es nicht! Urs Paul Engeler schreibt einen Artikel über Peter von Matt, ohne einen einzigen Blick in dessen Werk geworfen zu haben, zum Beispiel in das grandiose Buch «Liebesverrat». Engeler's Vorwürfe sind lächerlich. Nicht satisfaktionsfähig, hätte man früher gesagt. Nur so viel: Zu einer Zeit, da einer wie Engeler den Begriff Mythos nicht einmal mit der Kneifzange angefasst hätte, hat Peter von Matt über die Mythen unseres Landes geschrieben und gesprochen – und nicht nur über die Helvetik. Erst lesen, dann lästern!

Thomas Hürlimann, Berlin

Mit dem Schweizer Buchpreis wird nicht der «Dichter des Jahres» gewählt, sondern ein aktuelles Buch mit Bezug zur Schweiz prämiert. Dieses Buch muss nicht erzählende Literatur oder Lyrik zum Inhalt haben, es kann ausdrücklich auch ein Essay sein. Prämiert wird nicht der Autor, sondern das Buch,

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.
Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

das ausschliesslich von den Verlagen zur Preisverleihung angemeldet werden darf. Zum «Netzwerkgenie»: Wenn einer ein Berufsleben lang an der Universität mit grosser Resonanz Literatur gelehrt hat, ist es unausweichlich, dass er Hunderte von Studierenden betreut hat und dass einige davon später Positionen im Literaturbetrieb bekleiden. Das als Netzwerk zu kritisieren, ist lächerlich und im Zusammenhang ohne Belang. Zur politischen Haltung: Jede Literatur entsteht in einem geschichtlich-politischen Kontext, und es ist Sache und Aufgabe der Literaturwissenschaft, auch diese Dimension zur Sprache zu bringen. Peter von Matt tut das auf seine Weise und kommt dabei zu offenbar anderen Einsichten als Urs Paul Engeler. Ihm das vorzuwerfen, ist unredlich, wenn die Aussagen nicht zutreffen: In seiner



Rede in Stans hat von Matt nicht Napoleons Helvetik verherrlicht, sondern die Fragen aufgeworfen, warum in jener Stunde nicht mehr diskutiert, sondern Gewalt angewendet wurde und welche Seite wohl mehr recht gehabt habe. Das war nicht Feigheit vor Freunden, sondern eine kluge Analyse der historischen Situation.

Hugo Wandeler, Zürich

Deutsch zum Geniessen

Nr. 47 – «Fragil entrückt»; Wolfram Knorr
über den Film «Tabu»

Grossartig! Der Artikel über den Film «Tabu» von Wolfram Knorr hätte im Gegensatz zum beschriebenen Film einen Preis verdient. Deutsch zum Geniessen. Ich freue mich auf die nächste Kolumne.

René Schaber, Adligenswil

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche*
antwortet



Darf man eigentlich als Parteimitglied bei Wahlen die Liste einer anderen Partei als der eigenen einwerfen?

Thomas Frei, Küttigen

Sie dürfen sich auch in der Muttenser-Kurve mitten unter die Basler Fussballfans mischen und jeweils für die gegnerische Mannschaft jubeln. Im Unterschied zu Ihrer Wahlaktion zeigen Sie dann immerhin Rückgrat.

Peter Keller

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

«Burkhalter weiss nicht, was er will»

SVP-Nationalrat Christoph Blocher sieht die Schweiz in der gleichen Situation wie vor der EWR-Abstimmung: europäische Drohungen, ängstliche Bundesräte und Wirtschaftsführer, die aus kurzfristigem Interesse die Schweiz aufgeben. *Von Philipp Gut, Roger Köppel und Christian Schnur (Bild)*

Herr Blocher, Bundesrat Didier Burkhalter lanciert eine europapolitische Offensive gegen Sie. Die NZZ schreibt: «Hier kämpft einer für etwas, woran er glaubt». Was halten Sie davon?

Dass ein Bundesrat für etwas kämpft, woran er glaubt, scheint eine Ausnahme zu sein! (*Lacht*) Burkhalters Pressecommuniqué steht unter dem Titel: «Fortsetzung der Gespräche zu den institutionellen Fragen mit der EU». Was heisst das? Wo ist die Strategie?

Burkhalter spricht von «Reformen».

Was für Reformen? Es ist alles so konzeptions- und strategielos. Gemäss Duden ist eine Strategie «ein genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein [...] Ziel zu erreichen, und in dem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht». Was ist das schweizerische Ziel des bilateralen Weges? Ich finde es nicht. Ist etwa der bilaterale Weg das Ziel? Ein Weg? Das mag für eine Freizeitgesellschaft noch angängig sein. Aber nicht für internationale Verhandlungen. Gemäss Burkhalter ist das strategische Ziel, einen Weg zu suchen, der für die EU akzeptabel ist.

Na und? Jeder Vertrag muss von der anderen Seite angenommen werden.

Das ist das Ende, nicht schon der Anfang. Was will die Schweiz, und bis wohin kann man gehen? Wie ich aus Erfahrung weiss, ringt der Bundesrat vor Verhandlungen nie um diese Fragen. Ganz anders die andere Seite: Die EU weiss, was sie will. Nämlich, dass die Schweiz das künftige EU-Recht, das die EU allein setzt, akzeptiert sowie die EU-Gerichtsbarkeit akzeptiert, um so die Schweiz schlussendlich in die EU zu zwingen. Nichts anderes als Kolonialverträge: Die EU bestimmt, die Schweiz akzeptiert. Letztlich wollen Bundesrat, Verwaltung und das Parlament in die EU. Doch zugeben würden sie es heute nicht mehr.

Der Bundesrat lügt die Leute an?

Wir reden von Politikern. Da sagt man nicht lügen, wenn sie ihre wahren Absichten verschleiern oder etwas anderes sagen, als sie denken. Während der letzten zwanzig Jahre taten Bundesrat und Parlament so, als würden sie bilaterale Verträge mit der EU abschliessen, um die Unabhängig-

keit der Schweiz zu wahren. In der EU sagten die Diplomaten das Gegenteil. Die Schweiz komme dann schon in die EU, das Beitrittsge such liege ja schon in Brüssel!

Ist der bilaterale Weg denn so verheerend?

Es gibt ja nichts anderes. Wie wollen Sie etwas regeln, ohne Vertrag? Was heute zum «bilateralen Königsweg» hochgeschrieben wird, ist seit 700 Jahren für die Schweiz Alltag. Aber Verträge können nur freie, eigenständige Staaten schliessen. Dank des EWR-Neins 1992 kann dies die Schweiz noch. Wäre die Schweiz im EWR, wäre ein Vertrag weder möglich noch nötig.

Die EU sagt, es brauche eine engere institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU.

Auch das erklärte die EU vor zwanzig Jahren. Was haben wir seither gemacht? Eher zu viele als zu wenige solcher bilateralen Verträge. Leider wird der Bundesrat wieder nachgeben.

«Für die Schweizer Politiker, die Grossfirmen, Interessenverbände ist das Volk eine Belästigung.»

Chefunterhändler Michael Ambühl verneint. Der Bundesrat widerspricht Ihnen. Es geht nicht um einen neuen EWR, sondern darum, gegenüber der EU eine mehrheitlich mit Schweizern bestückte Behörde zu installieren, die in Konfliktfällen entscheiden kann, ob die Schweiz bestimmte EU-Regelungen übernehmen soll oder nicht. Wir behalten die Möglichkeit, nein zu sagen. Das war im EWR anders.

Das wird die EU nicht akzeptieren. Sie will letztlich die Gerichtsbarkeit. Aber bleiben wir bei der Rechtssetzung. In der Schweiz ist der Bürger die oberste Instanz bei der Rechtssetzung. Wenn die Schweiz das von der EU gesetzte künftige EU-Recht übernimmt, hat der Bürger nichts mehr zu sagen. Eine der grossen Errungenschaften der Schweiz – die direkte Demokratie – würde preisgegeben. Warum hat die Schweiz weniger Schulden als andere Länder? Weil das Volk die Politiker besser kontrolliert. Schuldenbremse, obligatorische Referenden in Gemeinden, Kanton und Bund für Steuern et cetera. Dieses Recht ginge weitgehend verloren.

Faktisch sind wir doch längst im EWR.

Nein. Natürlich regeln wir vieles gleich.

Aber nur, wenn es der oberste Gesetzgeber – die Bürger – zulässt. Wir können es auch wieder ändern und abschaffen. Dagegen ist doch nichts einzuwenden. Wenn wir zum Beispiel die Autobahnen gleich anschreiben wie in der EU, ist das freiwillig und sinnvoll. Viele bilaterale Verträge sind aber fast ausschliesslich im Interesse der EU. Aus EU-Sicht entscheidend ist der Verkehrsvertrag. Er regelt die Durchfahrt durch die Alpen.

Ein Pfand für die Schweiz?

Natürlich. Wie wichtig das ist, sah ich 1989, als die Gotthard-Bahnlinie verschüttet und während dreier Wochen blockiert war. Die norditalienische Industrie geriet in Versorgungsschwierigkeiten. Ich hätte nie gedacht, dass der Alpendurchgang noch heute von derart zentraler Bedeutung ist.

Nochmals: Wir sind doch heute schon faktisch im EWR und übernehmen EU-Recht.

Das nicht. Aber wir haben zweimal gesündigt. Erstens: Die Grenzöffnung durch Schengen/Dublin. Hier übernehmen wir automatisch das Recht. Das funktioniert nicht und bringt mehr Kriminalität. Wir haben die Visa-Hoheit verloren und die Kontrolle über die Aussengrenzen und haben statt – wie versprochen – halb so vieler Asylsuchender bald das Dreifache.

Sie sassen im Bundesrat, waren aber dagegen.

Ja, das ist bekannt. In der bundesrätlichen Botschaft steht so viel bewusst Falsches. Statt der ausgewiesenen Kosten von 7 Millionen Franken sind es jetzt 130 Millionen Franken pro Jahr. Das konnte ich aus Gewissensgründen nicht vertreten.

Was ist die zweite Sünde?

Die Personenfreizügigkeit. Das müssen wir anpassen.

Das ist verantwortungslos. Wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigt, stürzt das bilaterale Vertragswerk ein.

Nein. Nur wenn die EU das will. Aber das liegt nicht in ihrem Interesse. Glauben Sie doch nicht, dass die EU alle Verträge kündigt! Keiner ist so dumm, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Wird die EU das Verkehrsabkommen kündigen? Sie müsste den Verstand verlieren, das zu tun. Aber wenn sie es trotzdem macht, geht für die Schweiz keine Welt unter. Ende der Personenfreizügigkeit? Die Leute aus der EU kämen trotzdem, um bei uns zu arbeiten.

Kürzlich sagte Rolf Soiron, der Verwaltungsratspräsident von Holcim, es sei



«Sie können nicht den Vegetarier schicken»: Politiker Blocher vor einem seiner Lieblingsbilder.

matchentscheidend für die Industrie, dass die Schweiz das neue Strommarktabkommen mit der EU abschliesse. Engere institutionelle Bindungen, wie sie der Bundesrat für diesen Modellvertrag vorsieht, seien zu akzeptieren.

Matchentscheidend? In welchem Match spielt er? Wie die Leute, die schon 1992 bei einem EWR-Nein den Untergang der Schweiz prophezeiten, malen er und andere wieder neue Schreckgespenste an die Wand. Es ist ja niemand gegen die vertragliche Regelung der Energiezu- und -abfuhr. Aber stellen wir doch nicht deswegen

die ganze Schweiz und ihre Wohlfahrt auf den Kopf. Es ist himmeltraurig, wenn führende Schweizer Industrielle ihren Match nur noch dann zu gewinnen glauben, wenn sie vorher die Schweizer Demokratie abschaffen.

Sie irren. Die wenigsten Politiker wollen noch in die EU. Die haben doch auch etwas gelernt. Sie schämen sich inzwischen, dass sie damals für den EWR waren.

Auch die Classe politique liest Meinungsumfragen und sieht: 80 Prozent der Leute wollen nicht in die EU. Also passen sie ihre Überlegungen an. Aber im Bundesrat, in der

Bundesverwaltung, im Parlament sind 80 Prozent für den EU-Beitritt oder nehmen ihn zumindest in Kauf. Das ist auch verständlich. Sie müssen die Interessen sehen: Wer verliert eigentlich, wenn die Schweiz in die EU oder den EWR geht? Wer profitiert? Die Classe politique verliert nicht. Im Gegenteil: Politiker können auch in der EU mitreden. Dort sind alle für alles zuständig und niemand für etwas. Finanziell ist die EU ebenfalls hochinteressant für Politiker, weil sie für stattliche Bezahlung in vielen Gremien «herumschwimmen» können, ohne dass das Volk dreinredet. Für die Schweizer Politiker, die Grossfirmen, Interessenverbände ist das Volk eine Belästigung. Sie werden stets gebremst, sich frei zu bedienen und Geld auszugeben. In der EU ist das anders. Woche für Woche eine Gipfelkonferenz. In den elitären Gremien fühlen sich Herr Soiron von Holcim oder Herr Kielholz von der CS und Rückversicherung, der immer wieder sagte, die Schweiz müsse in die EU, wohl. Solche Leute haben direkten Zugang zu den EU-Gremien. Was aber ist mit dem Schweizer Handwerker? Dieser und die Frau oder der Mann von der Strasse sind ausgeschlossen. Sie sind auf den Stimmzettel angewiesen.

Der Alleingang, den Sie propagieren, setzt voraus, dass man Widerstand leisten kann in der Art, wie Sie das vielleicht machen. Aber die Politiker und Beamten, Sie sagen es ja selber, haben ein anderes Ziel. Es fehlt das Personal für Ihre Strategie.

Sie haben recht. Sie können nicht den Vegetarier schicken, um für den Metzgermeisterverband möglichst viel herauszuholen. Aber sollen wir die Schweiz aufgeben, nur weil die falschen Leute in Bern sitzen?

Alle entlassen?

Nein, aber Sie können die Köpfe in eine andere Richtung drehen, wenn Sie die richtigen Aufträge erteilen. Doch trotzdem: Über den Volksentscheid wird man sich auch in Bern nicht ganz ungestraft hinwegsetzen können. Immerhin ist die Schweiz heute – dank dem Volksentscheid von 1992 – nicht in der EU.

Ein kluger Bankier, mit dem wir kürzlich gesprochen haben, hält es für unmöglich, dass die EU die Schweiz als Wohlstandinsel in ihrer Mitte noch lange tolerieren wird. Der Anpassungsdruck werde zu gross.

Aus seiner Sicht hat er recht. Die Banken machen ja nichts anderes als jeden Tag ein bisschen nachgeben. An solchen Stimmen sollte man sich derzeit nicht orientieren. Ihm ist zu sagen: Druck des Auslandes auf die Schweiz ist eine Konstante der Schweizer Geschichte! Aber Widerstand auch. Das heisst nicht, dass man nicht irgendwo ab und zu nachgibt. Aber man gibt doch nicht schon von Anfang an auf. Und nicht bei den Staatssäulen. Erinnern wir uns: In den sech-

iPhone-App komplett überarbeitet.



Neu: mit
Download!

Erhältlich im
App Store

Die komplett neue App fürs iPhone. Als Abonnent/-in lesen Sie die Weltwoche bequem auch unterwegs. Neu: mit Autorensuche. Jetzt im App-Store für nur Fr. 5.– (einmaliger Download).

DIE WELTWOCHEN

ziger Jahren war Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen – ehemals Generaldirektor des Welternährungsrates – eher dem Internationalen zugeneigt. Seiner Meinung nach hätte sich die Schweiz Europa politisch öffnen sollen. Aber er erklärte gegenüber ausländischen Forderungen sinngemäss: «Wir als Regierung haben in der Schweiz zum EWG-Beitritt nichts zu sagen. In der Schweiz ist das Volk der Souverän, der Gesetzgeber. Und dieser will seine Souveränität nicht preisgeben. Er will auch in der Zukunft selbst bestimmen. Deshalb kann die Schweiz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht beitreten.» Wo ist heute diese Sprache?

Sie haben als Milliardär, der vom Feldherrenhügel herab den Widerstand predigt, leicht reden. Die Risiken des Alleingangs können Ihnen nichts mehr anhaben.

Das Wichtigste in jeder Verhandlung ist, dass man dem anderen sagt, wo die Grenzen sind. Wir wollen die anderen nicht reizen, aber ihnen erklären, dass wir selbständig und unabhängig bleiben wollen. Nach dem letzten Krieg haben alle Staaten feierlich erklärt – auch die europäischen: Es darf keine Kolonien mehr geben, weder indische noch afrikanische. Und das soll nur noch für afrikanische Staaten, nicht aber für die Schweiz gelten? Was wird der EU-Funktionär erwidern, wenn ich ihn anständig daran erinnere, dass auch die Schweiz keine Kolonie sein möchte? Und was den Milliardär angeht...

... auf seinem Feldherrenhügel ...

... ich wohne nicht einmal zuoberst! (Lacht) Hinter diesen Milliarden stehen doch Exportunternehmen mit dem Standort Schweiz. Unternehmer müssen reich sein. Es gibt nichts Traurigeres als arme Unternehmer! Wir wissen, was exportieren heisst, was die Stärken und Schwächen des schweizerischen Wirtschaftsplatzes sind. Zum Beispiel die EMS-Chemie im Bündnerland. Zwei Drittel der Produkte verkaufte man schon 1992 in die EU. Da muss mir keiner, der noch nie einen Bleistift verkauft hat, erzählen, dass man diesem Bürokratenverein beitreten müsse, um den Export zu stärken. Wir arbeiten schon lange auch viel mit China zusammen, aber es würde mir nie in den Sinn kommen, zu fordern, die Schweiz müsse China beitreten oder einen chinesischen EWR abschliessen. Mit Amerika? – Sicher nicht.

Die NZZ schreibt im aktuellen Leitartikel: «Zwanzig weitere Jahre der leeren Polemik kann sich die Schweiz gegenüber Europa nicht mehr leisten.»

Wahrscheinlich gilt bei der NZZ jede andere Meinung bereits als Polemik. Wir haben doch zwanzig wunderbare Jahre hinter uns. Die Schweizer haben gearbeitet und ihre Wohlfahrt gesichert. Die Schweiz blieb unabhängig, ist gegen den Willen der ganzen Classe politique nicht in der EU, hat eine

Schuldenbremse beschlossen, obwohl diese von der ganzen Linken bekämpft wurde. Wir haben einen Sinn für Wettbewerb entwickelt. Viel Eigenverantwortung. Die Nationalbank hatte in den neunziger Jahren den Mut, obwohl die Wirtschaft schwächelte, eine Anti-Inflations-Politik durchzusetzen. Und heute? – Steht die Schweizer Wirtschaft besser da als die EU. Grosse Teile des hochgelobten EU-Wachstums der neunziger Jahre ruhten auf faulen Krediten – in Spanien, Griechenland, Portugal et cetera. Heute stehen diese Staaten vor einem Total Schaden und verursachen eine wirtschaftliche Misere. Das sieht die NZZ nicht. Sie sieht nur, dass einer mal gesagt hat, die EU sei eine intellektuelle Fehlkonstruktion. Das ist ja furchtbar polemisch. (Lacht)

Der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann bezeichnete Sie in der letzten Weltwoche als «Märchenonkel».

Herr Bodenmann kennt den tieferen Sinn von Märchen nicht. Er meint, ein Märchen sei eine falsche Geschichte. Märchen aber formulieren eine tiefere Wahrheit. Märchen sind mehr als die Wahrheit. Insofern hat es mich gefreut, dass er mich als Märchenonkel beschrieb.

Was hat Sie an der Diskussion zu zwanzig Jahren EWR überrascht?

Erstens: dass die politische Elite lange nicht zugeben wollte, dass der Entscheid richtig war, und zwanzig Jahre lang als Ziel den EU-Beitritt anstrebte. Diese Auseinandersetzung wird mit dem nächsten Vertrag wieder kommen. Zweitens: Ich war überrascht, dass die Bevölkerung heute noch stärker gegen den EWR ist als 1992. Es fängt an zu tagen. Den Kampf zu führen, fällt heute leichter, denn die Leute haben auch Augen und Ohren, um die EU zu beurteilen.

Nennen wir zum Abschluss ein paar Namen, und Sie sagen uns ganz knapp, was Ihnen dazu einfällt. Michael Ambühl?

Ein Stürmi.

Ueli Maurer?

Ein sorgfältiger VBS-Chef.

Didier Burkhalter?

Weiss nicht, was er will.

Adolf Ogi?

Hat vergessen, dass er damals für den EU-Beitritt war.

Franz Blankart?

Er kommt wieder aus seiner Höhle. Er war ein guter internationaler Verhandler. Gäbe man ihm einen klaren Auftrag und liesse man ihn dann machen, müsste der Bundesrat nicht mehr selber verhandeln, was ein Vorteil für die Schweiz wäre.

Eveline Widmer-Schlumpf?

Ist, glaube ich, Bundesrätin.

Ihr grösster Gegner?

Ich finde ihn nicht mehr. Das ist ein Problem. (Lacht)

«Bloss ein Trainingslager»

Die Debatte von 1992 war episch und emotional: EWR-Gegner und -Befürworter überboten sich mit apokalyptischen Voraussagen. Wir haben nachgefragt: «Wie stehen Sie zu Ihren damaligen Aussagen?»

Soll die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitreten oder nicht? Auf gut 180 protokollierten Seiten lässt sich das Ringen damals im National- und Ständerat nachlesen. Nicht einmal alle SVPLer folgten Christoph Blocher. Dafür die Mehrheit der Grünen – allerdings aus anderen Gründen. Sie wollten die Selbstbestimmung der Schweiz erhalten, weil sie um die ökologischen Standards fürchteten. Wir blenden zurück ins Jahr 1992.

Adolf Ogi

Damals: «Ich sage ja zum EWR und ja zur EG. Der EWR-Vertrag ist bloss ein Trainingslager.» (Der SVP-Bundesrat in der *Schweizer Illustrierten* vom 28.10.1991)

Heute: «Ja, ich habe den EWR als Trainingslager bezeichnet. Ich stelle aber fest, dass die meisten Intellektuellen und Journalisten nicht wissen, was ein Trainingslager ist! In einem Trainingslager trainiert man und stellt fest, ob man bereit ist, am Wettkampf teilzunehmen oder nicht. So, wie mein Satz in der *Schweizer Illustrierten* stand, war er aber wohl verkürzt. Korrekt müsste es heissen: «Ich sage ja zum EWR und ja zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG. Der EWR-Vertrag ist bloss ein Trainingslager, damit wir sehen, ob wir einen weiteren Schritt in Richtung EU tun können oder nicht.»

Dank des Beitrittsgesuchs wurde ich im Dezember 2000 als Bundespräsident zum EU-Gipfel nach Nizza eingeladen. Der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sagte vor meiner Rede, die Schweiz wolle nur Rosinen picken. Daraufhin legte ich mein vorbereitetes Redemanuskript auf die Seite und sprach dafür über die erfolgreiche Geschichte der Schweiz. Am Schluss sagte ein Staatschef: «Wir müssen der Schweiz beitreten.» Ein anderer sagte: «Die Schweiz hat 1848 das getan, was wir heute mühsam in Europa zu erreichen versuchen.» Damit war eine gute Grundlage und Verständnis geschaffen für die 120 bilateralen Ab-



«Gute Grundlage»: alt Bundesrat Ogi (SVP).

kommen, die wir heute mit der EU haben und die für unsere Volkswirtschaft so positiv sind.»

Vreni Spoerry

Damals: «Zusammenfassend: Ich halte ein Nein zum EWR-Vertrag für ein schwergewichtiges Risiko für unsere gesamte Volkswirtschaft.» (Die FDP-Nationalrätin an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Ich bedaure noch immer, dass die Schweiz den EWR-Vertrag abgelehnt hat, und meine, dass unsere Situation bei einer Annahme des EWR-Vertrages heute weniger kompliziert wäre, als dies ohne EWR der Fall ist. Der EWR war eine massgeschneiderte Lösung für die Schweiz, unter Respektierung der Werte, die für uns entscheidend sind: eigene Aussenpolitik, eigene Finanz- und Steuerpolitik, eigene Währung sowie weitgehende Bewahrung unserer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Zudem



«Zunehmend mühsamer»: Spoerry (FDP).

war der EWR keine zwingende Vorstufe zur EU, alleine schon deshalb, weil bei uns ein solcher Entscheid nicht das Parlament und schon gar nicht der Bundesrat alleine fällen kann. Zuständig sind einzig und alleine Volk und Stände.

Der bilaterale Weg, der mit einigen Jahren Verzögerung eingeschlagen wurde, ist dem EWR über weite Strecken ähnlich. Auch er bedeutet Übernahme von EU-Recht. Bislang hat er Erfolge gebracht, er wird aber zunehmend mühsamer. Die Forderungen an uns steigen. Sich dagegen zu stemmen, wird risikoreicher. Es dürfte kaum ohne weitgehende Konzessionen gehen.»

Eugen David

Damals: «Glauben Sie aber – Sie, die über das Zinsproblem diskutieren –, mit einem Nein zum EWR bewirkten wir, dass die Schweiz als Insel der Stabilität in Europa betrachtet wird und dass die Leute wissen, was jetzt in der Schweiz geschieht? Das Gegenteil wird der Fall sein, davon bin ich überzeugt. Die Stabilität in der Schweiz wird gefährdet, und das wird die effektive



«Die Stabilität wird gefährdet»: David (CVP).

Ursache sein, weshalb die Zinsen bei uns, wenn wir nein sagen, steigen werden.» (Der CVP-Nationalrat an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: Kein Kommentar.

Christoph Blocher

Damals: «Ich spreche als Exportunternehmer, der 65 Prozent der Produkte in die EG exportiert. Wir können doch nicht wegen ein paar Exporterleichterungen einen Vertrag abschliessen, der uns verpflichtet, 80 Prozent fremdes Recht zu übernehmen, und uns bei der Weiterentwicklung nur noch ein Anhörungsrecht zugesteht.» (Der SVP-Nationalrat an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Ich habe gar nicht gewusst, dass ich damals schon so gescheites Zeug gesagt habe. Natürlich stehe ich zu 150 Prozent zu meiner damaligen Aussage! 150 Prozent, weil ich heute noch überzeugter bin als damals. Man wusste vor zwanzig Jahren ja noch nicht genau, wohin das alles führt mit der EU. Es war die Rede von einer Union der Vaterländer. Viele glaubten, dass die Währungsunion gar nie kommen würde. Mir war klar: Ein Gebilde aus so vielen Ländern, die so unterschiedlich funktionieren – das kann nur schiefgehen.

Die EU war von Anfang an eine intellektuelle Fehlkonstruktion. Eine typische Konstruktion von Intellektuellen, die ein Flair für Schreibtisch-Konzeptionen haben, aber die Gefahren nicht sehen. Dass die in der EU so viel Unsinn machen, wie man jetzt sieht, das hätte ich vor



«Das kann nur schiefgehen»: Blocher (SVP).

zwanzig Jahren nicht gedacht. Wer im Geschäftsleben steht, konnte aber schon damals wissen, dass die Italiener ein anderes Vertragsverständnis haben als wir; und dass der griechische Staat die Bilanzen türkt, haben wir schon damals vermutet. Heute ist alles Tatsache.»

Franz Blankart

Damals: «Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen. Ist das eines unabhängigen Landes würdig?» (Der Staatssekretär in der Weltwoche vom 26. 11. 1992)

Heute: «Das war Unsinn. Ich habe mich an der denkwürdigen Generalversammlung des Gewerbeverbands zu diesem Satz hinreissen lassen. Die Stimmung war unglaublich emotional, und da habe ich in der Hitze des Gefechts etwas gesagt, was ich nachher sofort bereut habe, was mir aber seither vorgehalten wird.

Der Gewerbeverband hat an diesem Morgen ja zum EWR gesagt, das war ein Riesenerfolg. Ich würde mich wieder für den EWR engagieren. Der Beitritt zur EU ist für meine Generation sowie für die nachfolgende nicht spruchreif. Und wenn die EU an ihrer Haltung festhält, dass es keine neuen bilateralen Verträge mehr gibt, bleibt uns auch heute nur der EWR-Beitritt.»



«Das war Unsinn»: Ex-Staatssekretär Blankart.

René Moser

Damals: «Nicht die Grösse eines Wirtschaftsraumes ist entscheidend für das Wohlergehen eines Staates. Niemand wird uns Schweizern auch nur eine einzige Schraube abkaufen, wenn diese nicht besser oder billiger ist. Daran ändert auch die Zugehörigkeit zum EWR rein nichts.» (Der Nationalrat der Auto-Partei an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Offensichtlich hatten wir damals hellseherische Begabungen. Ich erinnere mich gut an die EWR-Debatte. Ich war damals schon der Meinung, dass die EU – und später auch der Euro – eine Fehlkonstruktion ist. Diese Haltung hat sich keinesfalls als revisionsbedürftig erwiesen – im Gegenteil. Heute sind die Leute durch das Euro-Debakel noch hellhöriger geworden. Dass wir heute stärker unter Druck stehen als damals, zeigt ja nur, dass unsere Nachbarn tief im Sumpf stecken. Die, die am lautesten gegen die Schweiz schreien, sind die, die selbst nicht zwäg sind. Wenn aber jemand dem anderen eine Schraube reintun würde, dann wir den Deutschen, nicht umge-



«Hellseherische Begabungen»: Moser (FPS).

kehrt. Wir fahren ja ihre Autos, auf die wir notfalls auch verzichten könnten.»

Rosmarie Bär

Damals: «Wir müssen den grössten Teil des umfangreichen EG-Rechtes übernehmen und unsere bisherige Gesetzgebung angleichen. Künftiges EG-Recht haben wir ohne jegliche Mitsprache zu



«Ohne jegliche Mitsprache»: Bär (GPS).

übernehmen. [...] Das ist die Selbstentmachtung der Politik. Unser Parlament und der Bundesrat werden zur GmbH, zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung: Für alles, was aus Brüssel kommt, sind wir nicht verantwortlich, und in Brüssel selber können wir niemanden behaften.» (Die Grüne-Nationalrätin an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Besten Dank für Ihr Angebot», in der Weltwoche eine Stellungnahme abzugeben. Ich mache davon keinen Gebrauch.»

Dumeni Columberg

Damals: «Es gibt keine brauchbare und überzeugende Alternative. [...] Die bilateralen Verträge – ob wir das wollen oder nicht – gehören der Vergangenheit an. [...] Vor allem aber möchte ich Sie vor Illusionen warnen, Illusionen, dass wir unseren hohen Wohlstand durch ein Abseitsstehen sichern könnten. Das gilt auch für die Zinspolitik, für die Arbeits-



«Problematischer Entscheid»: Columberg (CVP).

losigkeit und so weiter.» (Der CVP-Nationalrat an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Ich stehe auch heute noch zu meinen damaligen Aussagen. Der EWR wäre ein Glücksfall für die Schweiz gewesen! Damit hätten wir eine solide und allgemeingültige Regelung für die Beziehungen zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner gehabt. Er hätte uns die mühsamen und schwierigen Verhandlungen für die zahlreichen bilateralen Verträge erspart. Ein EU-Beitritt wäre kein Thema gewesen.

Mit dem EWR hätte die Schweiz in vielen Bereichen eine bessere Chance für eine gute Positionierung unseres Landes in Europa, beispielsweise im Luftverkehr. Vielleicht hätte sogar unser nationales Flaggschiff Swissair nicht sterben müssen. Einzigartig ist bei diesem Jahrestag, dass es jenen Kreisen gelingt, die dem EWR den Todesstoss versetzt haben, diesen problematischen Entscheid als Erfolg für die Schweiz umzudeuten.»

Peter Vollmer

Damals: «Deshalb kann der EWR für uns Sozialdemokraten nur eine Etappe auf dem Weg zu einer zukünftigen Mitgliedschaft in einer grösseren EG sein, denn nur damit werden wir selber wieder die Entwicklung Europas, von der wir in jeder Beziehung abhängen, direkt mitbestimmen können.» (Der SP-Fraktionssprecher an der EWR-Parlamentsdebatte, 1992)

Heute: «Dieses Votum würde ich heute immer noch genau gleich halten. Natürlich ist der EWR nicht mehr das, was er vor zwanzig Jahren mal war, er ist heute klar ein Auslaufmodell geworden. 1992 bestand die EU aus zwölf Staaten, die Efta aus sieben. Die Schweiz war dabei das wirtschaftlich gewichtigste Efta-



«Auslaufmodell»: Vollmer (SP).

Land. Ich war damals Mitglied der Efta-Delegation der Bundesversammlung und habe gesehen, wie viel die Schweiz in den Verhandlungen herausgeholt hat. Die Kollegen aus den anderen Efta-Staaten waren darob fast pikiert, weil der EWR stark auf die Bedürfnisse der Schweiz zugeschnitten wurde. Dass am Ende das Schweizer-Volk nein gesagt hat, hat uns in diesen Ländern, von denen unterdessen die gewichtigsten längst in der EU sind, nicht besonders Kredit gebracht.»

Umfrage: Peter Keller und Christoph Landolt.

Im Zweifel für Palästina

Mit seinem Ja zur Uno-Resolution für eine Aufwertung Palästinas zum Beobachterstaat ergreift der Bundesrat Partei gegen Israel. Aussenminister Didier Burkhalter missachtet damit erneut die Neutralität der Schweiz und stellt das Parlament und die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen. *Von Pierre Heumann*

Im Nahost-Konflikt hat die Uno-Generalversammlung letzte Woche einen historischen Entscheid gefällt. Sie wertete die palästinensischen Territorien von einer «beobachtenden Körperschaft» zum «Beobachterstaat» auf. Damit wurde erstmals die Staatlichkeit Palästinas anerkannt. Während sich 41 Staaten der Stimme enthielten, votierte die Schweiz für die Aufwertung. Damit verliess unser Land seine neutrale Position, ergriff Partei und gefährdet damit seine Rolle als Vermittler.

Bemerkenswert ist die Vorgeschichte des Entscheids. Ausgerechnet in dieser umstrittenen Frage wich der Bundesrat von der Konsultationspraxis ab. Gemäss Parlamentsgesetz muss die Landesregierung «zu wesentlichen Vorhaben», bevor sie «diese festlegt» (Paragraf 152), die zuständigen Kommissionen der Volksvertretung konsultieren. Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) habe die Frage nicht öffentlich diskutieren wollen, sagt einer, der den Parlamentsbetrieb bestens kennt.

Der Bundesrat verzichtete darauf, die Volksvertreter frühzeitig zu Rate zu ziehen, obwohl dies seine Pflicht gewesen wäre. In der Aussenpolitischen Kommission (APK) der Grossen Kammer wurde das Thema erst auf Anregung eines Parlamentariers traktandiert: Es erschien dann unter «Aussenpolitische Aktualitäten». Wegen der spontan angesetzten Inszenierung der Debatte blieb kaum genügend Zeit, um sich eingehend auf das Geschäft vorzubereiten. Noch stärker wurde die Aussenpolitische Kommission des Ständerats brüskiert. Sie wurde erst «konsultiert», *nachdem* der Ja-Entscheid im Bundesrat bereits gefallen war.

Dabei handelte es sich bei der Uno-Resolution zu Palästina keineswegs um einen Routinefall. Die Status-Aufwertung zum Beobachterstaat gilt zwar lediglich innerhalb der Uno-Organisationen. Aber das Wörtchen «Staat» hat es in sich. Es verleiht den Palästinensern mehr politisches Gewicht im Konflikt mit Israel. Sie können als Beobachterstaat fortan internationalen Verträgen beitreten oder den Internationalen Strafgerichtshof anrufen.

Bei den Parlamentariern war das Thema umstritten. Die nationalrätliche APK empfahl dem Bundesrat mit 13 zu 8 Stimmen ein Ja, die ständerätliche votierte mit 8 zu 5 Stimmen für eine Stimmenthaltung. Zweifel hatte ursprünglich auch Aussenminister Burkhalter. «Die Schweiz sei zwar mit vielen Punkten einverstanden», sagte er Mitte November, als Palästinenserpräsident Machmud Abbas auf

seiner globalen Goodwilltour Station in Bern machte. Man müsse sich aber fragen, wieweit eine Annahme der Resolution den Friedensprozess gefährden könne, gab der Aussenminister zu bedenken. Worauf Staatssekretär Yves Rossier und Roland Steininger, der ehemalige Chef der Schweizer Vertretung in Ramallah, Burkhalter mit einer Reihe von Argumenten versorgten, um diesem ein Ja zur Palästina-Resolution zu entlocken. Diese sei im Einklang mit der Zwei-Staaten-Lösung, welche die Schweiz unterstütze, sagten sie ihm unter anderem.

Argumente ohne Wirkung

Doch der Aussenminister zögerte und zauderte. Denn diejenigen, die von ihm eine Ablehnung der Resolution oder zumindest eine Stimmenthaltung erwarteten, hatten triftige Argumente: Die Resolution torpediere die Genfer Initiative, mit der sich das EDA in der Epoche von Micheline Calmy-Rey zum Ziel gesetzt hatte, dem Nahen Osten Frieden zu bringen. Zudem sei sie nicht im Geist des Osloer Friedensprozesses, der einseitige Schritte ablehnt. Ausgeblendet werde ferner die Problematik, dass die Palästinenser unter sich zerstritten sind. Die radikalislamische Hamas kontrolliert den Gazastreifen, Abbas Teile des Westjordanlands; es sei deshalb unklar, auf

welches Gebiet sich die Anerkennung beziehe: auf das Westjordanland inklusive Gaza oder lediglich auf das Westjordanland? Die Anerkennung erfolge schliesslich ohne jegliche Vorleistung seitens der Palästinenser. Dazu hätte etwa der Nachweis gehören müssen, dass in der palästinensischen Autonomiebehörde rechtsstaatliche Verhältnisse herrschen oder zumindest angestrebt werden.

Seine Ja-Parole begründete Burkhalter schliesslich im kleinen Kreis mit dem Hinweis auf ein Versprechen, das er von Abbas erhalten habe. Der Palästinenserführer habe ihm bei seinem Besuch in Bern zugesichert, ohne Vorbedingungen mit den Israeli zu verhandeln, falls die Uno ja sagen werde. Nach diesem Versprechen war es für Burkhalter ein klarer Fall: Man wolle denjenigen stärken, der den Frieden fördere. Die Charmeoffensive von Abbas hatte sich durchgesetzt.

Das Schweizer Ja zur Aufwertung der Palästinenser in der Uno ist auch innenpolitisch bedeutsam. Denn die Unterstützung der Palästina-Resolution ist ein weiterer Schritt bei der Demontage des Neutralitätsprinzips. Für Burkhalter war das allerdings kein Thema. Als ihn politische Freunde darauf ansprachen, antwortete er fatalistisch: Auch wer sich der Stimme enthalte, sage indirekt nein zu Palästina – und das wäre ja auch nicht neutral. ○



Persönliche Zusicherung: Aussenminister Burkhalter (FDP), Palästinenserpräsident Abbas (r.).

«Geld macht schön.»

Madonna, Sängerin

Die 300 Reichsten. Jetzt am Kiosk.



«In Schieflage»

Die psychiatrische Klinik «Waldau» in Bern ist am Boden: kein Geld, keine Ärzte, abstürzende Grossprojekte, kein Weihnachtsessen, kein Neujahrsapéro.

Von Urs Paul Engeler

Am 1. März 2011 hatte die von Fachwissen weitgehend unbelastete Juristin Regula Mader (SP) ihre Stelle als administrative Chefin der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) mit rund 1300 Mitarbeitern angetreten. Bei ihrer Wahl durch Regierungsrat Philippe Perrenoud (ebenfalls SP) formulierte sie als Ziel, «die UPD zu einer der qualitativ führenden psychiatrischen Institutionen der Schweiz zu machen».

Knapp zwei Jahre später steht die traditionsreiche Klinik «Waldau», wie die UPD noch immer genannt werden, in der grössten Krise ihrer Geschichte. Das ist keine bössartige Wertung von aussen, sondern ergibt sich aus der Lagebeurteilung, welche die interimistische Rumpf-Geschäftsleitung intern vorgenommen hat. Die ebenso herrische wie überforderte Mader, nunmehr seit mehreren Wochen auf Tauchstation und krankgeschrieben, hat ein menschliches, medizinisches und finanzielles Fiasko angerichtet – oder hinterlassen, denn mit ihrer Rückkehr auf den schönen Posten rechnet niemand mehr.

Der willkürliche, ja illegale Versuch der administrativen Chefin, den ärztlichen Direktor Prof. Werner Strik zu entlassen, hat das medizinische Personal mehr als nur verunsichert. Es rettet sich, wer kann. Acht von vierzehn Leitenden Ärzten haben die Kündigung eingereicht oder ihre Sachen bereits gepackt. Einen eigentlichen Schock ausgelöst hat, dass jetzt auch der beliebte Chefarzt M.M., der Strik loyal verbunden ist und als die Integrationsfigur wirkt, das Weite sucht. Von den 29 Assistenzärzten soll mehr als die Hälfte das Haus verlassen haben. Die Fluktuationsrate betrage im laufenden Jahr rund 90 Prozent, schrieben die UPD-Ärzte letzte Woche in einem Notruf an den Regierungsrat. Die Geschäftsleitung entgegnet, die Zahl sei übertrieben; die Rate liege lediglich bei 40 Prozent. Sie gibt in einer internen Stellungnahme aber zu, dass «die Rekrutierung für einzelne Berufsgruppen und Kliniken schwierig» sei. Tatsache ist, dass – trotz verzweifelter Durchhalteparolen («Wir sitzen alle im gleichen UPD-Boot») – die medizinische Versorgung der Patienten als gefährdet betrachtet wird.

Eine umsichtig vorausschauende Planung gibt es in diesem Chaos offenbar nicht mehr. So hat die Rest-Geschäftsleitung Ende November plötzlich festgestellt, dass sich beim Budget 2013 eine gravierende «Finanzierungslücke» öffnet. Wie im nächsten Jahr der Betrieb ohne riesiges Defizit aufrechterhalten werden kann, ist unklar. Man arbeitet an «Szenarien». Der

Spardruck ist derart gross, dass selbst die üblichen gesellschaftlichen Anlässe aus dem Programmheft fallen: «Aufgrund der schwierigen Budgetsituation beschliesst die Geschäftsleitung, auf den Neujahrsapéro 2013 zu verzichten. Die Geschäftsleitung verzichtet zudem auf ihr für den 13. Dezember geplantes Weihnachtsessen.» Mit der Streichung des allgemeinen Umtrunks hat die «Waldau»-Leitung allerdings weniger ein pekuniäres Problem gelöst, als eine kollektive Katastrophe verhindert. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass in dieser desolaten Situation überhaupt jemand Lust verspürt hätte, mit diesen Oberen anzustossen», erklärt verbittert ein langjähriger Mitarbeiter.

Gesucht: «Eine externe Fachperson»

Die Affäre um die falsche Professorin Indira Lütolf-Junicic (Auszug aus der Titelsammlung, welche die damals Stellenlose selbst gebastelt hat: «Prof. h. c., assoziierte Professorin, Dr., Dr. med., MBA») ist noch nicht ausgestanden. Die vom Duo Regula Mader und Personalchefin Christine Jann Schneider trotz fehlender Qualifikationen und offensichtlicher Schwindeleien zur obersten Qualitätsmanagerin und Controllerin ernannte Kaderfrau generierte der Klinik nicht nur Hohn und einen nachhaltigen Reputationsschaden, sondern, wie jetzt bekannt wird, auch Folgekosten in unbekannter Höhe.



Verzweifelte Durchhalteparolen: «Waldau».

Eine Aufgabe der Hochstaplerin aus Ex-Jugoslawien, die von Mader persönlich protegiert wurde, war, das «grosse und sehr wichtige Projekt Klinikinformationssystem/elektronische Patientenakten (KIS-EPA)» zu betreuen. «Strategische Projektleitung» lautete ihre offizielle Funktion. Nun gibt die Geschäftsleitung endlich zu, was interne Stimmen längst angemahnt hatten: nämlich, dass das bedeutende Vorhaben bedrohlich «in Schieflage geraten» ist. Um das von der unfähigen Chefbeamtin an die Wand gefahrene Grossprojekt, in dem notabene auch Maders Ehemann Philipp Weder mitarbeitet, irgendwie doch noch zu retten, «wird eine externe Fachperson gesucht, die das Projekt ab Anfang Dezember weiterführt». Wie viel diese Feuerwehrrübung kosten wird und wer den KIS-EPA-Karren aus dem Dreck ziehen soll, teilt die UPD-Leitung auch auf Nachfrage nicht mit. Im Widerspruch zu internen Alarmrufen verlautbart sie nur, das Projekt sei «nicht gefährdet».

Lütolf-Junicic selbst, die seit mittlerweile zwei Monaten «verlängerte Ferien» bezieht, ist noch nicht gekündigt worden; sie ist bei vollem Kaderlohn angestellt. Obwohl zweifelsfrei feststeht, dass sie falsche Titel («Professorin der Uni Bern») verwendet und akademische Abschlüsse («Habilitation») vorgegaukelt hat, klärt man, um die Peinlichkeiten auszublenken, weiter ab. ○



Krankgeschrieben: UPD-Chefin Mader (SP).



«Verlängerte Ferien»: Lütolf-Junicic.

Die Romantik des Winters

Unser Kolumnist gibt die Bedienungsanleitung für sechs Reiseziele, die man zu zweit besucht und die man zu kennen meint. Der Leitgedanke lautet: «Einmal im Leben alles richtig machen».

Von Mark van Huisseling

Es gibt Menschen, die mögen Erdbeeren am liebsten im Winter, weil man heute immer alles überall bekommen kann. Und es gibt Menschen, die sind auf der Suche nach Dingen, die zu der Zeit und zu dem Ort, die gerade ist beziehungsweise an dem man sich befindet, passen. Zu der Jahreszeit, die im Augenblick ist, und zu dem Ort, an dem wir uns befinden, passen Reiseziele, die einen träumen und schwärmen lassen, die malerisch, wild und unwirklich fast erscheinen, wenn man sie mit dem sogenannten Alltag vergleicht. Mit anderen Worten: romantische Orte. Wir haben sechs solche für Sie ausgewählt. Und liefern eine Bedienungsanleitung dafür.

Euthal

Ein romantisches Reiseziel mit Haftungsausschluss: Die umfassende Erfahrung kann nur gemacht werden, wenn es zuvor ein paar Wochen kalt war. Das vorausgesetzt, fährt man mittags hoch, um auf dem gefrorenen Sihlsee (eine Natureisbahn natürlich) Schlittschuh zu laufen oder zu spazieren. Vorsicht, die Sonne verschwindet früh – je nach Monat bereits um 15 Uhr – hinter den Bergen. Dann wird es nicht bloss dunkel, sondern kalt beziehungsweise noch kälter. Wer eine Idee hat, was man machen soll bis um 18 Uhr *sharp* «Bürgis Burehof», 200 Meter oder so vom Parkplatz der Natureisbahn entfernt, öffnet, teile dies bitte mit (bester Vorschlag bis jetzt: nach Einsiedeln fahren, das Kloster anschauen). Das Restaurant mit Namen «Bürgis Burehof» ist eines der besten, das ich kenne, wenn man, sagen wir, bürgerliche Küche auf grosser Höhe mag, und es ist süss eingerichtet, was, finde ich, in Euthal in Ordnung ist. Für Leser, die lieber (in einem eher nüchternen Zimmer) übernachten, als eher nüchtern nach Hause zu fahren, sind solche im Haus zu haben.

Zermatt

Das Dorf ohne Autos, dafür winters fast immer mit Schnee (weil auf 1600 Metern über Meer gelegen) und Häusern, Kornspeichern et cetera sowie einer schwachen Beleuchtung, abseits der Bahnhofstrasse jedenfalls, ist kaum zu schlagen, wenn es um «malerisch, wild und unwirklich fast» (um Romantik also) geht. Man bucht ein Zimmer beispielsweise im Hotel «Firefly», das eigentlich ein Bed-and-Breakfast-Angebot ist, und bekommt eine Suite oder ein Apartment sogar, hat aber dennoch die Dienstleistungen eines Hotels (Frühstück, Schwimmbad, Bar, Billard-

tisch). An einem Abend, empfehle ich, reserviere man einen Tisch im Raclette- und Fondue-Restaurant des «Riffelalp-Resort», das auf über 2200 Metern liegt (man erreicht es mit der Gornergratbahn). Nach dem Essen fährt man mit Schlitten, die man dann im Dorf abgeben kann, runter nach Zermatt – das ist alles organisiert. Wofür man selber verantwortlich ist: den Schlitten sowie die darauf fahrenden Leute in einem Stück nach unten zu bringen. Man erreicht eine recht hohe Geschwindigkeit, und der Weg ist nicht immer frei von Hindernissen – darum eine Nacht mit Mondlicht wählen.

Oberengadin

Ehrlich, ich habe in St. Moritz beziehungsweise den naheliegenden Orten noch kein Hotel gefunden, das richtig zum Träumen und Schwärmen geeignet ist, im romantischen Sinn, meine ich. Es gibt Hotels, in denen man luxuriös wohnt («Carlton») oder ein klein wenig weniger luxuriös («Kulm») oder einzigartig («Badrutt's Palace») oder Preis-Leistungs-Verhältnismässig gut («Laudinella»), aber Sie wissen schon – nichts, bei dem einem als Erstes «romantisch» in den Sinn kommt. Was aber von den romantischen Angeboten, die einem die Gegend macht sozusagen, ausgeglichen wird.

Paket Nr. 1 — Ein Zimmer in der «Chesa Rosatsch» in Celerina oder (falls Sie fremde Kinder mögen) im «Saratz» in Pontresina (ich bevorzuge den neuen Teil). Von dort fährt man, falls man kein Sportler ist, mit der Bahn hoch nach Muottas Muragl, wo man richtig gut isst im «Panoramarestaurant». Der Blick, den es dazu gibt, ist auch abends unwirklich fast (das Restaurant befindet sich, nur zum Sagen, in einem «Romantikhotel», in dem ich noch nie wohnte). Oder gehen Sie zu Fuss respektive fahren Sie mit einer von Pferden gezogenen Kutsche in das Rosegtal; zirka sieben Kilometer weiter hinten liegt ein Restaurant, dessen Küche ich empfehle (es ist ebenfalls ein Hotel).

Paket Nr. 2 — Die andere Seite. Man wohnt in Surlej (Hotel «Bellavista») oder Sils, im «Waldhaus». Wenn wir es davon haben – das «Waldhaus» verspricht viel von aussen, eine Art «Downton Abbey» in den Bergen, doch ich möchte nicht sagen, «hält es nicht», sondern, «liefert etwas anderes». Keine Behaglichkeit, wenig Malerisches, Wildes und Unwirkliches, alles ist wirklich, funktioniert, ist sauber und was man sich sonst noch wünscht, wenn man geschäftlich unterwegs ist oder *in rehab*. Doch die Romantik, so sieht es aus, ist nicht Hausgast.

Egal, dafür gibt es den See beziehungsweise den Seenweg (von St. Moritz bis Maloja). Und das Fextal, in das man auf Pferdeschlitten (sehen Sie auch Paket Nr. 1, Rosegtal), fahren kann. Zudem liegt Sils, um es so zu formulieren, in unmittelbarer Nähe des Restaurants mit dem besten Fisch für ein Land ohne Meeranstoss, das ich kenne: des «Murtaröl» in Plaun da Lej.

Gstaad

Die Ausgangslage ist gut für das Vorhaben, das voralpine Saanenland mit sanften Hügeln ist nicht bloss schön, es ist auch zum Träumen und Schwärmen. Ich empfehle, ein Hotel im Dorf zu buchen, weil es sich bei Gstaad um ein gemütliches Dorf handelt. Das «Olden» etwa. Es gibt ein Zimmer (eine Junior-Suite, genauer), in der befindet sich die Badewanne ziemlich genau unter einem Skylight, einem Dachfenster also. Ich rate, abends von Gstaad nach Gsteig zu gehen, zu Fuss (nachdem man in der Halle des «Palace»-Hotels, in Kaminnähe, etwas getrunken hat), um im Restaurant «Bären» (gehört der Familie Scherz, den «Palace»-Besitzern) zu essen, in der hinteren Stube (und ebendort Fleisch, zubereitet auf dem Grill über dem offenen Feuer, zu bestellen). Anschliessend fährt man mit dem Wagen, den man zuvor bestellt hat, retour, und legt sich in die Wanne unter dem Fenster, zum Beispiel.

Zürich

Reiseziele, die einen träumen und schwärmen lassen, die malerisch, wild und unwirklich fast erscheinen, können in den Bergen liegen, müssen es aber nicht. Und irgendwie geht ein besonderer Zauber davon aus, in der Stadt, in der man lebt (oder in einer Stadt, die man gut kennt), eine Nacht im Hotel zu verbringen. Das «Rössli» im Oberdorf bietet eine Appartement-Suite mit Terrasse an, auf der man sich im Augenblick nicht lange aufhalten wird voraussichtlich, doch der Blick über Dächer und auf das Grossmünster ist dennoch speziell. Als Nachmittagsprogramm rate ich zum Schlittschuhlaufen auf der Dolder-Eisbahn, mit 6000 Quadratmetern die grösste offene Kunsteisfläche Europas. Danach erreicht man zu Fuss, in zwanzig Minuten oder so, die Wirtschaft «Degenried», die im Wald des Adlisbergs liegt (Kalbsleberli oder Hackbraten nehmen). Anschliessend geht man, wieder durch den Wald, für ein Getränk in die Bar des «Dolder Grand». Später, je nach Uhrzeit, fährt man mit der letzten Dolderbahn zum Römerhof, von wo man zu Fuss zurück ins «Rössli» gelangt. ○



Träumen und Schwärmen: Schneezauber in der Schweiz.

«Jeder hat ein Haus in der Heimat»

Mit grossem Aufwand haben Sozialdetektive einen Betrüger überführt, der die Fürsorge zwei Jahre lang an der Nase herumgeführt hatte. Trotz erdrückender Beweise kommt der Mann vor Gericht faktisch straffrei weg. Ein Alltagsfall, der die Grenzen der Strafjustiz aufzeigt. *Von Alex Baur*



«Nebeneinkünfte aus legalen oder illegalen Geschäften».

Nein, als Betrüger fühle er sich wirklich nicht, das wollte der Angeklagte gleich zum Auftakt der Verhandlung festhalten. «Ein Sozialfall bin ich zwar immer noch», versicherte Borko C. in gebrochenem Deutsch, aber aufs Sozialamt werde er nie mehr gehen. Seit über vierzig Jahren lebe er nun in der Schweiz, erklärte der 61-jährige Bosnier, dreissig Jahre lang habe er als Taxifahrer in Zürich gearbeitet, er kenne «jede Hausnummer in dieser Stadt». Nie habe er ernsthafte Probleme gehabt, bis er vor sechs Jahren nach dem Feierabend dummerweise einmal «zwei Gläser Bier getrunken» habe. Seither sei sein Leben aus den Fugen geraten.

Ein Alltagsfall vor dem Bezirksgericht Zürich. Die Anklage mutet banal an. Zwischen Herbst 2009 und Februar 2011, also während rund zweieinhalb Jahren, bezog Borko C. in Zürich und in Embrach Sozialhilfe (total rund 70 000 Franken). Dabei soll er Einkünfte von

5523 Franken und einen Anteil am elterlichen Hof in Bosnien im Wert von 25 000 Franken verheimlicht haben. Dafür soll Borko C. mit einer Geldstrafe sanktioniert werden, deren komplizierte Formulierung wir uns ersparen können, weil die Strafe bedingt erlassen werden soll und weil der Angeklagte als Mittelloser die Rechnung eh nicht begleichen kann.

Die Hartnäckigkeit der Sozialdetektive

Stellt sich noch die Frage, ob eine auf Bewährung erlassene Vorstrafe im Betrag von 5400 Franken aus dem Jahr 2007 widerrufen werden soll. Womit wir mitten im Fall drin wären. Die zwei Biergläser, die Borko C. damals leergetrunken hat, müssen ziemlich gross gewesen sein. Jedenfalls stellte die Polizei, die den Bosnier nach einem gewagten Überholmanöver stoppte, einen Blutalkoholwert von 1,56 Promille fest. Und weil es nicht das erste

Mal war – der Berufsschauffeur hatte vier einschlägige Vorstrafen –, wurde ihm der Führerschein auf unbestimmte Zeit entzogen.

Borko C. wollte seinen Ausweis unbedingt wiederhaben, doch das war ziemlich teuer. Am Rande der Gerichtsverhandlung rechnete er bereitwillig vor, was er zahlen musste, um zu beweisen, dass er nun keinen Tropfen Alkohol mehr trinke: 8000 Franken für medizinische Untersuchungen, 4800 Franken für Blut- und Haaranalysen, 3600 Franken für den Psychiater, 810 Franken für die neue Fahrprüfung. Ziemlich viel Geld für einen Mittellosen.

Eigentlich, so versichert Borko C., habe er beim Sozialamt bloss Unterstützung beantragt, um seinen Führerschein wiederzuerlangen. Dort habe man ihm aber vorgerechnet, dass seine Ehefrau genug verdiene, um ihn zu unterstützen. Wenn er alleine leben würde, oder wenn zumindest auch seine Frau arbeitslos wäre, sähe es anders aus. Da die Frau aber nicht daran dachte, ihre Stelle zu kündigen, trennte sich Borko C. von ihr. Zumindest pro forma. Auf Kosten des Sozialamtes mietete er ein Zimmer im Zürcher Langstrassenquartier.

Was die Sozialdetektive Ende 2010 genau auf den Plan rief, ist nicht dokumentiert. Dem Ermittlungsbericht des Sozialamtes ist bloss zu entnehmen, es habe Hinweise auf «Nebeneinkünfte aus legalen oder illegalen Geschäften» beziehungsweise «Zuhälterei» gegeben. Offenbar vermietete Borko C. das vom Sozialamt gesponserte Zimmer an eine Prostituierte weiter. Erkundigungen beim Strassenverkehrsamt ergaben zudem, dass er zwei Motorräder auf seinen Namen eingelöst hatte. Eine Anfrage beim Vermieter, der sich ausgesprochen wortkarg zeigte, führte allerdings nicht weiter.

Borko C. verlegte seinen Wohnsitz darauf in die Vorortgemeinde Embrach. Doch er hatte offensichtlich nicht mit der Hartnäckigkeit der Sozialdetektive gerechnet. Ein Dutzend Ermittler arbeiten heute beim Zürcher Sozialdepartement; allein im letzten Jahr deckten sie Betrügereien im Umfang von 8,23 Millionen Franken auf. Auch im Fall von Borko C. leisteten die Fahnder ganze Arbeit. Eine Observation hatte ergeben, dass der Mann tagsüber in der Autogarage seines Bruders arbeitete. Abklärungen in Bosnien förderten zudem den erwähnten Bauernhof zutage, den Borko C. mit seinen Brüdern geerbt hatte.

Am 31. März 2011 schlossen die Sozialdetektive ihren Bericht ab mit der Empfehlung, eine Strafanzeige einzureichen und die Sozialbehörde in

Embrach zu informieren. Letzteres geschah aus unbekannten Gründen offenbar nicht. Warum Staatsanwaltschaft und Polizei fast ein Jahr lang zuwarteten, bis sie Borko C. am 24. Januar 2012 verhafteten, ist geheim. Die Strafrichter urteilen heute im stillen Kämmerlein aufgrund von Akten. Was an der Hauptverhandlung an die Öffentlichkeit dringt, sind mehr oder minder beliebig ausgewählte Versatzstücke, über deren Bewandnis man oft nur spekulieren kann. Einen Antrag des Schreibenden auf Einsichtnahme in den Polizeirapport wies das Gericht ab. Es ist demnach zu vermuten, dass die Strafermittler einfach keine Zeit für Borko C. hatten.

So liefen die Zahlungen des Sozialamtes noch zehn Monate lang weiter, obwohl bekannt war, dass Borko C. arbeitete. Angeblich wohnte er in Embrach bei Verwandten. Als die Polizei Anfang 2012 sein vermeintliches Zimmer durchsuchte, stiess sie dort aber lediglich auf Kinderspielsachen. Vom Angeschuldigten fand sich in der Wohnung keine Spur, weder Kleider noch sonstige Utensilien. Die befanden sich alle im Haus seiner Gattin.

Fassen wir zusammen: Borko C. arbeitete im Betrieb seines Bruders, er lebte im Haus seiner Gattin, und er ist Hausbesitzer – und das alles hatte er dem Sozialamt verheimlicht. Ein klarer Fall, wie man meinen würde. Doch so einfach lässt sich ein Betrug nicht beweisen. Es gibt für alles auch eine andere Erklärung.

Wie der Bosnier vor Gericht beteuerte, habe ihm sein Bruder nie einen Lohn bezahlt. «Unter Geschwistern», so erklärte er, «hilft man sich bei uns gegenseitig, gegen Lohn arbeitet man für Nachbarn.» Zwar habe der Bruder ihm gelegentlich etwas Geld «geschenkt», doch das habe er vor allem für Zigaretten gebraucht (zwei bis drei Schachteln täglich). Da er viel Zeit und nichts zu tun gehabt habe – die Teilnahme an einem Arbeitsprogramm wurde von ihm nie verlangt –, habe er sich beim Bruder nützlich gemacht. Ist das etwa verwerflich?

Beim Sozialamt habe er bloss Unterstützung beantragt, um den Führerschein wiederzuerlangen.

Was den Bauernhof in Bosnien anbelangt, sei er der Meinung gewesen, er müsse diesen nicht deklarieren, zumal die Erteilung gar nie formalisiert worden sei. Im Übrigen habe er das Formular, mit dem er beim Sozialamt seine Mittellosigkeit bekundete, sowieso nicht verstanden. Alle seine Landsleute hätten Häuser in ihrer Heimat, erklärte Borko C. dem Schreibenden am Rande der Verhandlung; wenn man ihn dafür verurteile, müsse man jeden Fürsorgebezüger aus dem Balkan verurteilen. In der polizeilichen Einvernahme hatte er noch eine andere Erklärung geliefert: «Ich wollte nicht, dass das Sozial-

amt mir diese Vermögenswerte auf das Alter hin noch wegnimmt.» Kann man es ihm verübeln?

Auch in Bezug auf den Wohnsitz hatte Borko C. eine Erklärung bereit: Kurz vor seiner Verhaftung habe er sich mit seiner Frau versöhnt, er habe das melden wollen, doch die Polizei sei ihm zuvorgekommen. Wer etwas anderes behauptet, muss dafür Beweise bringen.

So kam es, dass Borko C. lediglich wegen ein paar tausend Franken, die ihm sein Bruder über die Jahre geschenkt haben soll, sowie wegen seines nicht deklarierten Anteils am Bauernhof verurteilt wurde. Auch Geschenke seien zu deklarieren, musste er sich vom Gericht belehren lassen. Die Masche mit dem angeblichen Nichtverstehen von unterschriftlich beglaubigten Erklärungen geht offenbar vor Gericht mittlerweile auch nicht mehr durch.

Das Gericht verurteilte Borko C. antragsgemäss zu einer Geldstrafe, deren komplizierte Formel wir uns ersparen, zumal sie eh auf Bewährung erlassen wurde. Auf einen Widerruf der bedingten Vorstrafe wegen Trunkenheit am Steuer verzichtete das Gericht, die Verfahrenskosten wurden wegen «offenkundiger Uneinbringbarkeit» erlassen. Ganz sinnlos war die Übung trotzdem nicht. Bis zu seiner Pensionierung hätte der Bosnier geschätzte 150 000 Franken Sozialhilfe kassiert, hätten ihn die Detektive nicht gestoppt, weil sie ihn irrtümlicherweise für einen Zuhälter hielten. ○



105
ONE-O-FIVE

CHRISTMAS RACE

MIT CHRISTA RIGOZZI

WIN!

HÖRE RADIO 105 UND GEWINNE
DIESEN **SEAT LEON**, IM WERT
VON CHF **40'000!** ALLE INFOS
AUF **WWW.105.CH**

POWERED BY **SEAT**

Eine nicht gehaltene Rede

Martin Kall hört als CEO von Tamedia auf. Er ist der erfolgreichste Manager der Schweizer Mediengeschichte. Eine Abschiedsrede.

Von Kurt W. Zimmermann



Vorbei mit der Gemütlichkeit: Unternehmensleiter Kall.

Am letzten Montag war ich am Abschiedsabend von Martin Kall. Er gab, nach zehn Jahren, das Adieu als Chef von Tamedia. Es gab Lachs und Gulasch und ein paar Reden an diesem Abschiedsabend. Ich hielt keine Rede. Ich halte sie heute.

Lieber Martin

Ich halte heute eine kurze Rede über dich. Ich erzähle die Geschichte einer Brandschatzung. Ich erzähle die Geschichte, wie eine ganze Landschaft angezündet und in Asche gelegt wurde.

Und der Brandstifter bist du.

Vielleicht bist du auch nur ein Brandbeschleuniger. Wir werden sehen. Ein Biedermann bist du sicher nicht.

Im Jahr 2002 war die Schweizer Medienwelt noch in Ordnung. Es war gemütlich hier. Der Pressewald, wie man damals noch sagte, war mit einer Vielzahl stolzer Bäume ausgestattet.

Neben den drei Traditionshäusern NZZ, Ringier und Tamedia gab es im Wald grosse, eigenständige Verlagsunternehmen. In Bern etwa gab es die Espace Media, in Zürich die Jean Frey, in Lausanne die Edipresse.

Noch sichtbarer wurde die gesunde Struktur des Waldes durch den dichten Bestand an mittelständischen Verlagen, die eigene Tageszeitungen herausgaben. Die meisten waren in Familienbesitz. Im Jahr 2002 gab es, unter anderen, Huber in Frauenfeld, Lüdin in Liestal, Gut in Stäfa, Vogt-Schild in Solothurn, Wolfrath in Neuenburg, Fournier in Sitten, Graf in Bülach und Ziegler in Winterthur.

Dann, lieber Martin, kamst du.

2002 wurdest du CEO von Tamedia. Damit war es vorbei mit der Gemütlichkeit im Wald. Der Wald wurde nun brandgerodet.

Die Bilanz der Brandrodung kurz vorneweg: All die oben erwähnten Verlagshäuser,

von Edipresse bis Ziegler, von Frauenfeld bis Bern, haben in deiner Zeit ihre Selbständigkeit verloren. Die grössten und wichtigsten verkauften ihr Unternehmen an Tamedia. Und jene, die nicht an Tamedia verkauften, verkauften wegen Tamedia.

Flammenwerfer 20 Minuten

Die erste wichtige Amtshandlung des neuen CEO Martin Kall war der Erwerb der damals noch kleinen Pendlerzeitung *20 Minuten*. Der Kauf gelang durch ein Drohmanöver. Kall kündete ein eigenes Gratisblatt unter dem Titel *Express* an und stellte eine brutale Materialschlacht in Aussicht. Drei Tage vor der ersten Nummer gelang ihm die Übernahme von *20 Minuten*. Der *Express* erschien nie.

Mit *20 Minuten* bekam Kall einen Flammenwerfer in die Hände. Der Flammenwerfer war mit Napalm getrieben.

Kall war einer der ersten Medienmanager in Europa, die die Zerstörungskraft der Gratisblätter erkannten. Er wusste, dass er damit über ein Instrument verfügte, das gewaltige Profite, aber auch gewaltige Flurschäden auslösen konnte.

Heute kommt *20 Minuten* in der Deutschschweiz auf eine Auflage von einer halben Million, dazu nochmals gegen 250 000 Exemplare in Romandie und Tessin. Das ist für Schweizer Verhältnisse eine Gigantomanie. Die Profite des Gratisblattes erreichten Weltrekordwerte. Natürlich lockte der Erfolg Nachahmungs-täter an. Zeitweilig gab es ein halbes Dutzend tägliche Gratiszeitungen im Land. Bis auf den *Blick am Abend* sind sie wieder verschwunden.

Mit deinem Flammenwerfer, lieber Martin, hast du in kurzer Zeit eine Landschaft in einen Flächenbrand gesetzt. Die klassischen Tageszeitungen verloren unter dem Gratisfeuer gewaltig an Auflage und an Anzeigenvolumen. Insgesamt hat die abonnierte Presse seit 2002 rund 800 Millionen Franken an Einnahmen eingebüsst.

Bald waren die ersten der rauchenden Ruinen fällig für die Kapitulation. Den Anfang machte 2007 die Espace Media mit *Berner Zeitung* und *Bund*. Sie fiel an Tamedia. Im selben Jahr übernahm Tamedia auch die faktische Kontrolle der Winterthurer Zeitung *Der Landbote*.

Nun ergänzte Kall seinen Flammenwerfer mit einer zweiten Brandwaffe. Er investierte vormals undenkbbare Summen in Gratis-News im Internet. Der Online-Auftritt von *20 Minuten* und das digitale Newsnet um *Tages-Anzeiger* und *Berner Zeitung* wurden mit gewaltigen Res-

sources aufgestockt. Heute arbeiten in den drei Landesteilen 150 Mitarbeiter für die Online-News aus dem Hause Tamedia. Schnell avancierten beide beim Traffic zu Marktführern im Newsbereich.

Das Geschäftsmodell der traditionellen Tageszeitungen war nun doppelt unter Feuer. Es gab zwei umfassende und unentgeltliche Quellen der Information, eine gedruckte wie eine digitale, und es gab dadurch noch weniger Grund, eine Tageszeitung käuflich zu abonnieren. Die Auflagen der bezahlten Presse – und als Folge ihr Erlös aus Inseraten – sanken weiterhin in rasantem Mass. Es war Kalls Feldzug. Er führte zu weiteren Eroberungen, wie wir noch sehen werden.

Doch zuerst muss ich, lieber Martin, etwas Gas zurücknehmen. Eine gute Rede, wie du selber weisst, muss gesalzen sein, aber sie darf nicht versalzen sein.

Einige Relativierungen sind also anzubringen. Zuerst einmal hat Kall meine Bewunderung, weil er ein Strategie ist. Ein Strategie unterscheidet sich von einem Taktiker dadurch, dass er seine langfristige Überzeugung nicht durch kurzfristigen Opportunismus kompromittiert. Das hat Kall nicht getan.

Im Gegenteil. Bei der Feuerwalze, mit der Kall die Medienlandschaft Schweiz überrollte, nahm er keine Rücksicht auf das heimische Lager. Den *Tages-Anzeiger* aus dem Stammhaus hat er genauso abgefackelt wie den gesamten

Schweizer Medienindustrie war Kall ein Brandstifter. Mit Blick auf den Strukturwandel der internationalen Medienindustrie war Kall ein hiesiger Brandbeschleuniger. Er war ein besonnener Brandbeschleuniger. Kall war nie ein Haudegen, der ruck, zuck entschied. Er war stets ein eher bedächtiger Manager, der prüfte und abwog und nochmals prüfte. Ohne ausführliche Gutachten seiner unzähligen Berater kaufte er nicht einmal einen Getränkeautomaten.

Als Kostenmanager war Kall überragend. Vor seiner Zeit war Tamedia ein eher barockes Unternehmen. Man leistete sich allerlei Zierat und Girlanden. Kall stutzte die Organisation auf kalte Effizienz zurück. Allein beim *Tages-Anzeiger* hat er in den letzten Jahren über hundert Journalisten entlassen.

Vor Kall war die Medienszene mittelständisch aufgestellt. Nach Kall ist sie industriell aufgestellt.

Kall konnte stets agieren, ohne von internen Intrigen gebremst zu werden, dem häufigsten Reibungsverlust in Medienunternehmen. Seine zwei VR-Präsidenten, erst Hans Heinrich Coninx, dann Pietro Supino, deckten seine Offensiven aus der Etappe.

Nach 2007 war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Brandbomben aus dem Hause

ten Auflagen von *Tages-Anzeiger*, *Berner Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung*, *24 heures*, *Tribune de Genève*, *Le Temps*, *Corriere del Ticino* und *La Regione*. Der Stolz der ehemals dominierenden Abonnementsblätter ist gebrochen. Auch im Internet ist es bis heute nicht gelungen – oder nicht gewollt – die dominierende Gratiskultur in eine nachhaltige Bezahlkultur überzuführen.

Eine schon fast ironische Schlusspointe


Die Struktur. Noch im Jahr 2000 bestanden die Schweizer Medien aus einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen. Viele von ihnen waren Familienunternehmen. Nur drei davon haben in der Deutschschweiz überlebt, in Brig, in Biel und in Schaffhausen. Alle anderen sind verschwunden. Haupttreiber dieser Konzentration waren wiederum Martin Kall und Tamedia. Kall hat in seiner Zeit insgesamt 32 Tages- und Wochenzeitungen zugekauft. Vor Kall war die Schweizer Medienszene mittelständisch aufgestellt. Nach Kall ist sie industriell aufgestellt.

Die Architektur: Unter Kall hat sich die Marktmacht in den Medien deutlich verschoben. Die Balance, die es vor zehn Jahren noch gab, ist ausser Kraft gesetzt. Im Jahr 2001 machte Tamedia in der Schweiz 750 Millionen Franken Umsatz. Ringier machte 880 Millionen Umsatz. Die NZZ machte 510 Millionen Umsatz. Edipresse machte 430 Millionen Umsatz. Die Architektur war ausgewogen. Zehn Jahre später gibt es einen klaren

Derivate der Leidenschaft

made by Gübelin.





GÜBELIN

JUWELN • UHREN

Markt. Das eigene Blatt, früher der Stolz und die Geldmaschine des Hauses, ist heute nur noch eine sympathische Freizeitlektüre mit mässiger Rendite. Die Auflage ist im Vergleich zu den besten Zeiten um 100 000 Exemplare tiefer. Keine andere Abo-Zeitung der Schweiz hat unter dem Trommelfeuer der doppelten Gratis-Kultur dermassen gelitten.

Zum Zweiten muss man Kall gegen einen fairen Benchmark stellen. Auch in Ländern ohne tägliche Gratiszeitungen, wie etwa in Deutschland, müssen die klassischen Tageszeitungen schwer unten durch. Hier erodierte ihr duales Geschäftsmodell genauso. Inzwischen sind auch überregionale Traditionstitel wie die *Frankfurter Allgemeine* in finanziellen Nöten. Auch ein Ausnahmekönner wie Martin Kall kann nicht einen Strukturwandel auslösen. Das kann nur ein Markt. Ein Mann allein kann einen Strukturwandel allenfalls beschleunigen. Sagen wir es also so: Mit Blick auf die Entwicklung der kleinen

Tamedia weitere Kapitulationen nach sich zogen. 2009 war Edipresse sturmreif. Kall kaufte ihr Schweizer Geschäft. Damit sind seitdem sämtliche auflagenstarken Tageszeitungen der Romandie in Zürcher Hand.

2010 schliesslich fielen auch die Zürcher Landzeitungen *Zürichsee-Zeitung*, *Zürcher Oberländer* und *Zürcher Unterländer* an Kall. Die NZZ, unter Renditedruck geraten, gab ihre Beteiligung an den drei Blättern an Tamedia ab. Im Gegenzug bekam sie als Trostpreis die *Thurgauer Zeitung*, die Kall schon 2005 en passant geschluckt hatte.

Lieber Martin, nach deinen zehn Jahren im Dienst, sind drei Dinge fundamental verändert: die Kultur unserer Presselandschaft, die Struktur unserer Presselandschaft und die Architektur unserer Presselandschaft.

Die Kultur: «Gratis» hat bisher gewonnen. Die landesweite Auflage von *20 Minuten* ist heute gleich gross wie die zusammengezähl-

Primus. Tamedia macht nun 1,1 Milliarden Umsatz. Ringier macht 610 Millionen Umsatz. Die NZZ macht 520 Millionen Umsatz. Edipresse gibt es nicht mehr.

Lieber Martin, es gab in der gesamten Schweizer Mediengeschichte noch nie einen besseren und erfolgreicheren Manager als dich. Du hast tatsächlich eine ganze Landschaft umgepflügt. Ich war, wie du weisst, vor dir auch einmal in der Geschäftsleitung von Tamedia. Der Unterschied von uns zu dir ist schnell erklärt. Wir hätten uns das alles schlicht nicht getraut.

Deine erste wichtige Amtshandlung, lieber Martin, war der Kauf von *20 Minuten*. Deine letzte wichtige Amtshandlung, vor wenigen Tagen, war der Kauf der zwei Gratiszeitungen *24timer* und *Metroxpress*. Es sind zwei Gratiszeitungen in Dänemark.

Damit hast du zum Abgang eine schon fast ironische Schlusspointe gesetzt: Die Schweiz ist erobert. Die Welt kann kommen. ○

Im Herzen der Dunkelheit

Letzte Woche verkündeten Astrologen die Entdeckung eines der grössten schwarzen Löcher des Universums. Seine monströsen Ausmasse stellen bisherige Theorien über die Entstehung von Galaxien auf den Kopf. *Von Ben Moore*



Schönheit des Universums: Galaxie NGC 1277, fotografiert durch das Hubble-Teleskop.

Überraschend an der Entdeckung der Kollegen aus Deutschland und den USA ist nicht allein die Grösse des schwarzen Lochs – seine Masse ist 17 Milliarden Mal so gross wie die unserer Sonne. Für Aufregung in der Fachwelt sorgt in erster Linie die Tatsache, dass dieses schwarze Loch im Zentrum einer Galaxie entdeckt wurde, die kleiner ist als unsere Milchstrasse.

Was man normalerweise beobachten kann – und was sich mit unseren Simulationen zur Entstehung von Galaxien deckt –, ist ein zentrales schwarzes Loch, dessen Masse nur einem winzigen Bruchteil derjenigen von Galaxie selbst entspricht, in der es sich befindet. Unsere Milchstrasse umfasst beispielsweise etwa 300 Milliarden Sterne, und in ihrem Zentrum befindet sich ein schwarzes Loch mit einer Masse von etwa 4 Millionen Sternen. Der neuentdeckte Riese ist allerdings annähernd tausendmal so massereich, als es es erwartungsgemäss sein sollte. Mit unseren derzeitigen Theorien ist dieses schwarze Loch nicht erklärbar. Was bedeutet: Zumindest einige unserer Erkenntnisse über die Art und Weise, wie supermassive schwarze Löcher entstehen, müssen nun überarbeitet werden.

Riesiger Kern aus Eisen

Der erste deutliche Hinweis auf die Existenz von schwarzen Löchern wurde in den 1960er

Jahren in unserer eigenen Galaxie entdeckt, nachdem man vierzig Jahre lang nur darüber spekuliert hatte. Seine Entstehung spielte sich folgendermassen ab: Cygnus X-1 war einer von zwei massereichen Sternen, die einander umkreisten. Vor etwa fünf Millionen Jahren brannte er aus und erlosch. Ohne eigene Wärmequelle bot er der Schwerkraft keinen Widerstand mehr, so dass sich all seine Atome zusammengezogen.

Sein riesiger Kern aus Eisen mit einer Masse, die fünfzehnmal grösser als die unserer Sonne war, fiel innerhalb von Sekunden in ein schwarzes Loch. Die daraus entstandene Supernova erleuchtete den Nachthimmel hell und war auch tagsüber zu sehen – zumindest von unseren Urahnen, die sich damals gerade vom Zweig der Affen abspalteten. Heute kreist der verbliebene Stern um etwas, was wir nicht sehen können: das schwarze Loch. Aufgrund der Laufbahn des verbleibenden Sterns im Weltall können wir Rückschlüsse auf die Masse des dunklen Objekts ziehen.

Der Begriff «schwarzes Loch» wurde durch den verstorbenen amerikanischen Physiker John Wheeler bekannt und ersetzte den Ausdruck «gravitativ vollständig kollabierter Stern»: ein Objekt von so grosser Dichte, dass selbst der umliegende Raum gekrümmt wird und nicht einmal mehr Licht entweichen kann.

In den 1970er Jahren entstanden Denkmodelle, die besagten, dass aus den Zentren von Galaxien supermassive schwarze Löcher entstehen können, die weitaus grösser als einzelne Sterne sind. Diese Vorstellungen liessen sich jedoch nur schwer nachweisen – denn um in das Herz einer entfernten Galaxie zu sehen, brauchte man Bilder, die nur aus dem Weltraum aufgenommen werden konnten. Heutzutage verfügen wir über zahlreiche Hinweise darauf, dass die meisten, wenn nicht sogar alle Galaxien ein supermassives schwarzes Loch in ihrem Zentrum haben.

Sterne rasen durchs All

Diese neue Erkenntnis basiert auf Daten vom Weltraumteleskop Hubble, das in der Lage ist, die Geschwindigkeiten zu messen, mit denen sich Sterne in entfernten Galaxien bewegen. Und so wurde auch das monströse schwarze Loch entdeckt, das nun so viel zu reden gibt: Im Zentrum einer kleinen und recht unscheinbar aussehenden Galaxie mit dem Namen NGC 1277 wurden Sterne gesichtet, die mit mehreren hundert Kilometern pro Sekunde durch das All rasen – eine Beobachtung, die sich nur als Folge der Anziehungskraft eines solch massereichen zentralen Objekts erklären lässt.

Die Entstehung solcher unglaublichen Gebilde ist ein offenes Feld für die Forschung. Die populärste Entstehungstheorie besagt, dass sie sich während der chaotischen Anfangsphase bei der Entwicklung einer Galaxie bilden, nämlich dann, wenn die Gase sich abkühlen und in das Zentrum der neu entstandenen Galaxie strömen. Alles, was es dazu braucht, ist ein einzelnes kleines schwarzes Loch, das sich durch das Schlucken kosmischer Mengen an Gasen zu enormer Grösse entwickelt.

Zurzeit kann ich mir jedoch kein Szenario vorstellen, bei dem sich im Zentrum einer Galaxie solch grosse Mengen an Gasen konzentrieren, ohne dass dabei noch mehr neue Sterne entstehen. Doch darin liegt die Schönheit unseres Universums: Es steckt voller Überraschungen und neuer Entdeckungen. Eben deshalb ist Forschung so ungeheuer aufregend.

Ben Moore ist Professor für Astrophysik an der Universität Zürich. Er ist Autor des Buches «Elefanten im All» (Kein & Aber) über die Entstehung von Galaxien, über schwarze Löcher und das Ende des Universums.



Essay

Ein Hoch auf den Big Mac

Die Fast-Food-Kette McDonald's ist der Lieblingsfeind von Künstlern, Intellektuellen und Globalisierungsgegnern. Zu Unrecht. Die Firma ist ein interessantes Erfolgsprodukt der Evolution.

Von Beda M. Stadler

Ein richtiger Clown kann auch einstecken. Nicht so Ronald McDonald. Diese Ketchup- und Pommes-farbige Mitleidsfigur ist ein trauriger Unterhund. Der Clown passt somit eigentlich nicht zum McDonald's-Firmenimperium, das Grund genug hätte, stolz und selbstsicher zu sein. Trotzdem wird die Firma ständig zur Zielscheibe der Globalisierungsgegner, die meistens Uncle Sam treffen wollen. In Frankreich erlangte José Bové 1999 Berühmtheit, weil er zusammen mit anderen friedliebenden Bauern ein McDonald's-Restaurant zerstörte. Der Anti-Gentechnik-Protestant sass deswegen, aber auch wegen anderer «friedlicher» Aktionen gegen den «Drecksfrass», mehrmals im Gefängnis. Sein illegaler Aktivismus war aber ein Ticket, um als Grüner ins EU-Parlament gewählt zu werden. Bei uns haben Politiker wie Moritz Leuenberger einst bloss Unterschriften gegen McDonald's gesammelt. Das ist nicht aggressiv, zeigt aber die gleiche geistige Haltung.

Wegen der Anfeindungen ist McDonald's zu einem leuchtenden Beispiel für die Evolution geworden. Nicht der Stärkste, sondern der Fitteste überlebt. Jede Kritik am Konzern wird aufgenommen. So wurde das «Menu Large» aus dem Sortiment genommen, weil Fast Food zum Hauptschuldigen für übergewichtige Kinder gemacht wurde. Trotzdem hat die Firma Rückgrat und verwendet fast ausschliesslich Schweizer IP-Produkte, ohne den sonst üblichen Kniefall vor Bio. Derzeit gibt es «Schwiizer Wuche» mit «Simmetel Prime», als ob die Firma auf dem Rütli gegründet worden wäre. Kaum ein anderes Gastronomieunternehmen informiert so transparent und umfassend über seine Produkte wie der Weltkonzern McDonald's. Die Firmenpolitik ist konsumentenfreundlich auf Amerikanisch, die Produkte sind gut schweizerisch.

Theater gegen Schnellimbiss

Die Kundschaft wächst, und McDonald's passt sich an. Die Pommes gehören zu den besten, und wer nicht mit dem Kopf isst, der verlangt ab und zu nach einem deftigen Hamburger. In welches Restaurant kann man heute noch mit der Gewissheit gehen, dass das Essen gleich gut schmeckt wie das letzte Mal? So viel Konstanz und so viel Erfolg bringen Neider auf den Plan. Etwa das Zürcher Schauspielhaus, das

während der Weltkriegsjahre zu einem Theater mit explizit antifaschistischer Stossrichtung und kritischem Spielplan avanciert war. Weil McDonald's seine Hamburger in unmittelbarer Nachbarschaft des Schauspielhauses verkaufen will, verlangt dieses Einsicht in die Baupläne der Schnellimbiss-Kette und will sogar prüfen, in welcher Form man gegen das Projekt vorgehen könnte. In einer Medienmitteilung tönt das so: «Wir sind der Auffassung, dass die Eröffnung eines Fast-Food-Lokals im Pfauen nicht passend ist. Und wir glauben



Misstrauen des Kultur-Establishments.

nicht, dass McDonald's den Besucherinnen und Besuchern des Schauspielhauses eine gastronomische Heimat bieten kann.» Sucht das Haus ein neues Feindbild: die bösen USA?

Im Moment spielt das Schauspielhaus «Pünktchen & Anton», «D'Zäller Wiehnacht», «Weihnachtssalon in der Matchbox» mit Überraschungsgästen für Kinder und Erwachsene. Vielleicht taucht der Vegetarier Moritz Leuenberger mit einem Cüpli in der Hand auf und verdirbt den Kindern den Appetit auf ein *Happy Meal*? Die gastronomische Heimat dieser Kinder liegt aber sicher nicht bei zarten Zucchiniestreifen auf Balsamico-Tofu. Viel-

leicht passt die literarische Heimat nicht zu den angelockten Kindern, weil die schon in der Pause in den McDonald's abhauen würden.

Kunst und Frittierölduft

Die erwachsenen Schauspielhaus-Besucher sehen derzeit Brecht, Gorki, Ibsen, Shakespeare, aber auch René Pollesch. Ich hoffe, sein Zitat zum aufgeführten Stück «Macht es für euch!» war nicht auf McDonald's gemünzt: «Das, worauf wir keine Besitzansprüche anmelden würden, das, was wir weit von uns weisen würden, da sind wir, das ist das, was wirklich Macht über unsere Handlungen hat.» Wer so verwurstet redet, braucht sicher zwischen durch eine Portion Chicken McNuggets. Theaterbesucher brauchen keinen Menüplan, der zum Schauspielplan passt. Geht es bloss um Snobismus oder gar um mehr? Falls die staatlich subventionierte Kunst keinen Frittieröl-duft in ihren Hallen erträgt, könnte man darüber lächeln. Die Sorge um das gehobene Niveau, zu dem allenfalls Slow Food, aber keinesfalls ein Häppchen Fast Food passt, ist womöglich gleichermassen unzeitgemäss wie das derzeitige Programm. Schauspieler essen nach der Aufführung gerne etwas Warmes und könnten sich, oh Schreck, mit den Besuchern im Fast-Food-Restaurant solidarisieren. Anpassung wäre dann angesagt.

Den armen Ronald McDonald wieder einmal in die Schäm-dich-Amerika-Ecke zu stellen, ist nicht fair. McDonald's ist ein Kulturgut, auch wenn Shakespeare das noch nicht vorhergesehen hat. Diese Firma hat aufgezeigt, wie man evolutionär und innovativ sein kann. Also keine Machtdemonstration, sondern Anpassung. Zahlreiche künftige Besucher würden sich freuen, in der Pause die Auswahl zu haben zwischen Big Mac und Vegi Mac, verschiedenen Salaten, Donuts, Muffins und Sundaes. *I'm lovin' it!* Es wird keine langen Warteschlangen geben, und man wird sich freuen, freundliche Gesichter hinter der Theke zu sehen. Die Fantasie wird nach der Pause dem Stück gehören und nicht den Preisen des Caterers.

Beda M. Stadler, Jahrgang 1952, ist Professor für Immunologie und Direktor des Immunologischen Instituts an der Universität Bern.

Die kalte Hand des Regulators

Wenn es um die Finma geht, wagt sich naturgemäss kein Bankier öffentlich aus der Reserve. Doch in der Branche rumort es: Der asketische Finma-Chef Patrick Raaflaub habe die Qualität verbessert, aber er sei von regulatorischem Eifer getrieben und gefährde ernsthaft den Finanzplatz Schweiz. *Von Florian Schwab*



Durchgreifer: Finma-Chef Raaflaub.

Es war der vorläufig letzte Donnerschlag im Fall Adoboli: Vor zehn Tagen verfügte die Schweizer Finanzmarktaussicht (Finma), dass die UBS die Entscheidungen im Zusammenhang mit ihrer Investmentbank nicht mehr allein treffen soll, sondern der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorlegen muss. Noch interessanter als die Verfügung war die kleinlaute Antwort der Bank: Man respektiere die Massnahmen. Nicht im Leisesten schien Kritik an der Finma durch. Die Autorität des Regulators schlug voll durch. Der Vorgang ist symptomatisch für die Machtverhältnisse im Finanzgewerbe. Die Banken sind stumm, die Aufseher greifen durch.

Die *Weltwoche* hat mit Bankiers, Wirtschaftsanwälten und einer Quelle aus der Finma gesprochen. Niemand wollte seinen Namen als Finma-Kritiker in der Zeitung lesen. «Wenn die Finma ein Finanzinstitut im Visier hat, kann sie ihm das Leben zur Hölle machen», erklärt der Chefjurist einer Bank. Auf dem Schweizer Finanzplatz hat sich in den letzten Jahren – seit dem Amtsantritt des neuen Chefs Patrick Raaflaub im Jahr 2009 – ein Klima eisigen Schweigens zwischen Banken und Aufsichtsbehörde entwickelt. Raaflaub war nicht zu sprechen.

Parallel dazu hat die Finma in jeder Beziehung an Macht gewonnen. Ihr Personalbestand hat sich seit Anfang 2009 von 300 Vollzeitstellen auf 460 erweitert (Ende 2012), das Budget von gut 93 Millionen Franken (2009) auf 108 Millionen (2011). Dass sich unter Raaflaub die Qualität der Aufsichtstätigkeit verbessert habe, räumt fast jedermann ein. Trotzdem sparen Brancheninsider nicht mit Kritik. Nachfolgend die am häufigsten genannten Vorwürfe:

1—Die Finma übersteuert. Während die Aufsicht früher eher zu lasch gewesen sei, übertreibe es Raaflaub jetzt in die andere Richtung, sagt der CEO einer Privatbank. So hätten die Dokumentationsanforderungen drastisch zugenommen. «Die beiden Grossbanken liefern jeden Monat eine Tonne Papier bei der Finma ab», und für kleine Banken werde es immer teurer, die gestiegenen Anforderungen zu erfüllen. Manche seien überfordert. Die Finma sei personell ausserstande, das Datenvolumen zu bewältigen. Häufig werde mit einer Art «Checklisten-Mentalität» gearbeitet, ein bürokratischer Overkill drohe.

Wenn den kleinen Banken die unabhängige Existenz erschwert werde, dann stehe das im Widerspruch zu den Beteuerungen der Politik,

die *too big to fail*-Problematik entschärfen zu wollen. Ein Beispiel für die exzessive regulatorische Tätigkeit der Finma sei das Positionspapier zum grenzübergreifenden Geschäft von Ende 2010. Darin werden die Banken angehalten, im «ausländischen Recht begründeten Rechts- und Reputationsrisiken» Rechnung zu tragen.

Was das konkret bedeute, sage die Finma nicht. Sie erhebe den Mahnfinger, weise auf mögliche Probleme hin und überlasse die Banken dann ihrem Schicksal. Erst wenn es schiefgehe, trete Raaflaub wieder auf den Plan und «schulmeistere» die Betroffenen wegen der fehlenden Umsetzung. «Wir mussten rund 10 000 Seiten an Richtlinien von einem externen Rechtsberater einkaufen, um sicherzugehen», beschreibt ein Bankdirektor die Auswirkungen des Positionspapiers.

2—Die Finma handelt willkürlich. Nur in den seltensten Fällen erlasse die Finma rechtsmittelfähige Verfügungen. In der Regel beschränke sie sich auf informelle Verfahren und belasse es bei «Empfehlungen». Allerdings ist in der Branche jedem klar, dass das Ignorieren einer solchen Empfehlung schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen kann. In dem unter Raaflaub kultivierten Klima der Angst bestehen die Banken in der Regel nicht auf einem formellen Verfahren. Für die Finma sei das bequem, gibt ein Wirtschaftsanwalt zu bedenken: Sie müsse keine Rekurse fürchten und sich nicht rechtfertigen. Der Willkür ist dabei Tür und Tor geöffnet, was verschiedene Fälle belegen, die der *Weltwoche* vorliegen.

Die Bankiers stört, dass es die Finma im eigenen Haus mit der Transparenz nicht so genau nehme. Sie verabschiede alle vier Jahre strategische Ziele, deren Einhaltung aber nicht formell überprüft werde. In ihrem Jahresbericht gebe die Behörde nur Rechenschaft über die formellen Verfahren ab, allerdings kaum über ihre restliche Tätigkeit. Auf Anfrage kann die Finma keine Zahlen zu ihren sonstigen aufsichtsrechtlichen Massnahmen nennen. Diese seien «nicht greifbar» und könnten auch nicht kurzfristig erstellt werden.

3—Schlecht qualifiziertes Personal. Der ehemalige UBS-Chef Oswald Grübel hat einmal gesagt, es sei unrealistisch, mit dem Budget des Zürcher Opernhauses die Finanzmarktaufsicht zu führen. Nun wurden die finanziellen Mittel der Finma in der Zwischenzeit deutlich erhöht. Trotzdem beobachten Branchenkenner das Dilemma, dass sie deutlich niedrigere Löhne bezahle als die Banken. Die besten Leute gingen somit nach wie vor kaum zur Finanzmarktaufsicht.

Ausserdem wandelten sich die ehemaligen Banker rasch, wie es ein Wirtschaftsanwalt feststellt. Selbst ehemalige Bankangestellte wie Mark Branson (UBS) oder Ursula La Roche (Credit Suisse) seien im Auftreten und in der Geisteshaltung kaum mehr von den Beamten zu unterscheiden, die seit Jahrzehnten im Staatsdienst sind.

Dasselbe trifft offenbar auf Finma-Chef Raaflaub zu. «Er ist ein typischer Beamter», sagt ein Bankier. «Mit ihm kann man nicht sprechen.» Bei Raaflaubs Wahl wurde die Pra-

«Offen wehrt sich niemand, denn die Finma steht über allem», sagt ein resignierter Banker.

xisierung aufgrund seiner fünfzehnjährigen Karriere bei der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft (Swiss Re) gelobt. Doch das Rückversicherungsgeschäft unterscheidet sich von der Tätigkeit der Banken. Zwar sind sich alle einig, dass Raaflaub sein bei der Swiss Re eingeübter, kühl rechnender Verstand zugutekomme. Manch einer hat aber den Eindruck, Raaflaub würde ohne viel Verständnis für das Bankgeschäft ausschliesslich in technischen Systemrisiko-Kategorien denken. Als Chef sei er dabei wenig motivierend und sehr distanziert, heisst es in der Finma.

4—Raaflaub spielt Gesetzgeber. Wohl das grösste Problem an Patrick Raaflaub sei, sagen Branchenvertreter, dass er sich als Gesetzgeber begreife. Das werde einerseits deutlich an ge-

setzgeberischen Initiativen, die er innerhalb des Finanzdepartements antreibe: Weissgeldstrategie, Kundenschutz, Überhitzung des Hypothekenmarkts. Überall bringe sich der Finma-Chef in den Gesetzgebungsprozess ein und liefere sich nicht selten einen destruktiven Kompetenzkampf mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

Andererseits versuche Patrick Raaflaub oftmals, in seinen Richtlinien die Rolle des Gesetzgebers direkt zu imitieren. In der Praxis laufe es so, dass die Finma aus ihren Anordnungen plötzlich Anforderungen ableite, die weder auf Gesetzes- noch auf Verordnungsstufe begründet seien. «Offen wehrt sich niemand, denn die Finma steht über allem», sagt ein resignierter Banker.

Mit dem gesetzgeberischen Eifer gehe eine Vorliebe Raaflaubs für PR-Kampagnen einher. Die grösste Zeit des Jahres befinde er sich auf Tauchstation, um dann mit offensiver Kommunikation aufzutreten, wenn es einem seiner Projekte nütze. Die Öffentlichkeit wisse er dabei auf seiner Seite, denn er inszeniere sich gerne als Bändiger der unbeliebten Banken. Von Raaflaubs Vorgesetzter, der Genfer Professorin Anne Héritier Lachat, höre man öffentlich hingegen so gut wie gar nichts.

In Patrick Raaflaubs bisheriger Amtszeit gab es einen entlarvenden Moment, als er im vergangenen März mitteilte, die Aufgabe der Finma sei es nicht, die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes zu erhöhen. Das ist nachweislich falsch, denn im Gesetz steht, die Finma sei dazu angehalten, «zur Stärkung des Ansehens und der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz» beizutragen.

Die Branche war perplex und begann zu zweifeln: Wollte Raaflaub einfach seine betonharte Unabhängigkeit demonstrieren zum Wohle der Schweiz? Oder aber verhält sich der einflussfreudige Finma-Direktor wie ein Arzt, der auch kleine Beschwerden mit dem maximalen Einsatz von Medikamenten ausmerzen will und dabei das Wohl des Patienten aus den Augen verliert? Ersteres ist theoretisch möglich, letzteres aber denken die meisten. ○

BORDEAUX 2009

<p>100 Haut Brion – Graves, Pessac – Léognan 2009 CHF 1'004.40 Ab 36 Flaschen CHF 982.80</p> <p>100 La Mission Haut Brion – Graves, Pessac – Léognan 2009 CHF 702.– Ab 36 Flaschen CHF 691.20</p> <p>100 Smith Haut Lafitte Rouge – Graves, Pessac – Léognan 2009 CHF 237.60 Ab 36 Flaschen CHF 226.80</p> <p>100 Pontet Canet – Pauillac 2009 CHF 264.60 Ab 36 Flaschen CHF 259.20</p> <p>100 Pétrus – Pomerol 2009 CHF 3'780.– Ab 36 Flaschen CHF 3'564.–</p> <p>100 Clos Fourtet – St. Emilion 2009 CHF 264.60 Ab 36 Flaschen CHF 248.40</p> <p>100 Mondotte – St. Emilion 2009 CHF 426.60 Ab 36 Flaschen CHF 415.80</p>	<p>100 Pavie – St. Emilion 2009 CHF 340.20 Ab 36 Flaschen CHF 329.40</p> <p>100 Cos d'Estournel – St. Estephe 2009 CHF 388.80 Ab 36 Flaschen CHF 383.40</p> <p>100 Montrose – St. Estephe 2009 CHF 356.40 Ab 36 Flaschen CHF 340.20</p> <p>100 Ducru Beaucaillou – St. Julien 2009 CHF 286.20 Ab 36 Flaschen CHF 280.80</p> <p>100 Leoville Poyferre – St. Julien 2009 CHF 259.20 Ab 36 Flaschen CHF 248.40</p> <p>99+ Lafite Rothschild – Pauillac 2009 CHF 1'404.– Ab 36 Flaschen CHF 1'296.–</p> <p>99+ Mouton Rothschild – Pauillac 2009 CHF 885.60 Ab 36 Flaschen CHF 864.–</p> <p>99+ Vieux Château Certan – Pomerol 2009 CHF 275.40 Ab 36 Flaschen CHF 259.20</p>
--	--

«IT MAY TURN OUT TO BE THE FINEST VINTAGE I HAVE TASTED IN 32 YEARS OF COVERING BORDEAUX.» ROBERT PARKER

<p>99 Angelus – St. Emilion 2009 CHF 340.20 Ab 36 Flaschen CHF 329.40</p> <p>99+ Ausone – St. Emilion 2009 CHF 1'566.– Ab 36 Flaschen CHF 1'458.–</p> <p>98 Lynch Bages – Pauillac 2009 CHF 178.20 Ab 36 Flaschen CHF 172.80</p> <p>99+ Rieussec – Sauternes 2009 CHF 64.80 Ab 36 Flaschen CHF 62.65</p> <p>95 La Lagune – Haut Médoc 2009 CHF 59.40 Ab 36 Flaschen CHF 57.25</p> <p>95 Pichon Longueville Comtesse Lalande – Pauillac 2009 CHF 181.45 Ab 36 Flaschen CHF 172.80</p> <p>93 Beychevelle – St. Julien 2009 CHF 84.25 Ab 36 Flaschen CHF 81.–</p>	<p>93 Clos du Marquis – St. Julien 2009 CHF 45.35 Ab 36 Flaschen CHF 43.20</p> <p>92 Clerc Milon – Pauillac 2009 CHF 59.40 Ab 36 Flaschen CHF 56.15</p> <p>91 Alter Ego de Palmer (2nd Vin de Palmer) – Margaux 2009 CHF 56.15 Ab 36 Flaschen CHF 54.–</p> <p>90 Le Petit Mouton Rothschild (2nd Vin de Mouton) – Pauillac 2009 CHF 129.60 Ab 36 Flaschen CHF 124.20</p> <p>90 Phélan Ségur – St. Estephe 2009 CHF 38.90 Ab 36 Flaschen CHF 37.80</p>
---	--

● = Robert Parker Points. Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten.

ARVI SA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88 · F 091 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

Wendepunkt in Syrien

Am Laufmeter erobern Syriens Rebellen Armeestützpunkte. Nun bedrohen sie selbst die Hauptstadt Damaskus. Der Krieg gegen Präsident Assad tritt in die letzte Phase.

Von Kurt Pelda

Ein Panzer der Aufständischen fährt über ein Feld am Stadtrand von Aleppo. Plötzlich macht die Besatzung einen *tank* der regulären Armee aus, nur wenige hundert Meter entfernt. Der Turm des Rebellengefährts dreht, der Schütze nimmt das Ziel ins Visier. Für einen Sekundenbruchteil verschwindet der getroffene Panzer in einem Feuerball, dann brennt das Vehikel aus.

Zu sehen war dieses Novum im syrischen Bürgerkrieg kürzlich auf Youtube, in einem von Rebellen aufgenommenen Video. Schon früher haben die Freischärler erbeutete Kampfpanzer verwendet, bisher aber meist nur als fahrende Artillerie. Nun werden *tanks* auch gegen *tanks* eingesetzt, was bei den Rebellen den Mangel an wirksamen Panzerabwehrwaffen relativiert.

Flugzeuge stürzen vom Himmel

In einem anderen Video präsentiert ein Guerilla mit Bart und Sonnenbrille eine schultergestützte Flugabwehrrakete vom Typ SA-16. Gegenüber der Agentur AFP sagt Mussa Abu Omar später, die Rebellen hätten die Lenkwaffe in der erst kürzlich gestürmten Basis des 46. Regiments westlich von Aleppo erbeutet. Videomaterial scheint zu belegen, dass in dem wochenlang umkämpften riesigen Stützpunkt neben einer grossen Zahl schwerer Waffen auch funktionsfähige russische Flugabwehrraketen der Typen SA-16 und SA-24 gelagert waren. Diese Lenkwaffen sind mit der amerikanischen Stinger vergleichbar, die im Krieg der Afghanen gegen die sowjetischen Besatzer Ende der achtziger Jahre die Wende gebracht hatte.

Mussa Abu Omar hat mit seinem SA-16-Abschussgerät offenbar einen Transporthelikopter und ein Kampfflugzeug der Luftwaffe abgeschossen. In einem Video ist ein russischer Mi-8-Helikopter zu sehen, der von einer solchen Rakete getroffen wird und brennend, aber mehr oder weniger kontrolliert zu Boden geht. Über ältere und damit wesentlich weniger treffsichere Lenkwaffen des Typs SA-7 verfügen die Rebellen schon seit längerem. Diese Modelle kommen wahrscheinlich aus Libyen, dem wichtigsten Geldgeber und Waffenlieferanten der Aufständischen. Laut amerikanischen Presseberichten wurden moderne Raketen auch von Katar zur Verfügung gestellt. Jedenfalls hat die Präsenz solcher Lenkwaffen die Abschussquote sprunghaft erhöht.

Während in westlichen Medien standardmässig von der Uneinigkeit der syrischen Rebellen

die Rede ist, hat sich deren Organisation und Koordinationsfähigkeit in Wirklichkeit ständig verbessert. Vielen Korrespondenten ist das entgangen, weil sie bloss aus Beirut, Kairo oder Abu Dhabi berichten, ohne jemals einen Fuss ins Kriegsgebiet zu setzen. Wer sich indes die Mühe macht, die Rebellen zu besuchen, kommt zu einem ganz anderen Schluss. Allein ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie die Aufständischen die regulären Streitkräfte systematisch in die Enge treiben. So haben sie die wichtigen Strassen, die von Damaskus und von den Häfen an der Mittelmeerküste nach Aleppo führen, gleich mehrfach unterbrochen. Die regulären Truppen in Aleppo sehen sich damit immer grösseren Nachschubproblemen gegenüber.

Unwissentlich geholfen hat Assad seinen Gegnern, indem er die Armee auf viel zu viele Stützpunkte verzettelt hat, die einzeln zu schwach sind, um dem Rebellenansturm zu widerstehen. In der Umgebung von Aleppo und zunehmend auch rund um Damaskus räuchern die Freischärler nun eine Basis nach der andren aus – und erbeuten dabei grosse Mengen an Kriegsmaterial. Der Endkampf um Damaskus hat zwar noch nicht ernsthaft begonnen, doch versuchen die Freischärler, die Hauptstadt vorerst vom etwas ausserhalb gelegenen internationalen Flughafen abzuschneiden. Assad hat es versäumt, seine zahlenmäs-

sige schwindenden Streitkräfte rechtzeitig auf die strategisch wichtigen Städte und Nachschubwege zurückzuziehen. Als besonders verwundbar haben sich Flugplätze erwiesen, von denen die Rebellen in den letzten Wochen gleich mehrere eroberten.

So wird die Frage, ob der nach wie vor zaudernde Westen doch noch Waffenhilfe leisten will, immer weniger relevant. Langsam, aber sicher schwindet die letzte Chance, sich Einflussmöglichkeiten bei den Rebellen zu verschaffen, um so auf die Entwicklung nach Assads Sturz einzuwirken. Durch das westliche Abseitsstehen beflügelt, gewinnen islamistische Rebellengruppen an Macht, auch wenn die Extremisten erst eine kleine Minderheit darstellen. So könnte sich die westliche Zurückhaltung gegenüber den Aufständischen spätestens nach Assads Abgang als gravierender Fehler herausstellen: Statt die Islamisten zu bremsen, hat man genau das Gegenteil erreicht. Dem angezählten Diktator bleibt derweil nur noch sein letzter vermeintlicher Trumpf, Nervengase wie Sarin und andere Kampfstoffe. Wird Assad in einem verzweifelten Befreiungsschlag Chemiewaffen einsetzen? Damit wäre eine letzte «rote Linie» überschritten. Ein Militärschlag der USA wäre die absehbare Folge und würde das Ende des Regimes beschleunigen. ○



«Rote Linie»: Assad (l.) Ende November mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Laridschani.

Fetter Profit mit «Non-Profit»

In der Adventszeit klingeln bei den Hilfswerken die Kassen. Doch das Eintreiben der Spenden ist ein knallhartes und undurchsichtiges Geschäft, das von professionellen Sammelfirmen durchgeführt wird. Die Kontrolle versagt, weil die Kontrolleure mitprofitieren. *Von Alex Baur*



«Der Umsatz ist der wichtigste Anreiz»: WWF-Spendenaktion.

Basel, Aeschenplatz, letzte Woche. In der Innenstadt herrscht vorweihnächtlicher Betrieb, fröhliche Menschen mit gefüllten Einkaufstaschen flanieren durch die Abenddämmerung. Mitten in der Menge stellt sich ein aufgestellter junger Herr mit oranger Jacke und WWF-Signet den Passanten in den Weg. «Haben Sie auch ein Haustier?», fragt er zur Begrüssung scheinbar unverfänglich. «Mögen Sie Tiere?»

Kevin Brutschin lässt sich auf ein Gespräch ein. Ja, als Vegetarier lägen ihm Tiere eigentlich schon am Herzen, erklärt der Lehrer aus Biel. Das treffe sich ja gut, erwidert der junge Mann lächelnd, auch dem WWF seien Tiere ein Anliegen, und zwar ganz konkret, etwa beim Artenschutz. Nach einem kurzen Smalltalk geht es schnell zur Sache: Naturschutz ist nicht gratis, der WWF braucht Geld.

Brutschin muss jetzt nur noch das Formular ausfüllen. Reine Formsache: Name, Adresse, Kontonummer, der Auftrag für das Lastschriftverfahren, unten noch Datum und Unterschrift, das wär's dann schon. Die Spende – «Die meisten setzen hundert bis zweihundert Franken ein, aber es kann natürlich auch mehr sein, das ist ja alles freiwillig» – würde dann automatisch jeweils im Dezember auf seinem Bankkonto belastet, ohne dass er sich weiter darum kümmern müsste. Natürlich kann der Auftrag jederzeit widerrufen werden.

Wer mag einem sympathischen jungen Idealisten, der sich für eine bessere Welt engagiert, schon die Unterstützung verweigern. Gerade in der Adventszeit, das wissen die Hilfswerke, ist die Spende Freude gross. Man erinnert sich verschämt an das Gebot der Nächstenliebe – oder zumindest an die Steuererklärung, die bald wieder fällig wird und auf der man Spenden absetzen kann. Eine kleine Zuwendung für die gute Sache entlastet das Gewissen.

Mit dem Segen der Zewo

Was allerdings die wenigsten wissen: Die Spendensammler, die in diesen Tagen die Passanten in den Einkaufsmeilen umgarnen und an den Haustüren klingeln, sind selten Idealisten. Nur die wenigsten gehören den Organisationen an, die sie vertreten. Den meisten ist es auch egal, ob sie für den Regenwald, arme Kinder oder misshandelte Frauen sammeln – sie erledigen ihren Job. Neben dem Lohn fliesst ein Teil der Spende als Bonus in ihre eigene Tasche. «Der Umsatz ist der wichtigste Anreiz», sagt ein ehemaliger professioneller Sammler.

Kevin Brutschin hat selber schon für Hilfswerke gearbeitet und kennt das System. Er muss allerdings mehrmals hartnäckig nachhaken, bis der sympathische vermeintliche Tierfreund am Aeschenplatz, der «im Auftrag des WWF» sammelt, mit der ungeschminkten Wahrheit her-

ausrukt: Mit der Umweltorganisation hat er an sich nichts am Hut, er ist bei der Firma Corris AG angestellt, die landesweit Hunderte von Mitarbeitern gegen gutes Geld auf die Betteltour schickt. Zum Kundenstamm der gewinnorientierten Firma gehört fast alles, was unter den Non-Profit-Organisationen Rang und Namen hat, von Swissaid über Amnesty International bis zur Stiftung für Konsumentenschutz.

Nur erfährt das der Spender nicht. Diskret auf Fusshöhe, wo niemand hinschaut, steht am WWF-Stand in Basel geschrieben: «Diese Kampagne wird von der Corris AG im Auftrag von WWF Schweiz durchgeführt.» Schon besser erkennbar ist das Häklein über dem Kleingedruckten: das Gütesiegel von Zewo, der Kontrollinstanz, die für Seriosität der gemeinnützigen Organisationen bürgt.

Es ist nicht nur der Etikettenschwindel, der Kevin Brutschin stört. Mit Non-Profit lassen sich erkleckliche Profite erzielen. In der Branche gilt die Faustregel, dass mindestens die erste Spende als Honorar an sogenannte Fundraiser wie die Corris AG, Imis oder Ten Fe geht. Frühestens bei der zweiten Jahreszahlung fliesst das Geld dorthin, wo es hingehört. Wie viel die Bettelfirmen genau kassieren, ist eines der bestgeschützten Branchengeheimnisse.

Martina Ziegerer, Geschäftsleiterin der Zewo, hält dem entgegen, dass die Fundraiser nicht unter ihrer Kontrolle stünden. Es liege in der Verantwortung der Hilfswerke, ob sie Spenden selber oder über Dritte eintrieben. Die Zewo überprüft bloss den Anteil des Fundraisings am Gesamtaufwand der Hilfswerke. Dies allerdings auch nicht ohne Eigennutz. Die Zewo wird nämlich von den Organisationen mitfinanziert, die sie kontrolliert – und die zumeist mit professionellen Fundraisern arbeiten.

Die Vertreter von Non-Profit-Organisationen stellen denn auch die Mehrheit im zehnköpfigen Stiftungsrat der Zewo. Präsidentin Trix Heberlein gehört unter anderem dem Stiftungsrat der Pestalozzi-Stiftung an; Gian-Reto Raselli amtiert als Marketingleiter beim WWF; Esther Girsberger sitzt im Zentralvorstand von Helvetas; Markus Egger waltet als Rechtskonsulent des Roten Kreuzes und Peter Niggli als Geschäftsleiter von Alliance Sud (eine Lobby-Organisation von Swissaid, Helvetas, Fastenopfer, Heks, Brot für alle und Caritas). Regula Stern-Griesser vertritt die Konsumentenorganisationen in der Zewo, die zum Teil als Stammkunden wiederum bei der Corris AG aufgeführt sind. Der Kreis schliesst sich. ○

Popeye zweimal reingelegt

Die Eisen-Bombe Spinat ist ein Mythos. Der Brontosaurus hat nie existiert. Was gestern Fakt war, wird heute als Irrtum entlarvt. Forscher täuschen sich viel öfter, als man denkt. Unser Wissen hat ein beängstigend kurzfristiges Verfalldatum. *Von Urs Gehriger*



«Fakten haben eine Halbwertszeit.»

1870 widmete sich der deutsche Chemiker Erich von Wolf einem schillernden Familienmitglied der Fuchsschwanzgewächse: dem *Spinacia oleracea*, im Volksmund schlicht Spinat genannt. Mit Forscherfleiss und Präzision war er am Werk, doch dann, in einer Sekunde der Unachtsamkeit, unterlief ihm ein Kopierfehler. Statt den (akkurat gemessenen) 5 Milligramm Eisen pro 100 Gramm Spinat notierte er einen Gehalt von 50 Milligramm, was der zehnfachen Konzentration von Eisen in Fleisch entspricht und den Spinat mit einem Federstrich zur ultimativen Kraftnahrung machte.

Die Folgen waren traumatisch, besonders für jene Generationen von Kindern, die man fortan in qualvollen Tischritualen zum Verzehr des grün-zähen Blattgewächses nötigte. Als dann 1929 mit Popeye noch ein neuer Held im Comic-Universum auftauchte, der Spinat

zu seiner Lieblingsspeise auserkoren hatte und ihn gleich büchsenweise verschlang, um daraus ungeahnte Kräfte für seine Prügeleien zu zehren, war der Mythos «Kraftnahrung Spinat» nicht mehr aus der Welt zu räumen.

Am Beispiel des Spinat-Irrtums illustriert Samuel Arbesman seine These, dass selbst die solidesten Fakten weit weniger fix sind, als wir annehmen. In seinem äusserst unterhaltsam geschriebenen Buch «The Half-Life of Facts» kommt der Mathematiker aus Kansas zum Schluss, dass all unser Wissen ein Verfalldatum hat. Fakten zerbröseln, was gestern zum Wissenskanon gehörte, ist heute schon vergessen, wie im Falle des einst stolzen Planeten Pluto, den Forscher vor ein paar Jahren ohne feierliche Begleitmusik zum transneptunischen Objekt herabstufen.

Präzise Messungen ersetzen ältere Methoden, neue Fakten verdrängen die früheren.

Und in den meisten Fällen merkt die Mehrheit der Menschen gar nichts davon. Wer in den achtziger Jahren Chemieunterricht genoss und seither – wie wohl die meisten – nie mehr mit der Materie in Berührung kam, wird nicht wissen, dass seit dem Verlassen der Schulstube zwölf neue Elemente entdeckt worden sind und man das Periodensystem auf neu 118 Elemente ausgebaut hat.

Rauchen von Ärzten empfohlen

Arbesman bringt Licht und etwas Ordnung in die konstant wechselnde Faktenlandschaft. Einige seiner Beispiele sind bekannt. Rauchen zum Beispiel, einst von Ärzten empfohlen, ist heute des Teufels. Andere sind überraschend. So wissen wohl die wenigsten, dass während Jahrzehnten als unerschütterliche Tatsache galt, dass der Mensch 48 Chromosomen habe. Forscher, welche (korrekterweise) 46 Chromosomen zähl-

ten, brachen ihre Studien vorzeitig ab, überzeugt, dass ihnen ein Fehler unterlaufen war.

Kopierfehler, wie sie Spinat-Forscher von Wolf unterliefen, sind keine Seltenheit. Gemäss Arbesman treten charakteristische Muster auf wie Auslassungen infolge von Flüchtigkeit und dem Verdoppeln von Messdaten. Manchmal sitzen Forscher auch buchstäblich auf der Wahrheit und sehen sie nicht. So geschehen mit dem Star aus dem Mesozoikum, dem Brontosaurus. Wer erinnert sich nicht an den lebenswerten, pflanzenfressenden Dreissigtköner mit dem wendigen Achtmeterhals, der einem als Kind über alle Massen faszinierte? Bloss hat es ihn nie gegeben.

1879 hatte der amerikanische Paläontologe Othniel Charles Marsh ein komplettes Saurierskelett entdeckt und nannte dieses Brontosaurus (Donnereschse). Dabei bemerkte er nicht, dass dessen Knochen identisch waren mit Fossilien, die er bereits zwei Jahre früher gefunden hatte und die er einem Tier zuordnete, dem er den Namen Apatosaurus gab. In Wahrheit also war der Brontosaurus kein neuer Saurier, sondern nichts anderes als der Apatosaurus.

Wissen ist ein momentaner Konsens, der fortlaufend aufgebrochen wird. Laut Arbesman ist der Zerfall der wissenschaftlichen Wahrheit allerdings kein ungestümes Phänomen, sondern quantifizierbar. «Wissen ist wie Radioaktivität», sagt der US-Forscher. «Fakten haben eine Halbwertszeit.» Die Halbwertszeit einer Studie über Hepatitis oder Zirrhose, beides Leberkrankheiten, betrage rund 45 Jahre. Danach sei die Hälfte des Wissens, auf welchem der Forschungsbericht beruht, überholt. Je nach Disziplin gebe es unterschiedliche Halbwertszeiten. Bei Studien der Physik sei sie durchschnittlich 13,07 Jahre, bei denen der Mathematik 9,17 Jahre, und solchen der Psychologie bloss 7,15 Jahre.

Der Frosch im Kochkessel

«Es dauert fünfzig Jahre, um eine falsche Idee aus der Medizin zu entfernen, und hundert Jahre, um eine neue Idee einzuführen», stellte der britische Neurologe John Hughlings Jackson bereits vor einem Jahrhundert fest. Neue Fakten haben es schwer, weil sich Irrtümer hartnäckig halten. Zwar wurde 1937 von Wolfs Kopierfehler entdeckt, der Irrglaube, Spinat sei eine Eisenbombe, hält sich aber bis heute. Und obwohl bereits 1903 erkannt wurde, dass der Brontosaurus mit dem Apatosaurus identisch ist, hat Steven Spielberg den Megavegetarier in «Jurassic Park» unter seinem falschen Namen über die Kinoleinwände trampeln lassen.

Je plausibler und verblüffender eine Irrlehre klingt, desto zäher scheint sie zu tilgen zu sein, wie der Mythos vom Frosch im Kochkessel zeigt, der gern am Stammtisch oder Pfadfinder-Lagerfeuer erzählt wird: Setze man einen Frosch in einen Kessel mit Wasser und bringe dieses ganz behutsam zum Kochen, springe der Frosch nicht aus dem Kessel, sondern sterbe, der schleichenden Gefahr nicht

gewahr, den langsamen Hitzetod – was natürlich Humbug ist: Im kochenden Kessel bleibt der Frosch nur, wenn er hirntot ist.

Wie Arbesman festhält, bekunden Wissenschaftler oft Mühe, sich von lange für sicher gehaltenen, aber überholten Fakten zu trennen. Offenbar leiden sie unter gewohnheitsbedingter Blindheit – mit bisweilen fatalen Folgen. Hätte die österreichische Ärztesgesellschaft 1840 der umstrittenen Erkenntnis von Ignaz Semmelweis Beachtung geschenkt, dass Ärzte für die Verbreitung von Kindbettfieber verantwortlich sind – und hätten sie seine Empfehlung, die Hände zu waschen, beherzigt –, wären Hunderttausende von Wöchnerinnen nicht einen qualvollen Infektionstod gestorben.

Wissenschaft, so Arbesman, ist ein «schrecklich menschliches Unterfangen». Wissen wächst rapide, doch Forscher reagieren noch heute allzu oft mit dem Semmelweis-Reflex: Innovationen werden eher bestraft als honoriert, weil sie etablierten Paradigmen und Verhaltensmustern entgegenstehen. Was tun, um im permanenten Fluss von neuen Erkenntnissen nicht unterzugehen? Die richtige Antwort, so Arbesman, sei, sich dem Wandel zu stellen, statt ihn zu bekämpfen. «Hört auf, Dinge aus-

Steven Spielberg hat den Saurier unter falschem Namen über die Kinoleinwände trampeln lassen.

wendig zu lernen! Unsere Gedächtnisse können an die Cloud* ausgelagert werden.» Mit anderen Worten: In einer Welt, wo die Informationen im Dauerwandel sind, zählt nicht, was du weisst, sondern wie effizient du dein Wissen im Internet aufdatieren kannst.

Aufdatieren allein, so möchte man Arbesman entgegen, reicht nicht aus. Wenn bereits die Wissenschaftsliteratur mit falschen und hinfällig werdenden Fakten verschmutzt ist, muss der Cyberspace ein Morast der Irrtümer sein. Kurz: Das Internet ist ein zweifelhafter Assistent; kein Instrument der Forschung ist so nützlich wie die Skepsis.

PS: Niemals ruht die Forschung. Laut neuen Erkenntnissen der Wissenschaft erlag Popeye gleich einem doppelten Irrtum. Nicht bloss hat der Spinat zehnmal weniger Eisengehalt, als der Kraftprotz glaubte. Eine Studie des schwedischen Karolinska-Instituts kommt nun auch zu folgendem Schluss: Nicht das Eisen, sondern die in dem Grünfutter enthaltenen Nitrate förderten das Wachstum der Muskeln – nicht derer für die Schlagkraft, sondern jener für die Ausdauer.

Samuel Arbesman: The Half-Life of Facts. Why Everything We Know Has an Expiration Date. 256 S., 2012.

* IT-Infrastruktur eines Netzanbieters, die für Gebraucher fern und undurchsichtig erscheint, wie von einer «Wolke» verhüllt.

Jetzt auch für Android-Handys.



Jetzt
downloaden!



Jetzt auch für Android-Smartphones. Als Abonnent/-in lesen Sie die Weltwoche bequem auch unterwegs. Jetzt im Android-App-Store für nur Fr. 5.– (einmaliger Download).

Cervelats für die Glücksritter

Über Personalvermittlungsbüros kommen immer mehr Spanier als Bauarbeiter in die Schweiz. Da die Lage daheim «hoffnungslos» sei, wollen sie so lange wie möglich bleiben. Ihre Schweizer Chiefs drängen die Südländer mit eigenen Methoden zur Integration. *Von Andreas Kunz und Elisabeth Real (Bilder)*



«Mit em Pass han i nid gfrässe!»: Polier Kälin.

Leuchtet am Telefon die Ländervorwahl 0034 auf, weiss Aytac Yalcin Bescheid: «Ein Spanier sucht einen Job.» Stündlich erhalte er neue Bewerbungen; dreissig Zentimeter hoch sei der Stapel der aktuellen Anfragen. «Zum Glück sind wir gut organisiert», sagt Yalcin und zeigt auf seine Mitarbeiterin, die flissend Spanisch spricht und die Anrufe entgegennimmt.

Aytac Yalcin, 32, ist Geschäftsführer der Personalvermittlungsfirma «Active. Personal» in Zug. Achtzig Prozent der Arbeitswilligen vermittelt das Büro in die Baubranche, manchmal für einzelne Tage nur, oft für Wochen und Monate. Seine Temporärangestellten landen bei Firmen und Unternehmen aus der ganzen Innerschweiz. Auch wenn der Boom in der Branche etwas nachgelassen habe, seien fleissige «Bau-Chnuschtis» immer gesucht, sagt Yalcin. «Früher mussten wir gute Arbeiter suchen gehen, heute suchen sie uns.»

Bis Anfang der Nullerjahre seien die meisten Bewerbungen aus Ex-Jugoslawien gekommen. Nach 2004 und der Einführung der Personenfreizügigkeit meldeten sich vor allem Deutsche. Aber jetzt, seit in Spanien und Portugal eine Wirtschaftskrise herrscht und die Arbeitslosigkeit auf über zwanzig Prozent geklettert ist, kämen die meisten Anfragen von der iberischen Halbinsel.

«Unkomplizierter als in der EU»

Waren im ganzen Jahr 2011 noch 1848 Spanier in die Schweiz eingewandert, betrug die Zahl der spanischen Neuzuzüger bis Ende August 2012 bereits 3110. «Es ist für uns fast nicht mehr überschaubar», sagt Yalcin. Er reagierte, indem er eine spanische und portugiesische Version der Firmenwebsite anfertigen liess. «Trabalho na Suíça» und «Trabajo en Suiza», heisst es dort jetzt zum Anklicken.

Yalcin – ein Secondo, der mit zwölf Jahren in die Schweiz gekommen ist – hilft den Ausländern auch bei der Vermittlung von Unterkünften und dem Kontakt mit den Behörden. Von den Hunderten Bewerbungen kämen aber nur jene Leute in die Auswahl, die nachweisen könnten, dass sie schon auf dem Bau gearbeitet haben. Doch dann gehe es schnell: «Wenn eine Baufirma heute zwei Handlanger sucht, sind sie morgen zum Znüni dort», sagt Yalcin. Auswendig kann er aufsagen, auf welcher Baustelle seine Leute gerade arbeiten. Die Namen seiner Männer kennt er ohnehin: «Pedro, José, Carlos, Paulo, Fernando, Antonio – alle spanischen Klassiker», sagt Yalcin.

Francisco Javier Rodriguez Gamiz ist 43 Jahre alt und kommt aus Alicante. Seit Mai 2011 arbeitet er in der Schweiz, vermittelt durch Yalcins Firma. Ein Jahr lang war er bereits arbeitslos gewesen, zuvor hatte er während der

Boomjahre Hotels, Theater und Einkaufszentren gebaut – «das meiste davon steht heute leer», sagt Rodriguez, «und all meine Kumpel – Maler, Gipser, Maurer – sind arbeitslos». In Spaniens Baugewerbe heute noch einen Job zu finden, sei «praktisch unmöglich».

Von Kollegen hatte er gehört, dass es in der Schweiz Arbeit gebe. «Wie ein Abenteuer habe ich mein Glück in der Ferne gesucht», sagt Rodriguez. Ein Anruf genügte, die Bestätigung folgte – und schon war Rodriguez im Flugzeug nach Zürich. «In der Schweiz läuft es viel unkomplizierter und organisierter als in der EU», sagt Rodriguez. Dank der Hilfe von Yalcins Mitarbeiter brauchte er zehn Minuten für das Ausfüllen der Formulare, und bereits am nächsten Tag war die Arbeitsbewilligung parat. «Ich wünschte mir für Spanien eine ebenso schlanke und schnelle Bürokratie», sagt Rodriguez. Wer denn schuld sei an der ganzen Krise? «Was für eine Frage», sagt der Spanier und schüttelt den Kopf: «Die korrupten Politiker!»

Ein Sparkonto bei der Credit Suisse

Als Handlanger erhält Rodriguez im Minimum 31 Franken brutto pro Stunde, was im Monat 5580 Franken ergibt. Minus Quellensteuer und Sozialleistungen bleiben ihm rund 4200 Franken – «dreimal mehr, als ich in Spanien verdienen würde», sagt Rodriguez. Als er und seine spanischen Kollegen den ersten Zahltag erhielten, hätten sie vor Freude «die Welt fast nicht mehr verstanden». Alle hätten eine Familie daheim und schickten einen Teil des Lohns nach Hause. Auch Rodriguez muss die Hypothek für sein Haus abzahlen, 500 Euro pro Monat. «Ich habe Glück, denn das ist verhältnismässig wenig», sagt er. Einige Freunde seien Verträge eingegangen, bei denen sie auf Jahrzehnte hinaus bis zu 1500 Euro pro Monat zahlen müssten. «Die meisten können das unmöglich aufbringen, ohne zu hungern», sagt Rodriguez. Deshalb müssten sie ihre Häuser verlassen und bei Verwandten oder sogar auf der Strasse leben.

«In meiner Heimat sehe ich keine Zukunft für mich», sagt der Spanier. Da die Baubranche am Boden liege, müsste er mit 43 Jahren eine Umschulung machen, um wenigstens die Chance auf einen neuen Job zu kriegen. Also bleibt er in der Schweiz – «so lange wie möglich», sagt Rodriguez. Ein Sparkonto bei der Credit Suisse hat er schon, denn das Vertrauen in die spanischen Geldhäuser habe er längst verloren. Die Sprache lernt er auf der Baustelle oder abends vor dem Computer, per Internet oder mit einem Kurs, den ihm die Personalvermittlungsfirma zur Verfügung gestellt hat. «Es fällt mir immer leichter, die Leute zu verstehen und einkaufen zu gehen», sagt Rodriguez auf Spanisch und schiebt als Beweis ein paar deutsche Wörter hinterher. «Je besser ich deutsch, desto besser ich verstehe Land.»

Und wie arbeiten die Spanier auf der Baustelle? «In ihrem ersten Winter erfrieren sie fast», sagt Stefan Kälin, Polier bei der Landis Bau AG in Zug. Er steht auf der Grossbaustelle Feldpark in Zug, wo ein Gewerbe- und Wohnzentrum entsteht. «Obwohl sie jetzt vor lauter Kälte den Pullover bis über die Nase gezogen haben, sorgen die Südländer für gute Stimmung», sagt



Stündlich neue Bewerbungen: Vermittler Yalcin.

Kälin und lacht. Anfangs hätten einige vielleicht Mühe mit dem Tempo, aber grundsätzlich würden sie fleissig und hart arbeiten. Als Eisenleger, Maurer, Schaler, Kranführer oder Handlanger. «Die haben alle einen Zacken drauf», sagt Kälin. «Das sind starke Leute, sonst wären sie nicht da. Oder sie wären längst wieder zurück.»

Von den rund sechzig Bauarbeitern, die an diesem Freitag im Einsatz stehen, komme je ein Drittel aus der Schweiz, aus Ex-Jugoslawien und aus Spanien/Portugal. Die Nationalität seiner Arbeiter sei ihm egal, sagt Kälin. «Mit

Beim ersten Zahltag haben sie vor Freude «die Welt fast nicht mehr verstanden».

em Pass han i nid gfrässe!», sage er jeweils den Temporärfirmen, wenn diese ihm neue ausländische Arbeiter anböten. «Entscheidend ist, ob sie anpacken!»

Mit Schweizern allein zu arbeiten, könne er sich gar nicht mehr vorstellen. Wichtig sei die Durchmischung, dass die Ausländer nicht in Grüppchen unterwegs seien, denn «nur so lernen sie Deutsch und können sich integrieren», sagt Kälin. Die wichtigsten Fachausdrücke und die Firmenkultur müssten sie von Anfang an

beherrschen. Den «Integrationstest auf Baustellenart» hätten seine ausländischen Mitarbeiter jedoch selber entwickelt: Je früher einer beim Mittagessen einen Cervelat auf den Grill lege, desto länger bleibe er in der Schweiz, laute die Regel.

Auch Kälin hat beobachtet, dass seit zwei Jahren immer mehr Spanier auf den Baustellen auftauchen – anstelle der Deutschen, deren Potenzial sich «offenbar erschöpft» habe. Auffallend sei, wie stolz sie auf ihre Heimat seien – trotz Krise. Gewinnt Real Madrid, kommen die Real-Fans mit dem Fan-Schal zur Arbeit. Gewinnt Barcelona, feiern die Katalanen. Obwohl es ihnen in der Schweiz gut gefalle, sie von der Ordnung und Sauberkeit im Land schwärmten, erlaubten sie sich manchmal zu «lästern». Dann müsse er ihnen Einhalt gebieten, sagt Kälin. «Wenn es euch hier nicht gefällt, geht ihr am besten wieder heim!», sage er dann jeweils im Spass.

«Cash auf die Krallen»

Kälin nennt seine Spanier «Glücksritter» – und er hilft ihnen, wo er nur kann. Bei Versicherungsabschlüssen oder wenn sie wieder einmal ein falsches Handy-Abo gelöst hätten. «Die verstehen ja nicht die Hälfte, was geschrieben steht», sagt der Polier lachend. Auch deshalb könne man nicht genug Druck machen, dass sie die Sprache lernten. Schliesslich seien alle ehrgeizig, sie wollten arbeiten und im Land bleiben – «also helfen wir ihnen, sich zu integrieren». Vor allem die Temporärangestellten legten sich ins Zeug, um Eindruck zu machen und eine Festanstellung zu kriegen. Da der Boom etwas nachgelassen habe in der Branche, seien die Firmen jedoch vorsichtig geworden mit der Einstellung von neuen Arbeitern. «Aber man kann sagen, was man will: Ohne Südländer funktioniert es im Baugewerbe nicht», sagt Kälin.

Es ist Freitagnachmittag, 17 Uhr, Francisco Javier Rodriguez Gamiz und seine spanischen Kollegen lassen sich vom Polier den Wochenrapport ausstellen und gehen damit zur Personalvermittlungsfirma von Aytac Yalcin, der ihnen den Lohn bezahlt. In einer Kolonne stehen sie an. «Cash auf die Krallen», sagt Yalcin. Die meisten wollten den Lohn bar auf die Hand gezahlt, nur ein Drittel lasse den Betrag aufs Konto auszahlen. «Nach einer Woche harter Arbeit nehmen sich einige einen Fünfiger raus und gehen damit in die Beiz», sagt Yalcin.

Rodriguez, der mit drei anderen Bauarbeitern aus Spanien in einer WG in Baar wohnt, kocht heute Abend zur Feier des Tages eine Paella. «In einer Woche nehme ich den Flieger zurück nach Spanien, um mit meiner Familie Weihnachten zu feiern», sagt Rodriguez. Yalcin meint, am besten komme er ein bisschen früher zurück aus den Ferien. «Dann kannst du hier in aller Ruhe dein Deutsch noch weiter verbessern.»

Der Benimm-Sonderfall

Der neue «Schweizer Knigge» regelt die Umgangsformen bis ins Ehebett hinein. Wer aber wissen will, was wahre Schweizer Galanterie bedeutet, der greife zum Original von 1933.
Von Rico Bandle



«Könnten Sie bitte nicht ...»

In der Schweiz läuft einiges anders als im umliegenden Ausland: Politiker fahren ohne Leibwächter Tram, das Volk lehnt per Abstimmung zusätzliche Ferien ab, und auch bei den Umgangsformen grenzt sich das Land gerne ab. «Höflichkeit ist eine Münze, die bei uns nicht hoch im Kurse steht», schrieb Adolf Guggenbühl unter dem Pseudonym Vinzenz Caviezel im Vorwort seines «Schweizerischen Knigge» von 1933. Jahrzehntelang war das vornehme goldene Büchlein der Leitfaden für gute Umgangsformen in der Schweiz – egal, ob in der Familie, bei der Arbeit oder bei Festen. Bis 2001 wurde es immer mal wieder ergänzt und aktualisiert. Jetzt, fast achtzig Jahre nach Erscheinen des ersten Schweizer «Breviers für zeitgemässe Umgangsformen» kommt ein völlig neuer «Schweizer Knigge» auf den Markt.

Was macht den Schweizer Benimm-Sonderfall aus? Für Christoph Stokar, Autor des neuen Bu-

ches, ist die fehlende aristokratische Vergangenheit des Landes massgebend: Der Schweizer mag keine pompösen Zeremonien, keine Titel, keine ausgeprägten Hierarchien. 1933 kam Adolf Guggenbühl, Mitbegründer des *Schweizer Spiegels* und Grossvater des Jugendpsychologen Allan Guggenbühl, zu einer ähnlichen Erkenntnis: «Man hat bei uns eingesehen, dass vieles, was in Frankreich oder Deutschland am Platz sein mag, für uns nicht passt, weil in unserer Demokratie ein familiärerer Ton zwischen Mensch und Mensch herrscht als in Ländern mit ursprünglich aristokratisch-höfischer Kultur.» Und er fragt: «Erklärt sich wohl die Widerwilligkeit vieler Eidgenossen, den Hut beim Grüßen zu lüften, aus der Bewunderung für Wilhelm Tell?»

Heute lüftet niemand mehr den Hut, erzwungene Formalitäten mögen die Schweizer aber noch immer nicht; dies zeigt sich auch dadurch, dass hierzulande auch bei der Arbeit

viel häufiger geduzt wird als in Deutschland. Für Stokar ist klar: «Schweizerinnen und Schweizer sind nicht für das Untertanentum geschaffen.» Direkt auf Konfrontation zu gehen, sei ebenso verpönt, wie zu starkes Lob auszusprechen: «Hinter einem ehrlich gemeinten Kompliment vermutet der Schweizer eine taktische Finte: Er reagiert mit Abwehr oder wird die Aussage schnell relativieren wollen.»

Wenn die Frau intelligenter ist

Dass man in der Schweiz Aufforderungen bevorzugt im Konjunktiv («Könnten Sie bitte nicht ...») und nicht in der Befehlsform ausspricht, darüber wurde im Zusammenhang mit der Einwanderungswelle aus Deutschland viel diskutiert – und auch im neuen Knigge ist dies ein Thema. Interessanter sind jene Fragen, die den Kern unseres Zusammenlebens betreffen: die Geschlechterbeziehungen. Adolph Freiherr

von Knigge, der Urvater aller deutschsprachigen Verhaltensratgeber, zeigte 1788 noch keinerlei Hemmungen, auf diffizile Paarkonstellationen aufmerksam zu machen. So sei es unvorteilhaft, wenn in einer Beziehung die Frau intelligenter sei als der Mann: «Frauenzimmer von vorzüglichen Geistesgaben handeln [...] wahrlich gegen ihren eigenen Vorteil und bereiten sich unangenehme Aussichten, wenn sie aus Herrschsucht sich dumme Männer wünschen oder wählen; die sichern Folgen davon sind Überdruß, verwirrte Haushaltung und Verachtung des Publikums für einen von beiden Teilen, und das heisst ja für beide Teile.» Dass Knigges Hinweis noch heute seine Berechtigung hat, zeigen die vielen beruflich erfolgreichen Frauen, die sich auf Internet-Partnerplattformen kleiner geben, als sie sind, um ihre Chancen bei der Partnersuche zu erhöhen. Solche gesellschaftspolitisch heiklen, aber doch spannenden Fragen lässt der neue Knigge aus.

Der alte «Schweizerische Knigge» wagt immerhin eine ziemlich unzimmerliche Charakterisierung des Schweizer Ehemannes: «Der Schweizer gilt, wahrscheinlich mit Recht, als guter Ehegatte. Aber Höflichkeit gegenüber seiner Frau ist nicht seine grösste Tugend. Er hat eine tiefgründige Abneigung gegen Galanterie und verwechselt Männlichkeit gern mit Rücksichtslosigkeit. Das Ideal des «Diwan-Pfusi-Pascha» ist weit verbreitet. «Dienen ist des Weibes schönstes Los», ruft er mit Schiller und lässt sich von seiner Gattin Zeitung und Pantoffeln bringen, als ob sie seine Sklavine wäre. «Zu Gegendiensten stets ungern bereit», lautet seine Devise.» Der Mann solle, wenn er schon nicht im Haushalt mithelfe, die Arbeit der Frau nicht als «selbstverständliche Pflicht» hinnehmen, so der Rat im Knigge von 1933.

Jedes Mal einen Orgasmus

Der aktuelle «Schweizer Knigge» definiert die Rolle des Mannes neu. Der Autor fordert zwar nicht eine absolute Gleichstellung – der Mann soll der Frau noch immer in den Mantel helfen –, aber eine «Verjüngungskur des Kavaliers»: «Weil dem Machotum hier und jetzt die Todesanzeige geschrieben und bei Trauerfeierlichkeiten seinem Imponiergehabe keine Träne nachgeweiht wird, plädiert der «Schweizer Knigge» für den aufgeklärten Mann, der die Mittel der Zuvorkommenheit intelligent, liebenswürdig und stilbewusst zum Vorteil aller einzusetzen versteht.»

Ein Knigge ist immer auch ein Gradmesser für die Befindlichkeit einer Gesellschaft: Dass in der neuen Version dem Mann in gänzlich unkniggehafter Ordinarssprache erklärt wird, wie er die Frau «jedes Mal»(!) zum Höhepunkt bringt oder dass eine Pro-Infirmis-konforme Anleitung zum Umgang mit Behinderten enthalten ist, wäre 1933 noch undenkbar gewesen. Dafür ging damals sittliches Verhalten über alles – zumindest in der Öffentlichkeit: «Wenn einer Frau das Taschentuch oder das Täschchen herunterfällt, so

soll sie das Aufheben ihrem Tischnachbarn überlassen; wenn sie sich gleichzeitig auch bückt, so sieht es aus, als ob die beiden sich zusammen unter dem Tisch verbergen wollen.»

Sosehr Benimmbücher den Zeitgeist widerspiegeln, so sehr tut dies auch die Kritik an ihnen. 1994 berichtete ein Journalist von dem «gelinden Schrecken», der ihn durchfuhr, als er Guggenbühls Büchlein durchgeblättert habe: Der Knigge sei Ausdruck des «Sexismus», der in der Schweizer Gesellschaft geherrscht habe, und – besonders empörend – der Autor nehme «den paschahaften Gatten schmunzelnd in Schutz». Die Zeitung, in der der Artikel erschien, hiess: *Die Weltwoche*.

Selbstverständlich findet man in dem alten Büchlein viele Regeln, die heute gänzlich antiquiert sind. Ein Beispiel: «Wird die Haushaltung ohne Dienstmädchen besorgt, so ist es selbstverständlich, dass die anwesenden weiblichen Gäste der Hausfrau mit dem Abtischen helfen.» Vieles tönt zwar altertümlich – und doch erkennt man sich oder andere darin wieder. So heisst es, an die Frau gerichtet: «Versuchen Sie nicht, Ihren Mann am Erzählen eines Witzes zu verhindern, nur weil Sie diesen

«Der Schweizer Ehemann lässt sich von seiner Gattin Zeitung und Pantoffeln bringen.»

Witz schon zum 30. Male gehört haben.» Oder: «Verhindern Sie Ihren Mann nicht, Anekdoten zu erzählen, in denen er der Held ist.» Man muss ziemlich verbiestert sein, um bei solchen humoristischen Seitenhieben gegen die Männerwelt Frauenfeindlichkeit zu orten.

In der Schweiz, wo man alles dafür tut, die verbale «Kavallerie im Stall» zu lassen (Stokar), ist der Umgang in missliebigen Situationen besonders delikat. Der alte «Schweizerische Knigge» konzentriert sich denn auch in erster Linie darauf, wie man unliebsame Situationen präventiv umgehen kann. Schweizer Konfliktmanagement heisst: Man lässt es gar nicht erst zum Konflikt kommen. Im Alltag bedeutet das zum Beispiel: «Grüssen Sie nie einen Bekannten, den Sie in einer kompromittierenden Situation sehen, er wird sonst Ihr Todfeind. Sehen Sie die Gattin Ihres Freundes mit einem jungen Herrn in der Halle des «Carlton»-Hotels, so ist es besser, Sie sehen sie nicht. Auf jeden Fall grüssen Sie nicht mit verschmitztem Lächeln. Vielleicht ist die Zusammenkunft der beiden harmloser Natur, und dann wird Ihnen Ihr Lächeln mit Recht übelgenommen. Vielleicht ist sie nicht harmlos, und dann wird Ihr Lächeln noch übler genommen.»

Guggenbühl zeigt auf, wie man dem Gastgeber die Peinlichkeit erspart, einen zum Gehen auffordern zu müssen («Bleiben Sie nicht zu lange. [...] Auch der Besucher, der nach dem Abendessen kommt, um ein paar gemütliche

Stunden zu erleben, sollte lieber früh als zu spät das gastliche Haus verlassen»). Oder wie man Beleidigungen galant entgegentritt («Die beste Waffe Unhöflichkeiten gegenüber ist zweifellos der Witz»).

Subversiv im Kern

Im alten «Schweizer Knigge» ist noch die Haltung und der Takt im Umgang mit Menschen zentral: Wie vermeide ich unangenehme oder peinliche Situationen, wie bewahre ich meinen Stolz, wie verhindert man in einer Gesellschaft Langeweile. Die Etikette ist zwar auch wichtig, doch gehört sie wie selbstverständlich dazu. Im neuen Knigge sind die Anweisungen technischer: Wie kleidet man sich passend für einen Anlass, wie geht Smalltalk, was gehört auf Facebook und was nicht. Als Gebrauchsanleitung erfüllt Stokars «Schweizer Knigge» durchaus seinen Zweck, auch vermag er die hiesigen Eigenheiten in einigen Bereichen durchaus treffend und humorvoll zu beschreiben. Ein schwerer Fauxpas ist allerdings, dass das Benimmbuch so hässlich gestaltet ist, dass man die Herausgeber selbst in einen Stilkurs schicken möchte.

Der alte, goldene «Schweizerische Knigge» entspricht in seiner ganzen Aufmachung viel mehr der Charakteristik des Landes: Was bieder daherkommt, ist im Kern subversiv. Immer mal wieder kommt Guggenbühls rebellischer Geist an die Oberfläche, zum Beispiel, wenn er die Theatergänger dazu auffordert, bei schlechten Vorstellungen ihr Unbehagen durch Pfeifen kundzutun: «Unser Publikum lässt sich die jämmerlichste Darbietung gefallen, ohne zu mucksen. [...] Der Theaterbesucher wird immer mehr zum Schaf, das blökend hinnimmt, was man ihm vorsetzt.»

Am Schluss plädiert der Benimm-Meister Guggenbühl gar für den Faustkampf: «Die meisten Männer der sogenannten gebildeten Schichten sind körperlichen Auseinandersetzungen nicht gewachsen. Ich halte das für einen grossen Fehler.» Denn, so Guggenbühl: «In der Praxis gibt es einfach Fälle, in denen die Pflicht eines Mannes erheischt, seine Ehre mit der Faust zu verteidigen.» Er scheint sich durchaus bewusst, dass er damit einen Teil der Leserschaft vor den Kopf stossen könnte. Dessen Kritik nimmt er elegant vorweg: «Daraus ergibt sich die paradoxe Situation, dass dieses Büchlein über zeitgemässe Umgangsformen mit dem Rat an die Leser schliesst, sich besser für Faustkämpfe vorzubereiten.»



Christoph Stokar: Der Schweizer Knigge. Was gilt heute? Beobachter. 224 S., Fr. 32.–

Adolf Guggenbühl: Der Schweizerische Knigge. Ein Brevier für zeitgemässe Umgangsformen. Schweizer Spiegel, ab 1933 (Antiquarisch erhältlich).



Es gehe um «Sensibilisierung» der Kinder.

Ökologische Korrektheit für Kinder

Im Rahmen des Projekts «Klimapioniere» übernehmen staatlich besoldete Aktivisten den Schulunterricht, um angeblich umweltschonende Verhaltensweisen zu lehren. Wasserverbrauch, Autofahren und Fleischkonsum gelten als politisch besonders unerwünscht. *Von Alex Reichmuth*

In der Wüstenstadt Doha ringt die Staatengemeinschaft derzeit einmal mehr um ein Klimaabkommen. Niemand hat wirklich eine Ahnung, wie es gelingen soll, einen internationalen Vertrag zur Senkung des CO₂-Ausstosses zustande zu bringen. Tausende Schweizer Schulkinder sind da weiter: Ihnen hat man schon gesagt, wie man angeblich das Klima retten kann – anlässlich der Aktion «Klimapioniere».

«Vom Kindergarten bis in die Oberstufe»
«Klimapioniere» läuft seit 2010. Die Aktion wurde auf Initiative von Swisscom gestartet, mit Unterstützung der Klimaschutzorganisation Myclimate und des Projekts «Solar Impulse» von Flugpionier Bertrand Piccard. Ziel ist es, «Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen, dass sie selbst aktiv werden können und dadurch einen wichtigen Beitrag zum Kli-

maschutz leisten», wie es in einer Broschüre heisst. Schulklassen «vom Kindergarten bis in die Oberstufe» werde die Möglichkeit geboten, «eigene Klimaschutzprojekte zu realisieren». Auftakt zu solchem Tun könne eine «kostenlose Impulslektion» sein.

Zehn Uhr morgens im zürcherischen Illnau. 25 Viertklässler sitzen im Kreis. «Ich hoffe, dass ihr nach dieser Lektion Klimapioniere werden wollt», formuliert Karin Spori die Erwartungen an die Zehnjährigen gleich zu Beginn. Spori vertritt Myclimate und hat in der Deutschschweiz schon über hundert Impulslektionen gehalten – jeweils auf Wunsch der Klassenlehrer. Sie erklärt den Schülern zuerst Grundbegriffe wie Klima, CO₂ und Treibhauseffekt. Zu viele Klimagase von Autos, Flugzeugen und Heizungen sind schlecht, lernen die Kinder – weil es auf der Erde zu warm wird. Ein Knabe hat einen Ein-

wand: «Aber wenn es im Winter mehr CO₂ hat und etwas weniger kalt ist, ist das doch gut», sagt er. Spori geht kaum darauf ein. Zu wichtig sind die Botschaften, die in der Doppellektion noch vermittelt werden sollen.

CO₂-Produktion unter einem Zelttuch

Die Klasse verschwindet unter einem bunten Zelttuch. Darunter mischt Karin Spori Essig und Backpulver zusammen, was CO₂ erzeugt. Es sprudelt aus einer Flasche, und eine Flamme erlischt mangels Sauerstoff. Wegen der zurückgehaltenen Körperwärme steigt auch die Temperatur unter dem Tuch. «Seht ihr, es ist nicht angenehm, wenn es zu warm wird», sagt Karin Spori.

Die Myclimate-Vertreterin kommt nun auf die Folgen der Erderwärmung zu sprechen. Diese seien ausnahmslos negativer Art: Trockenheit greife um sich, Wälder brennten nie-

der, das Eis schmelze, und der Meeresspiegel steige. «Holland ist in Gefahr», hören die Schüler. Dass im Zug der Erderwärmung Wirbelstürme wahrscheinlicher werden, wie Spori ebenfalls anführt, ist wissenschaftlich zwar nicht belegt. Doch solche Details spielen an diesem Vormittag keine Rolle.

«Was kann man gegen den Klimawandel tun?», fragt Karin Spori die Primarschüler. «Weniger fernsehen und weniger den Computer benutzen», antwortet ein Mädchen. Alle nicken. Die weiteren Tipps sind schnell beisammen: den Zug statt das Auto benutzen (oder das Elektroauto – «aber nur, wenn es mit erneuerbarem Strom angetrieben ist»). Elektronische Geräte immer ganz ausschalten. Bäume pflanzen. Weniger heizen. Weniger Fleisch essen. «Alle Leute müssen mithelfen, dann kann es wieder besser werden», sagt Spori.

Zum Abschluss bekommen die Kleinen eine Video-Grussbotschaft der Solar-Impulse-Piloten Bertrand Piccard und André Borschberg zu sehen, der Paten der Aktion «Klimapioniere». («Das sind Pioniere wie ihr.») Die beiden wollen 2015 mit einem Solarflugzeug die Welt umrunden. Aufgrund der Botschaft nehmen die Viertklässler wohl an, man könne in der Passagierluftfahrt bald schon ohne fossile Treibstoffe auskommen – was auf absehbare Zeit aber eine Illusion bleibt.

Klimafreundliches Mittagessen

Es gehe bei der Impulslektion um «Sensibilisierung» der Kinder sowie darum, bei ihnen «ein Bewusstsein für das Klimaproblem zu schaffen», sagt Karin Spori dem *Weltwoche*-Reporter. «Klima ist ein wichtiges Thema, für das die Kinder schnell zu begeistern sind», sagt Patrizia von Allmen, die Lehrerin der Viertklässler in Illnau. Wie andere Klassenlehrer beabsichtigt auch von Allmen, nach Abschluss der Impulslektion zusammen mit ihren Schülern bald ein Projekt im Rahmen der Aktion «Klimapioniere» zu starten. Was es sein wird, ist noch offen.

An Vorschlägen und Beispielen, was im Klassenverband für das Klima zu tun ist, mangelt es jedenfalls nicht. Die Website von «Klimapioniere» hält eine Menge an Ideen bereit.

Zahlreiche Schulklassen berichten hier über ihre Projekte. Fünftklässler aus Oerlikon etwa haben zusammen mit Profiköchen ein «klimafreundliches Mittagessen» für Gäste zubereitet. Motto: vegetarisch, saisongerecht, Zutaten aus der Region. Also wurde «Petersilienwurzel-suppe und Gemüserisotto mit Rotkraut und Lauch» serviert. Wassersparen ist eine weitere Projektidee. «Die Klasse singt an einem eigenen Stand im Dorf oder der Stadt Lieder und kauft mit dem eingenommenen Geld Wassersparsets, welche sie bei den Nachbarn installiert», lautet ein Vorschlag auf der Website. Eine Klasse aus Bern hat in ihrem Schulhaus Info-Plakate aufgehängt, um zum Wassersparen zu animieren. Dass es in der Schweiz überhaupt nicht an Wasser mangelt, spielt keine Rolle.

Schon die DDR setzte auf «Pioniere»

Schüler aus dem bernischen Studen haben einen Einkaufsdienst für die Dorfbewohner

«Klima ist ein wichtiges Thema, für das die Kinder schnell zu begeistern sind.»

aufgezogen. Ziel: Autofahrten vermeiden. Ähnliches kündigt eine fünfte Klasse aus dem sankt-gallischen Jona an: Sie will einen «Recycling-Service per Fahrrad» anbieten. Auf Recycling setzen auch Schüler aus dem luzernischen Gettnau und haben das Projekt «Stifte stiften Sinn» ins Leben gerufen. Sie sammeln alte Filzstifte und schicken sie zur Wiederverwertung an eine Firma. «Daraus werden wieder Plastikprodukte hergestellt, zum Beispiel Güselkübel», erfährt man.

Ebenfalls in Gettnau haben Zweit- und Drittklässler eine «Standaktion für weniger Fettwiesen» durchgeführt. Passanten sollten ermutigt werden, «selber Blumenwiesen zu pflanzen, wie wir es gemacht haben». Was hat das mit dem Klima zu tun? Die Erklärung: «Fettwiesen brauchen sehr viel Dünger, der in der Erde zu Lachgas abgebaut wird.» Und Lachgas sei ein ungleich stärkeres Klimagas als CO₂. Andere Kinder haben ein «Klimatheater»

aufgeführt, sind als «Klimadetektive» unterwegs, sammeln «Klimapunkte» oder haben an einem «Klimafest» teilgenommen.

Laut Website wurden schon 6330 Schüler und Schülerinnen als «Klimapioniere» ausgezeichnet. Im Rahmen von 276 Projekten haben sie angeblich für die Einsparung von etwas über 180 Tonnen CO₂ gesorgt. Ansonsten geizen die Verantwortlichen mit Informationen. Wie gross der finanzielle und personelle Aufwand für die Aktion ist, bleibt ein Geheimnis. Nur so viel: «Klimapioniere» steht zwar unter dem Patronat des Bundesamts für Umwelt. Alles Geld kommt aber von Swisscom. Diese betrachtet die Finanzierung der Aktion als Teil ihres «breiten Engagements für Umwelt und Gesellschaft».

Die Durchführung der Veranstaltungen untersteht hingegen ausschliesslich Myclimate. Kathrin Dellantonio von Myclimate weist den Verdacht der politischen Einmischung in die Schulstuben zurück. «Es sind die Schulen beziehungsweise einzelne Lehrer, die, wenn sie wollen, das Angebot nutzen können», schreibt sie. Das grosse Interesse an «Klimapioniere» weise auf ein Bedürfnis hin, «das offenbar im Rahmen der normalen Schulhalte nicht gedeckt werden kann».

Die Aktion «Klimapioniere» erinnert an die Jugendorganisation «Jungpioniere» in der ehemaligen DDR – nicht nur dem Namen nach. Bei den Jungpionieren waren Schüler im Alter von sechs bis neun Jahren organisiert. Die Kinder legten bei der Aufnahme das Versprechen ab, «ein guter Jungpionier zu sein» und nach den Geboten der Organisation zu handeln. «Wir Jungpioniere lieben unsere Deutsche Demokratische Republik», hiess ein Gebot. «Wir Jungpioniere lernen fleissig, sind ordentlich und diszipliniert», lautete ein anderes. Regelmässig sammelten die Jungpioniere zum Beispiel sogenannten Altstoff und lieferten ihn in speziellen Sammelstellen ab. Im Rahmen der DDR-Jugendorganisation wurden Lieder gesungen, Fahnen gehisst und Embleme mit der Aufschrift «Seid bereit» zur Schau getragen. Kindliche Begeisterung in politisch gewünschte Bahnen zu lenken, ist keine schweizerische Erfindung. ○

“ES GIBT ZEITEN, IN DENEN SCHWEIGEN
EINEN ZUM KOMPLIZEN DES UNRECHTS
MACHT” - Ayaan Hirsi Ali



Unterstützen Sie die
Initiative für Pressefreiheit
www.pressefreiheit.biz



Die Rache der Geografie

Die Welt sei kein globales Dorf, sagt der Autor Robert D. Kaplan. Die Überwindung von Distanzen durch moderne Technologie schüre gefährliche Illusionen. Nicht der Mensch, sondern die Geografie sei der Schlüsselfaktor der Geopolitik. *Von Urs Gehriger und John Stanmeyer (Bild)*

Warum sind die Menschen in Afrika so arm? Welches ist der Schlüssel zum Reichtum? Solche Fragen beschäftigen Forscher seit Jahrzehnten. Weder Klima noch Kultur, noch fehlendes Know-how oder Mangel an Rohstoffen seien dafür verantwortlich, sagte der Harvard-Ökonom James Robinson in der letzten Ausgabe der *Weltwoche*. Einzig Politik und die Qualität von Institutionen würden über Reichtum und Armut entscheiden. So lautet auch die These des Buches «Why Nations Fail», das Robinson mit Daron Acemoglu verfasst hat und das in der Gelehrtenwelt als Meisterwerk gefeiert wird.

Robert D. Kaplan tritt dieser These mit Vehemenz entgegen. Nichts sei für den Erfolg von Nationen und den Gang der Geschichte entscheidender als die Geografie, schreibt der politische Analyst aus Massachusetts in seinem neusten Werk, «The Revenge of Geography». Kaplan, 60, ist kein Schreibtischstrategist. In der Tradition des antiken Reisegelehrten Herodot erwirbt und prüft er sein Wissen im Feld. «Ein guter Ort, um die Gegenwart zu verstehen und Fragen über die Zukunft zu stellen, ist auf dem Boden», sagt Kaplan, «indem man so langsam wie möglich reist.»

Als Kaplan vor 35 Jahren mit dem Reisen begann, hatte er tausend Dollar in der Tasche, keinen Job und kein Rückflugbillet. Seine Exkursionen führten ihn an die verwüsteten Plätze dieser Welt. Als einer der Ersten prognostizierte er die ethnischen Konflikte in der Dritten Welt. Als in Berlin die Mauer fiel, war er im Kosovo weit weg von der vorherrschenden weltpolitischen Euphorie. Damals entstand sein erster Bestseller, «Balkan Ghosts». Die Lektüre soll US-Präsident Clinton davon abgehalten haben, Streitkräfte auf den Balkan zu entsenden. Seit zwei Jahrzehnten beeinflusst Kaplan mit seinem erbarmungslosen Realismus die amerikanischen Entscheidungsträger, Geheimdienste und Generalität.

Herr Kaplan, der Titel Ihres Buches liest sich wie ein Thriller: «The Revenge of Geography». Wer hat die Geografie derart misshandelt, dass sie auf Rache sinnt?

Politikwissenschaftler, Globalisten, Kosmopoliten haben die Illusion geschaffen, die Welt werde immer kleiner und habe sich immer mehr vereinigt und sei nunmehr ein globales Dorf. Die Disziplin der Geografie wurde zurückgestuft. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben andere Kräfte sie

verdrängt. Das Gefühl, man habe die Geografie überwunden, hat verhängnisvolle Formen angenommen. In Afghanistan und im Irak zum Beispiel mussten die US-Streitkräfte lernen, dass sich selbst mit modernster Technologie ein Land nicht beherrschen lässt. Das Gesicht der Erde hat sich somit in gewisser Weise gerächt. Indem die USA die Geografie ignorierten oder verneinten, scheiterten sie auf dem Boden der Realität.

Sie schreiben: «Der Ort auf der Karte ist das Erste, was einen Staat definiert, mehr als die jeweilige Philosophie oder Politik.» Warum ist die Geografie so wichtig für die Identität eines Staates?

Der Ort definiert Beschränkungen und Möglichkeiten eines Landes. Grossbritannien ist eine grosse Insel. Es konnte sich während Jahrhunderten in relativer Sicherheit entwickeln, dies ist einer der Gründe, warum sich eine solide Demokratie etablierte. Oder schauen Sie auf die Karte der USA. Schauen Sie. Im Nordosten sind die USA voller Buchten und Häfen. Dies ist einer der Gründe, warum die dreizehn Kolonien prosperieren konnten.

«Wer sagt, Menschen seien nicht von der Landschaft geprägt, leugnet ihre Identität.»

Schauen Sie auf die gesamte Küstenlinie Afrikas – sie ist so riesig, hat aber relativ wenig natürliche Häfen, was die Entwicklung des Kontinents behinderte. Dagegen haben die Niederlande im Nordwesten Europas einen facettenreichen und geschützten Meereszugang, haben Direktzugang zu den Handelsrouten über den Atlantik. Mit anderen Worten: Nicht alle Staaten wurden mit denselben Möglichkeiten geboren.

In dem Bestseller «Why Nations Fail» erteilten Daron Acemoglu und James Robinson Ihrer These eine harsche Absage. Nicht die Geografie, sondern Institutionen seien die prägende Kraft von heute.

Das ist eine Idee, die Eliten anspricht. Eliten geben vor, Antworten auf jede Frage und Lösungen für jedes Problem zu kennen. Wenn wir bloss die richtigen Institutionen hätten, den richtigen Finanzminister, die richtige Regierung, dann könnten wir Sierra Leone in die Schweiz verwandeln et cetera. Das stimmt in der Theorie, aber nicht in der richtigen Welt. Nehmen wir Griechenland. Ich vertrete

die Meinung, dass es kein Zufall ist, dass das Land mit der schwächsten Wirtschaftsleistung in der EU ausgerechnet im Südosten Europas liegt. Die griechische Tragödie ist nicht bloss eine Frage der Institutionen.

Wollen Sie damit sagen, Griechenland – die Grossmacht der Antike – verdanke den ökonomischen Absturz seinem Ort auf der Landkarte?

Griechenland ist ein Kind von byzantinischer und türkischer Despotie, was ein Wesensmerkmal seiner Geografie ist. Und weil es ein Kind von byzantinischer und türkischer Despotie ist, hat es schwächere Institutionen als die Länder Nordeuropas, welche Produkte von Karl dem Grossen, den Habsburgern, dem Calvinismus, den Preussen sind. Drei Viertel der griechischen Unternehmen sind Familienbetriebe. Es gibt keine Möglichkeit für Meritokratie. Es sind nicht einfach schwache Institutionen, die an der Misere schuld sind. Die Geografie prägt die Kultur und die Menschen. Griechenland steht historisch unter dem Einfluss anderer Imperien als die Länder Mittel- und Nordeuropas.

Norwegen baut Ölressourcen ab, diversifiziert aber gleichzeitig seine Wirtschaft. Derweil ist Saudi-Arabien einseitig auf seine Ölressourcen fixiert. Hat das nicht mit den Institutionen und der Art der Regierung zu tun?

Hier haben wir es mit zwei grundverschiedenen Nationalcharakteren zu tun. Nationalcharaktere sind kulturelle Merkmale. Kultur ist die Erfahrung einer bestimmten Gruppe an einem bestimmten Ort, die ihre Identität während Hunderten von Jahren entwickelt hat. Wer sagt, die Menschen seien nicht von der Landschaft geprägt, leugnet ihre Identität. Was uns als Nationen ausmacht, sind nicht bloss die Entscheide, die Eliten treffen. Die Umwelt hat einen grossen Einfluss. Sie wirkt sogar physisch: Klima, Beschaffenheit des Landes sind ausschlaggebend für die Schweizer Armee. Ohne Referenz auf die Berge, welche die Mentalität der Menschen prägen, könnte man den Wehrwillen der Schweiz nicht erklären.

In der Tat war die Lage am Fuss der Alpen zentraler Faktor für die Gründung der Eidgenossenschaft. Doch das geografische Bollwerk Alpen scheint durch moderne Transportmittel an Bedeutung zu verlieren. Mindestens so wichtig ist doch, wie unsere Regierung und unsere Institutionen die Geschehnisse der Politik lenken. >>>



«Ohne Referenz auf die Berge könnte man den Wehrwillen der Schweiz nicht verstehen»: Realist Kaplan.

Ich behaupte nicht, dass Geografie eine unüberwindbare Kraft ist. Um sie jedoch zu überwinden, müssen wir zuerst realisieren, wie formbar sie ist. Ich plädiere auch nicht für den Primat der Geografie, sondern dass man die Geografie wieder in den Kanon der entscheidenden Faktoren aufnimmt. Die Geografie ist so wesentlich und fundamental, dass man sie für selbstverständlich nimmt. Taiwan beispielsweise ist immer noch de facto unabhängig. Warum?

Aufgrund einer Mischung aus Glück und Geschick.

Nicht wegen des Kapitalismus, nicht wegen Taten von Männern, sondern wegen der Geografie. Weil es hundert Meilen von Festlandchina entfernt ist. Wenn es bloss zwanzig Meilen – wie England vom Kontinent – entfernt läge, hätten Maos Truppen Taiwan bereits Ende der 1940er Jahre erobert. Man findet solche Beispiele rund um die Welt. Natürlich haben die globale elektronische Kommunikation und moderne Transportmittel ihren Einfluss, sie machen die Welt «kleiner», noch beengender. Die Welt ist voll mit immer mehr Menschen, und die Distanzen sind geschrumpft. Doch dies schmälert die Macht der Geografie in keiner Weise, im Gegenteil: Die Moderne macht sie noch wichtiger.

Nun übertreiben Sie! Dank GPS navigieren wir elegant durch Strassen, finden auf idealem Weg effizient und schnell zum Ziel. Haben Sie noch nie mit Hilfe eines GPS die Geografie überlistet?

Ich liebe diese Frage. Natürlich nutze ich GPS, meine Frau auch, jedes Mal, wenn sie ins Auto steigt. Doch ein GPS ist sehr tückisch, denn man vertraut auf etwas, was grundsätzlich anfällig ist. Was, wenn ein Satellit eine Störung hat? Was, wenn ein Terrornetzwerk einen Satelliten stört oder ausschaltet? Dann wären wir noch orientierungsloser als zuvor. Karten und die Kartografie zu ignorieren, ist gefährlich. Du bist total von der Technologie abhängig bei etwas, was du mit ein wenig Geschick auch selbst meistern kannst. Die Naval Academy in Annapolis, Maryland, wo ich zwei Jahre lang unterrichtete, hat mir gezeigt: Gute Matrosen können im Notfall noch heute ohne viel Technik ihren Weg finden. Sie lernen, mit Hilfe der Sterne zu navigieren.

Gleichzeitig jagen US-Drohnen via GPS Terroristen bis in den hintersten Winkel des Hindukusch. Was ist denn das, wenn nicht ein Triumph des Hightech über die Geografie?

Vor einigen Jahren habe ich eine Einheit der US Special Forces in Südalgerien, mitten in der Sahara, besucht. Sie trafen Kämpfer der Tuareg-Stämme. Ein Elitesoldat sagte mir: «Einen Tuareg zu kennen, ist wichtiger, als

ein GPS zu besitzen, denn die Tuareg kennen die Wüste besser als irgendein GPS-Gerät.» GPS gibt ein falsches Gefühl der Macht. Das GPS findet einen Punkt in der Landschaft, doch es versteht die Leute nicht, welche von dieser Landschaft geprägt werden. Und wenn man weder Terrain noch Leute, noch Sprache kennt, kann man keine Kriege gewinnen und keine politischen Erfolge erzielen.

Der Untertitel Ihres Buches würde auf Deutsch lauten: «Was uns die Karte über kommende Konflikte lehrt». Herkömmliche Karten bilden jedoch vorwiegend die Landschaft ab. Wie wollen Sie daraus etwas über Mentalität und die Sitten der Völker ablesen?

Ich plädiere für eine Geografie im Sinne des 19. Jahrhunderts. Damals bedeutete Geogra-

«Norwegen könnte dereinst eine grosse Macht werden, zum König der Arktis aufsteigen.»

fie nicht bloss, einen Blick auf die Karte zu werfen. Es ging auch um die natürlichen Ressourcen unter der Erde, die Menschen und ethnischen Gruppen auf dem Boden, darum, wie Berge oder Wüsten eine Gruppe sprachlich von der anderen trennten. Mit anderen Worten: Die Karte ist der Anfang, um das gesamte menschliche Terrain zu verstehen.

Machen wir die Probe aufs Exempel. Was lehrt uns die Geografie Russlands über die Russen?

Russland erstreckt sich über die Hälfte der Längengrade des Globus, hat aber kaum natürliche Häfen. Und sein Territorium ist offen, bietet Angriffsfläche und Raum für Invasionen. Dies trägt zu Russlands unsicherem und argwöhnischem Nationalcharakter bei.

Kann man damit die Hardliner-Position Präsident Putins erklären?

Die westlichen Medien lieben es, Putin zu hassen, weil er nicht in ihren Garten passt. Aber was man in Putin sehen sollte, ist nicht ein Totalitärer, sondern bloss ein normaler, russischer Nullachtfünfzehn-Halbdiktator, dessen zynischer Neoimperialismus die Folge ist von einer abgrundtiefen geografischen Unsicherheit. Putin blickt nach Europa und sieht, was die Zaren und Sowjetführer vor ihm gesehen hatten: eine Invasionsroute ins eigene Land. Deshalb will er Pufferstaaten, genau gleich wie es die kommunistischen Herrscher vor ihm gewollt hatten. Er hat den Kollaps des Warschauer Paktes bis heute nicht akzeptiert. Putin will einen überwältigenden Einfluss auf die baltischen Staaten, Weissrussland, die Ukraine, den Kaukasus und Zentralasien ausüben. Er versucht dies über Gaspipelines, kriminelle Gruppierungen und mit Cyberangriffen zu tun. Putin denkt wie ein traditioneller russischer Herr-

scher, weil Russland auf den meisten Seiten offen ist. Russland ist eine grosse Landmacht ohne natürliche Grenzen, und Landmächte sind besonders unsicher. Es fehlt ihnen die Sicherheit der Seemächte, welche durch Ozeane geschützt sind.

Der antike Geograf Herodot, schreiben Sie im Buch, stehe für die Sensibilität, die wir wieder erlangen müssten, um nicht zu sehr überrumpelt zu werden von der Welt von morgen. Wagen wir einen Blick in die Zukunft. Wo wird die Geografie die Welt am stärksten beeinflussen?

In China. Heute fokussiert man zu sehr auf den Iran und auf die Frage, ob das Land Nuklearwaffen bauen werde. Ich interessiere mich mehr für die innenpolitische Richtung Chinas. Es wird die Weltwirtschaft und den Handel mehr beeinflussen als ein anderes Land im Nahen Osten. Die Geografie Chinas zeigt, dass das Regime gute Möglichkeiten hat, um in den russischen Fernen Osten zu expandieren und nach Zentralasien, indem es Eisenbahnen und Pipelines baut. Aber die Geografie Chinas ist auch mühsam und beengend für das Regime. Denn entlang der Grenzen Chinas und in der Inneren Mongolei, in der Provinz Xinjiang und in Tibet leben nichtchinesische Minoritäten wie Tibetaner, Uiguren oder Mongolen. In jedem Liberalisierungsszenario für China gehen von diesen Gruppen Aufstände aus. Ich nehme Chinas innere Stabilität nicht für selbstverständlich, vor allem wegen seiner Geografie.

Sie sagten eben, die Welt fokussiere heute zu sehr auf den Iran. Gleichzeitig widmen Sie dem Land in Ihrem Buch viel Platz und bezeichnen es als «die erste Supermacht der Antike». Was bedeutet diese Erbschaft für die Position des Iran heute?

Der heutige Iran ist seit der Antike durch seine Geografie, das iranische Plateau, definiert. Dies ist eine Seltenheit. Saudi-Arabien zum Beispiel teilt die Arabische Halbinsel mit einer Handvoll anderer Staaten. Der Iran wird bemerkenswerte Umbrüche erleben. Aber aufgrund seiner Geografie wird es immer einen iranischen Staat geben. Dagegen bin ich nicht überzeugt, dass sich Syrien und der Irak sehr lange halten werden. Im Norden grenzt der Iran an das Kaspische Meer mit riesigen Öl- und Gasreservoirs. Im Süden blickt er auf den Persischen Golf mit seinen strategischen Seewegen. Im Norden und Osten sind ihm alle Wege offen nach Zentralasien. Kein anderer Staat im Nahen Osten hat eine ähnlich komfortable Position. Aus dieser Zentrallage haben sich über die letzten 3000 Jahre grosse Kulturen und Imperien entwickelt, von den Medern, den Achämeniden, den Parthern bis zu den Sassaniden.

Wie passt der aktuelle Gottesstaat in dieses von Blüten verzierte Bild?

Das Problem mit den Ajatollahs heute ist: Während früher kulturell ein offener Geist herrschte, regieren sie im Innern repressiv und vernachlässigen das geistige Erbe. Der Widerspruch zur Tradition ist immens; sie werden sich nicht ewig halten können. Aber noch machen sie ihren Einfluss in der Region mittels Finanzierung von Selbstmordattentätern und Terroristen geltend, von Afghanistan bis zum Libanon und Gazastreifen.

Durch Bewaffnung der Hamas, meinen Sie, welche aus dem Gazastreifen jüngst wochenlang Israel unter Beschuss nahm?

Zwischen Israeli und Palästinensern tobt ein Kampf um Raum. Israel ist dort enorm eng. Es ist eine der Regionen, in denen die Geografie die Politik am intensivsten prägt. Weitere Brennpunkte sind der westliche Pazifik, das Südchinesische Meer und das Japanische Meer. Diese drei Arenen sind heftig umkämpft. Das Ringen um Macht in diesen Gewässern wird das Gesicht in Ostasien verändern. Auch dort hat das alles nichts mit Institutionen zu tun oder moralischer Philosophie. Es ist ein nackter Kampf um den Platz auf der Karte. **Geografie wird von vielen oft als Wissenschaft des Landes wahrgenommen ...**

... in Wirklichkeit dehnt sie sich in den «blauen» Bereich aus, in die Seen und Weltmeere.

Auf einen Schlag wurde dies 2007 deutlich, als russische U-Boote unter dem Eis zum Nordpol vorstießen und eine Nationalflagge in den Meeresboden pflanzten, um ihren Anspruch auf die Ressourcen an diesem fernen Ort zu betonen.

Kein Quadratmeter des Globus, sei er noch so abgelegen, ist bedeutungslos. Globalisierung handelt vom Transfer von Waren. Neunzig Prozent des gesamten Warenaus-

tausches finden über die Meere statt, nicht in Flugzeugen. Wer Ressourcen unter dem Meeresspiegel fördern kann, hat einen grossen Vorteil. Wer die Meeresverbindungen kontrolliert, wird entscheidend sein für die Entwicklung in diesem Jahrhundert.

Welche Zukunft sehen Sie für die USA?

Die Amerikaner sehen sich wegen ihrer Demokratie und erfolgreichen Geschichte als grosse Zivilisation. Ich meine, die Amerikaner sind ein grosses Volk wegen des Orts, wo sie leben: des letzten grossen, ressourcenreichen Teils der gemässigten Klimazone, mit riesigen Wasserstrassen, die – anders als in Russland – den Kontinent von Ost nach West verbinden. Das einzige Problem, das die USA mit ihrer Geografie haben, liegt im Süden. Die Grenze zu Lateinamerika, eine Grenze zwischen Erster und Dritter Welt, ist ziemlich künstlich.

Es scheint, dass Samuel Huntington recht hatte, als er schrieb: «Die mexikanische Immigration führt zu einer demografischen Reconquista in Gegenden, welche die USA von Mexiko im frühen 19. Jahrhundert mit Gewalt erobert haben.»

Das Fehlen einer natürlichen geografischen Grenze im Süden wird die USA nachhaltig verändern. In diesem Jahrhundert werden sich US-Amerikaner zu einem Polynesisch-«cum mestizo»-Volk wandeln. Amerika wird keine weisse Nation, sondern dunkel gefärbt sein, eine Nation, bestehend aus Mischlingsinseln.

Was geschieht mit der Hegemonialrolle der USA? Muss sich die Nation auf einen sukzessiven Rückzug aus der Weltgeschichte vorbereiten?

Sie muss sich damit abfinden, dass sie die grossen Machtpositionen nicht halten kann. Nichts hält für immer. Amerika kann nicht dauernd den Weltpolizisten spielen. Die USA müssen sich und die Welt auf eine post-

amerikanische Ära vorbereiten. Das heisst, sie müssen Gleichgesinnte dazu bringen, die Last mitzutragen, sowohl militärisch als auch politisch.

Welches werden die globalen Konsequenzen sein?

Wir sehen bereits einen Wandel. Mit der Schwächung der EU wird die Geopolitik zurück nach Europa kommen. Russland ist in einer stärkeren Position als vor zehn Jahren. Aber das wird die USA in der Zukunft nicht sehr beschäftigen, sie werden ihre Kräfte auf den Pazifik und den Nahen Osten konzentrieren, sie werden Europa nicht mehr zu Hilfe eilen. Europa muss mit seinen Problemen selbst fertig werden. Amerika kann nicht überall gleichzeitig sein wie während des Zweiten Weltkriegs und danach.

In der EU versuchen die Länder ihre Kräfte zu bündeln. Steht der Versuch eines zentral gesteuerten Europa nicht in totalem Widerspruch zu der sehr unterschiedlichen Herkunft seiner Mitglieder? Droht der EU auch bald die Rache der Geografie?

Trotz divergierenden Strömungen wird die EU einer der weltgrössten postindustriellen Knotenpunkte bleiben. Denn die EU hat die geografische Legitimität in Nord- und Zentraleuropa und anderen Teilen Europas. Doch die EU wird nie eine Supermacht werden. Dafür ist die Geografie von Skandinavien bis Griechenland zu verschieden. Die jeweilige geografische Lage kann den europäischen Staaten in Zukunft neue und eigene Entwicklungen eröffnen. Norwegen zum Beispiel könnte dereinst eine grosse Macht werden.

Norwegen?

Die Norweger haben eine sehr starke Armee, sie sind eine Energiemacht. Wenn die arktischen Seewege einmal stärker frequentiert werden, kann Norwegen zum König der Arktis aufsteigen.





Mitteilung von einem anderen Modestern: Models in Roben von Charles James, fotografiert von Cecil Beaton.



Monsterball

Von Daniele Muscionico

Wachs in seiner Hand sind diese Damen. Der sie arrangierte, bleibt im Hintergrund. Doch jede Bewegung ist gesetzt, jeder Blick geprobt, jedes Haar liegt nach seinem Willen. Der Fotograf Cecil Beaton verehrte Modemacher, die ihre Kunden in eine belebte Bildergalerie verwandelten, so wie diese Models in den Roben des Amerikaners Charles James. Sie wirken so neoklassisch wie die weiss getäfelte Wand, die kalte Sonne des Lusters, der ihre wächserne Haut bescheint: Sie sind Skulpturen von Canova, Marmor, von Seide umhüllt.

Mode ist dazu da, den fehlerhaften Menschen begehrllicher zu machen. Die fehlbare menschliche Form zu verbessern. Die modisch berichtigten Exemplare hier gleichen sich so frappant, dass sie sich selbst dupliziert zu haben scheinen. Das ist Frankenssteins Labor ohne das Blut. Als ob Menschen, wie Kleider, nach Mass angefertigt werden könnten. Und wenn sie sich in dieser Szene nicht selbst bestäuben, selber reproduzieren, dann tun es die Spiegel für sie: Die Dame, die in ihrem Haar nestelt, und das Paar in den grauen Abendkleidern müssen Klone sein, unterscheidbar einzig durch das Collier der einen um den dünnen Hals.

Eine proustsche Chronik, eine visuelle Novelle über eine Gesellschaft, die es nur in Beatons Fantasie gab: Mode ist Fantasie, muss Fantasien schaffen, und wenige wussten so früh, Fantasie mit Glamour zu durchwirken, wie Cecil Beaton (1904–1980). Der Mode- und Gesellschaftsfotograf war der Zeremonienmeister der Londoner Nobel-Bohème. Er war der Hof-Fotograf des Königshauses, doch genauso war er, im New Yorker Underground, Andy Warhols Vorbild.

Sechzig Jahre ist es her, dass Beaton dieses Bild für *Vogue* machte, eine Mitteilung von einem anderen Modestern. Beaton, der letzte Dandy des britischen Empire, in Zusammenarbeit mit dem Modeschöpfer Charles James (1906–1978), die Verkörperung der alten Welt; James stand im Ruf, der erste amerikanische Couturier zu sein.

Beaton war James zunächst dankbar, ihn in die New Yorker Gesellschaft eingeführt zu haben. James' Wertschätzung für den Engländer wandelte sich bald; er, der «Künstler», erkannte im Fotografen den Aufsteiger. «Monster!», gab dieser zurück. Worte wie Ventilatoren, sie bringen den harmonischen Salon durcheinander. So ist es, wenn Realität der teuren Lüge Mode den Rock hebt.

The Essential Cecil Beaton: Photographien 1920–1970. Schirmer/Mosel

Mississippi als Bewusstseinsstrom

Der Onkel aus Amerika war nicht immer nett und lustig:
Hundert Jahre nach seinem Tod erscheint Mark Twains
«Geheime Autobiographie». Von Martin Halter

In Wahrheit, schrieb Mark Twain einmal, seien all seine Bücher Autobiografien. Nicht nur seine Reiseberichte oder sein unverhüllt autobiografisches «Leben auf dem Mississippi», sondern auch seine grossen Romane und Erzählungen: Mark Twain war Tom Sawyer, seine Mutter die patent-resolute Tante Polly, Tom Blankenship, der Sohn des Stadtsäufers von Hannibal alias St. Petersburg, war Huckleberry Finn.

Wenn schon seine Fiktionen durch authentische Erlebnisse und Erfahrungen verbürgt waren, sollte Twains Autobiografie vollends wahrhaftig werden: Wie seine Vorbilder Casanova und Rousseau wollte er keine Peinlichkeit schamhaft verschweigen, keine Unebenheit seines Charakters glätten. Der Versuch, nichts als die Wahrheit zu erzählen, erwies sich freilich als undurchführbar. Nicht nur, weil Samuel Longhorne Clemens sich als Journalist und Vortragskünstler seiner öffentlichen Wirkung ständig bewusst war. Die Biografie eines Menschen, bemerkte er einmal, könne nicht geschrieben werden, schon weil man nie damit fertig werden könnte. Seine Taten und Worte ragen nur klein und unerheblich wie die Spitzen von Eisbergen aus dem grossen Meer der Gedanken und Gefühle hervor.

Literarische Sensation

Dennoch schrieb Mark Twain seit 1870 immer wieder Bruchstücke seiner Konfession. Dreissig, vierzig Mal setzte er an, probierte alle Schreib- und Aufzeichnungstechniken von der Schreibmaschine bis zum Fonografen, von der Erzählung bis zum indirekten Selbstporträt durch, gab dem Affen Publikum Zucker und jene Portion Selbstironie, die man vom grössten Humoristen seiner Zeit erwarten durfte. Aber am Ende gelangte er doch immer wieder zu der Einsicht, dass die klassische Form der Autobiografie allenfalls die halbe Wahrheit und nur inoffiziell, zwischen den Zeilen, preisgeben kann: geformte Erinnerung, unzuverlässig, unvollständig, geschönt. «Man kann seine private Seele nicht offenlegen. Man schämt sich zu sehr. Es ist zu widerwärtig.»

1906 glaubte er endlich einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden zu haben. Wenn er seine Erinnerungen spontan und quasi ungeschützt diktierte und, kaum bearbeitet oder redigiert, erst hundert Jahre nach seinem Tod veröffentlichte, erhielten sie jene schöne Ungezwungenheit des mündlichen Erzählens, die den Leser noch in ferner Zukunft bei der Stange

hielte und alle Selbstzensur, alle Vor- und Rücksichten auf die Empfindlichkeiten der Mitwelt überlistete. Wie bei einem Tagebuch wäre er allein mit sich selbst, wie in einem Liebesbrief würde er «frank und frei und schamlos» sprechen können, gleichsam «aus dem Grabe heraus». So diktierte Twain seiner Stenografin Josephine Hobby in täglichen Sitzungen in Florenz und New York den Schatz in die Feder, der erst lange nach seinem Tod gehoben werden durfte. Dass er Teile des Konvoluts dann doch schon zu Lebzeiten veröffentlichte, verrät allerdings, dass auch der unbestechliche Moralist nicht ganz unempfänglich für die dicken Checks und Schmeicheleien seiner Verleger war.

Mark Twains intime Autobiografie wurde bei ihrem Erscheinen 2010 in den USA als literarische Sensation gefeiert und mehr als eine halbe Million Mal verkauft. Aus europäischer Sicht hat der postum entkorkte Wein freilich einiges an Frische und Geschmack eingebüsst.

«Man kann seine private Seele nicht offenlegen. Man schämt sich zu sehr.»

So reizvoll es ist, die unzensurierte Grabesstimme des grossen Erzählers zu hören (für die deutsche Hörbuchfassung sprang Harry Rowohlt ein): Viel Neues oder gar die ganze Wahrheit erfährt man nicht. Gewiss, Twain lästert frisch und frei von der Leber weg über Dummschwätzer, «fiese Affen» und bigotte Frömmeler, aber das tat er auch zu Lebzeiten schon. Er bekennt sich zu einigen Schwächen, Notlügen und Niederlagen, aber lieber verweilt er doch bei seinen Triumphen.

Nicht alles, was Twain im Vertrauen auf seinen Nachruhm niederschrieb, hat den Dornröschenschlaf schadlos überstanden. Das locker-assoziative Parlando wirkt charmant und formal absolut modern, aber der Bewusstseinsstrom mäandert doch oft auch träge am Leser vorbei, und das Treibgut der eingestreuten Zeitungsartikel, Reden und Briefe macht den Mississippi der Erinnerungen nicht gerade flüssiger. Die Porträts von Bürgerkriegsveteranen, US-Präsidenten, Quacksalbern und skrupellosen Selfmademen verraten viel über den American Dream um 1900, sind aber für heutige Leser, zumal in Europa, nur noch bedingt interessant. Twains Erinnerungen an seine Kindheit in Hannibal oder seine Jahre als Lotse und hungriger Reporter sind zeitloser,

aber durch Werke wie «Leben auf dem Mississippi» auch nicht mehr ganz unbekannt.

Mark Twain macht keinen Unterschied zwischen grossen und kleinen Ereignissen, seinem Privat- und Familienleben und seiner öffentlichen Existenz als Festredner, Leitartikler und Gewissen der Nation. Unbekümmert um chronologische Ordnung, Mass und Proportionen, kommt er vom Hölzchen aufs Stöckchen, von der Weltpolitik auf kleine Alltagsorgen mit ruchlosen Verlegern, zudringlichen Lesern und Fans; er springt munter vorwärts und zurück in der Zeit und bricht mit einem gelangweilten «Aber lassen wir das. Das gehört woandershin» ab. So machen die dem Erzählkonzept und der Diktatsituation geschuldeten Nachlässigkeiten, Abschweifungen, Längen und Wiederholungen seine Memoiren aus dem Stegreif manchmal zu einer recht ermüdenden Lektüre.

Twain wie ein Internet-Blogger

«Was einen innerlich am meisten beschäftigt, sollte das sein, worüber man redet oder schreibt. Die Dinge von neuem und unmittelbarem Interesse geben den schönsten Text her, den man haben kann», schreibt Twain einmal über seine «Kombination aus Tagebuch und Geschichte». «Ich bin nicht daran interessiert, mit irgendetwas fertig zu werden. Ich bin nur daran interessiert, draufloszuschwatzen und nach Belieben abzuschweifen, ohne Rücksicht auf das Ergebnis für den künftigen Leser.»

In der Praxis funktioniert die Verwandlung des subjektiven Draufloschwatzens in objektive Geschichte freilich nur bedingt. Twain schreibt, ähnlich wie ein Internet-Blogger, auf, was ihm gerade durch den Kopf geht oder in der Morgenzeitung auffällt. Das kann der längst vergessene Morris-Zwischenfall im Weissen Haus sein oder eine immer noch aktuelle Breitseite gegen die amerikanische Kriegführung auf den Philippinen, ein gerade lektoriertes Manuskript über Jeanne d'Arc oder eine fast vierzigseitige Abrechnung mit den Mängeln seiner Florentiner Villa und ihrer Vermieterin, der fluchwürdigen Gräfin Massiglia.

Bei aller Volkstümlichkeit und lässigen Nonchalance nicht ganz uneitel, lässt Twain gern durchblicken, dass grosse Männer wie Präsident Cleveland und General Grant seinen Rat und seine Nähe suchten. Dass ein Provinzjournalist sich einmal abfällig über sein Äusseres äusserte, wurmt ihn noch nach vierzig Jahren. Als Kritiker lässt Twain ohnehin nur Familienmitglieder gelten; die Biografie, die seine hochbegabte, frühverstorbene Tochter Susy im Alter von dreizehn Jahren über ihren vergötterten Vater schrieb, rückt er ungekürzt, mit allen allerliebsten Rechtschreibfehlern, ein. Für alle anderen gilt sein nur halb im Scherz gemeintes Bonmot: «Ich mag Kritik, aber sie muss zu meinen Gunsten ausfallen.» Allerdings finden sich im Steinbruch der mehr oder weniger ausgearbeiteten Erinnerungen,



«Ich mag Kritik, aber sie muss zu meinen Gunsten ausfallen»: Schriftsteller Twain, um 1907.

Meinungen und Lektürefrüchte auch immer wieder Perlen: wunderbare Porträts von Freunden, Weggefährten und Widersachern, anrührende Berichte über persönliche Tragödien, witzige Glossen, launige Anekdoten und übel-launige Bemerkungen zu Politik, Wirtschaft, Religion und Moral.

Mark Twain war durchaus nicht nur der nette Onkel aus Amerika mit dem vertrauenerweckenden Riesenschnauzer. Ähnlich wie bei dem Menschenhasser Wilhelm Busch ist sein Humor grundiert mit schwärzestem Pessimismus, galligem Sarkasmus und Zynismus. Soldaten sind «uniformierte Meuchelmörder», gefeierte Ban-

ker und Tycoons wie John D. Rockefeller jr. «Halunken» und Heuchler, die Parteien Schlingen, die Bürger zu «Sachen, Sklaven, Kaninchen» degradieren. Vom Menschengeschlecht im Allgemeinen und von Amerika im Besonderen hat Mark Twain eine ausgesprochen schlechte Meinung, und das macht seine «Geheime Autobiographie» dann doch immer noch lesenswert.

Mark Twain: Meine geheime Autobiographie. Herausgegeben von Harriet Elinor Smith. Aufbau-Verlag. 2 Bände im Schubert, 736 und 397 S., Fr. 66.90

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung von Mark Twains «Tom Sawyer». Diese Woche kostenlos auf www.getAbstract.com/weltwoche.

Jazz

The one and only Bobo Stenson

Von Peter Rüedi

Der Jazz ist erfunden. Das stimmt zwar, aber ebenso, dass er eine *never-ending story* ist. Damit meine ich noch nicht einmal den langen Weg von der Original Dixieland Jazz Band bis, sagen wir: Nik Bärtschs «Ritual Groove Music». (Was sind die gemeinsamen Nenner zwischen diesen jahrhundertfernen Formen? Welch ungeheure Vielfalt unter einem Dach und Oberbegriff!) Ich denke vielmehr an die sehr lebendigen und endlosen Variationsmöglichkeiten innerhalb einer entwickelten historischen Spielform oder eines Personalstils. Oder die Kollision von beidem. Das sinnfälligste Bild dafür scheint mir immer noch: In einer einmal gefundenen Sprache lassen sich unzählige Geschichten erzählen. Natürlich verändert sich während des Erzählens in «Tausendundeiner Nacht» auch die Sprache selbst, aber am Ende des Buchs spricht Scheherazade immer noch Arabisch respektive Persisch.

Zu den Musikern, die nicht alle paar Momente die Syntax ihres Idioms neu erfinden, gehört der schwedische Pianist Bobo Stenson, dessen musikalische Karriere sich auch schon über ein halbes Jahrhundert Jazzgeschichte erstreckt. Er ist in den sechziger Jahren gross geworden, beeindruckt von den Erfindungen des folgen-schweren frühen Trios von Bill Evans (mit dessen Schlagzeuger Paul Motian er später zusammenarbeiten sollte). Dieser Sprache ist er bis heute treu geblieben als einem *almost classical mode*. Er hat sie nicht festgemauert, aber seine Phrasen haben immer einen Anfang und ein Ende, Hand und Fuss. Er verwirklicht sich in den feinen Nuancen, und wer dafür erst mal das Ohr hat, hört ihn nicht mehr als Evans- oder Jarrett-Nachfolger, sondern als *the one and only* Stenson. Souverän, gelassen, poetisch, ein Meister der subtilen Schattierung und der eindringlichen Melodien. Ausgangspunkt ist ihm neben Eigenem vieles, auch Titel von Evans oder George Russell, Folk-Affiziertes, Traditionals, ja selbst ein Lied von Wolf Biermann. Im filigranen Interplay mit Anders Jormin am Bass und Jon Fält am Schlagzeug wird daraus unverwechselbar eigene Musik mit einem grossen emotionalen Sog.



Bobo Stenson Trio: Indicum. ECM 2233 6025 2794575 (0)

Top 10

Knorrs Liste

1	Argo	★★★★★
	Regie: Ben Affleck	
2	Amour	★★★★★
	Regie: Michael Haneke	
3	Cloud Atlas	★★★★☆
	Regie: Wachowskis/Tykwier	
4	Angel's Share	★★★★☆
	Regie: Sam Mendes	
5	Killing Them Softly	★★★★☆
	Regie: Andrew Dominik	
6	Skyfall	★★★★☆
	Regie: Sam Mendes	
7	Dans la maison	★★★★☆
	Regie: François Ozon	
8	More than Honey	★★★★☆
	Regie: Markus Imhoof	
9	Trouble with the Curve	★★★☆☆
	Regie: Rorbert Lorenz	
10	Twilight Saga: Breaking Dawn 2	★★★☆☆
	Regie: Bill Condon	

Kinozuschauer

1 (1)	Twilight Saga: Breaking Dawn 2	48575
	Regie: Bill Condon	
2 (2)	Skyfall	42959
	Regie: Sam Mendes	
3 (-)	Cloud Atlas	16099
	Regie: Wachowskis/Tykwier	
4 (-)	Rise of the Guardians (3-D)	7343
	Regie: Peter Ramsey	
5 (3)	More than Honey	6115
	Regie: Markus Imhoof	
6 (-)	The Angel's Share	5888
	Regie: Ken Loach	
7 (4)	Here Comes the Boom	5668
	Regie: Frank Coraci	
8 (5)	Tinker Bell: Secret of the Wings	3661
	Regie: Bobs Gannaway	
9 (6)	Argo	3423
	Regie: Ben Affleck	
10 (7)	Killing Them Softly	3073
	Regie: Andrew Dominik	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Merida – Legende der Highlands (Disney)
2 (2)	Ice Age 4 (Fox)
3 (3)	Prometheus (Fox)
4 (4)	The Amazing Spider-Man (Sony)
5 (5)	Intouchables (TBA)
6 (-)	Der Lorax (Universal)
7 (-)	Breaking Dawn 1 (Ascot Elite)
8 (7)	Act of Valor (Ascot Elite)
9 (6)	Street Dance 2 (Impuls)
10 (-)	Desperate Housewives 8 (Disney)

Quelle: Media Control



Totale Beliebigkeit: Farrell, Walken, Rockwell in «Seven Psychopaths».

Kino

Rüde Kaspereien

Ist ein Film schräg, wird er gleich mit einem von Tarantino verglichen. Was das für ein Blödsinn ist, zeigt «Seven Psychopaths». Von Wolfram Knorr

Es gibt Filme, auf die manche Kritiker wie pawlowsche Hunde reagieren. Die Werke müssen nur den Eindruck erwecken, als seien sie cool und grotesk, ihre Dialoge bizarr, und schon tritt der konditionierte Reflex ein: Ah! Quentin-Tarantino-artig! Irre! Kultig! Toll! Der jüngste Fall ist Martin McDonaghs zweiter Langspielfilm, «Seven Psychopaths». McDonagh ist ein fleissiger britischer Bühnen- und Hörspielautor, dessen Stücke mehrfach ausgezeichnet wurden. 2008 drehte er, nach einem preisgekrönten Kurzfilm («Six Shooter»), seinen ersten Abendfüller, «In Bruges» (mit Colin Farrell und Brendan Gleeson), eine wunderbar melancholische Tragikomödie, die vor allem wegen ihres ungewöhnlichen Plots aus dem Rahmen fiel: Zwei Gangster fliehen nach Brügge und langweilen sich. Um dem Ruf des originellen Cineasten weiterhin gerecht zu bleiben, ging er bei seiner zweiten Arbeit (wieder Buch und Regie) gleich in die Vollen, damit auch ja nichts schiefgeht und die Tarantino-Gemeinde ihn umarmt – als Bruder im Geiste.

Schon der Titel ist Programm: «Seven Psychopaths». Klar, dass die hochkarätig-schräg besetzt werden müssen: Colin Farrell, Sam Rockwell, Woody Harrelson, Christopher Walken, Tom Waits, Abbie Cornish, Olga Kurylenko. Klar auch, dass die Story dann abgedreht

sein muss. Und die geht in etwa so: Marty (Colin Farrell) ist ein Hollywood-Autor, der dringend eine Story braucht. Sein Freund Billy (Sam Rockwell), ein arbeitsloser Schauspieler, hält sich mit Hundediebstählen über Wasser und will Marty helfen. Mit Kumpel Hans (Christopher Walken) macht Billy beim Hundeklau den Fehler, den Lieblingsköter von Gangster Charlie (Woody Harrelson) zu mopsen. Es kommt zu wüsten Morden und Verwicklungen. Hauptsächlich aber zu out-riertem Spiel-Gehampel und lauten bis kreischigen Dialog-Schwafeleien, die von den Tarantino-Kennern als lässig und hip empfunden werden, in Wahrheit aber rüde Kaspereien sind.

Es passiert viel, aber mit wenig Sinn und Verstand, weshalb sich kausal nix aufeinander bezieht. Es herrscht totale Beliebigkeit, die aber streng nach Originalitäts-Musterschülerhaftigkeit angeordnet und mit tödlichem Ernst neckisch, schräg, bizarr und – muss auch sein, um ins Tarantino-Territorium eintreten zu dürfen – brutal ist. «Seven Psychopaths» ist in seinem Anderssein-Strebertum porentief rein, zwanghaft lässig, pedantisch komisch. McDonagh hat des Lebens Schrillheit im Klammergriff und zwingt mit eisernem Nachdruck sein Ensemble zum Spass am irren Spiel. Also agieren die Schauspieler robust wie Bier-

kutscher, deftig wie im Volkstheater. Es wird drauflos chargiert, dass sich die Balken biegen, ungebremst und schamlos. Vor solchem Quatsch muss man Tarantino in Schutz nehmen. ★☆☆☆☆

Weitere Premieren

Wreck-It Ralph — Randle-Ralph hat die Nase voll. Seit dreissig Jahren ist er der Spielverderber im Kult-Video game «Fix-It Felix Jr». Während Felix mit einem Zauberschlüssel alles repariert und folglich der Star ist, ist Ralph der Zerstörer, das arme Schwein. Auch die Selbsthilfegruppe «Anonyme Bösewichte», in der auch Bowser, der Gegner von Super Mario, Hilfe sucht, kann ihn nicht trösten. Ralph hat genug und haut ab. Das bringt folglich die Videogames in die Bredouille, Ralph muss zurückgeholt werden. Nach dem dramaturgischen Konzept von «Toy Story» gelang Disney wieder ein intelligenter und witziger Animationsspass, der die gesamte Konkurrenz, von «Hotel Transylvania» bis «Rise of the Guardians», weit hinter sich lässt. ★★★★★

The Angel's Share — Keiner porträtiert die Kleine-Leute-Welt so präzise, liebevoll und engagiert wie der Brite Ken Loach («Ae Fond Kiss»). Sein jüngster Film fügt sich nahtlos in seinen Kosmos, auch wenn erstmals das Glück



Das Glück überwiegt: «The Angel's Share».

über den tristen Alltag obsiegt. Ein Quartett von jugendlichen Hoffnungslosen, die häufig im Knast waren, wird zur Sozialarbeit verdonnert. Robbie, vom Laien Paul Brannigan gespielt, der selbst einst gesoffen und geprügelt hat, entdeckt über den väterlichen Sozialarbeiter Harry, dass er ein Näschen für Whisky hat, und pilgert mit seinen drei Loser-Freunden zu einer Whiskymesse. Dort soll die beste und teuerste Marke verkauft werden, was das Quartett auf die Idee bringt, heimlich ein bisschen aus dem Fass zu zapfen und eigenhändig zu verticken. Ausnahmsweise überwiegt das Komödiantische dieses Mal bei Loach, das jedoch seinen genauen Blick aufs Soziale nicht trübt. Von hoher Emotionalität und Sinnlichkeit. ★★★★★



Schwelgerei: Anna Karenina (Keira Knightley).

Anna Karenina — Schon unzählige Male verfilmt, wird der Klassiker über eine Affäre, die das Leben mehrerer Menschen zerstört, nun von Joe Wright («Pride and Prejudice») auf die Leinwand gebracht: als pure theatralische Kostümmorgie, wie eine Operette ohne Gesang. Trotz Schwelgerei völlig steril. ★☆☆☆☆

Ruby Sparks — Ein skurriles Kleinod über Liebe. Ein Schriftsteller fabuliert sich derart in sein Mädchen-Ideal hinein, bis es ihm leibhaftig erscheint. Er meint, verrückt zu sein; da aber auch sein Bruder es real wahrnimmt, glaubt er, die ideale Liebe gefunden zu haben. Absurd der Plot, originell die Lovestory. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Wo sagt Clint Eastwood in «Dirty Harry» zum *bad guy*: «Go ahead – make my day»? Ich habe die Stelle nicht gefunden. C. Z., Bern



Die können Sie auch nicht finden, weil – entgegen allen hartnäckigen Behauptungen – Inspector Callahan (Eastwood) das nicht in «Dirty Harry» (1971) sagt. Vermutlich liegt's am Übernamen des zynischen Cops; mit «Dirty Harry» meint man das Original, das Don Siegel inszenierte. «Go ahead – make my day» stammt aus dem Film «Sudden Im-

pact» («Dirty Harry kehrt zurück») aus dem Jahr 1983, den Eastwood selbst inszenierte. Es gibt noch einen anderen legendären Ausspruch darin: Eastwood hat ein paar Räuber gestellt und spricht sie in der Wir-Form an, worauf einer fragt, was er denn mit «wir» meine. Eastwoods Antwort: «Smith, Wesson and me.» Neben «Sudden Impact» gibt es noch «Magnum Force» (1973), «The Enforcer» (1976) und «The Dead Pool» (1988), alle mit Inspector Callahan.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Drittweltisten-TV

Von Alex Baur

Es gibt nichts Subjektiveres als den Blick durch das Objektiv. Bilder können falsche Vorstellungen vermitteln, wenn man sie aus dem räumlichen und zeitlichen Kontext herausreißt. Ein Beispiel dafür liefert der Dokumentarfilm «Afrika – Der ausgeraubte Kontinent», den der öffentlich-rechtliche Sender Arte im Zuge der Kampagne «Why Poverty» zeigte, die von diversen NGOs und unter anderem auch von der Deza finanziert wird.

Geschickt baut der Film auf einen starken Kontrast: hier die herausgeputzte und reiche Zürcher Gemeinde Rüschlikon, wo Ivan Glasenberg haust, der milliardenschwere Hauptaktionär des Rohstoffgiganten Glencore; dort arme schwarze Kinder am Rande der Mopani-Mine in Sambia, wo Glencore Kupfer abbaut. Die Bilder suggerieren eine These, mit der die Hilfswerke seit Jahrzehnten das Gewissen und den Geldbeutel der Spender weichklopfen: Wir sind so reich, weil sie so arm sind – und umgekehrt.

Doch stimmt diese Formel wirklich? Schaut man sich den Film genau an, bleibt er den Beweis schuldig. Immerhin sorgt der Export von Kupfer in Sambia für 75 Prozent der dringend benötigten Devisen. Dass Glencore Steuern hinterziehe und das Land vergifte, bleiben unbelegte Behauptungen von NGO-Aktivist:innen, denen der Direktor der Mopani-Mine, Emmanuel Mutati, ein Schwarzer übrigens, dezidiert widerspricht: Man halte sich strikte an die Gesetze. Wir können nicht beurteilen, wer recht hat. Das müssen wir aber auch nicht. Sambia ist seit 48 Jahren ein unabhängiger Staat. Wenn schon, müsste man also die lokale Regierung kritisieren. Doch davon ist im Film nichts zu spüren.

Konkret wird der Film erst, als er die Steuervergehen von Marc Rich in den USA aus den frühen 1980er Jahren aufgreift – und er entlarvt sich damit endgültig als Propagandastreifen. Was Richs Machenschaften von anno dazumal mit der heutigen Mine in Sambia zu tun haben, bleibt schleierhaft. Schade. Das Thema Bergbau in Entwicklungsländern birgt spannende Geschichten in sich, die weit über die von «Drittweltisten» gewinnbringend bewirtschafteten Klischees hinausgehen.

Afrika – Der ausgeraubte Kontinent: 28. November, Arte; Wiederholung, 18. Dezember, 10.35 Uhr

Eine Runde Salat

Besser essen am Sechstagerennen und im «Kaufleuten»; Highlights im Zürcher Opernhaus und im Theater 11. *Von Hildegard Schwaninger*



Spendabel: Sixdays-Organisatoren Freuler (l.), Hürzeler (M.), Gerber.

An den Sixday-Nights (früher: Sechstagerennen) im Hallenstadion gab es einen VIP-Tisch («Captain's Table»), an dem lauter sportbegeisterte Ehrengäste sassen: Amag-CEO **Morten Hannesbo** als wichtigster, denn Skoda war Hauptsponsor, Kabarett-Autor **Domenico Blass**, Publizist **Nik Niethammer**, der Thurgauer Unternehmer **Daniel Model** mit seiner Frau **Elisabeth**. Die ehemaligen Radstars **Urs Freuler** und **Max Hürzeler** waren spendable Gastgeber. Vom Prosecco bis zum Kalbsschnitzel, alles da. Nur den Salat, liess die Kellnerin verlauten, müsse man bezahlen, wenn man denn einen wolle. In den Köpfen der Gäste rotierte es nun, ob man zwölf Franken in der Tasche habe oder nur die Centurion-Card – da kam schnellentschlossen **Hausi Leutenegger**, der Alphamann, zum Zug: Er spendierte eine Runde Salat.

Dass der Maler **Max Zuber** und seine Gefährtin **Regina Wartmann** ein Power-team sind, zeigt sich nicht nur am gemeinsam produzierten Kochbuch, sondern auch am traditionellen Weihnachtessen, das die beiden im Festsaal des «Kaufleuten» geben. Kunden und Freunde sind eingeladen, Zubers Kunst lehnt an den Wänden, die Gäste delectieren sich an Reginas berühmtem Hackbraten, und alles ist da, was in Zürich zum Society-Kuchen gehört. Manche kaufen auch. Max Zuber war

früher Schaufensterdekorateur, und das merkt man an der Tischdekoration. Elaborierte Werke, funkeln und so dominant, dass man in diesem Dekorationsirrgarten sein Gegenüber kaum sieht. Im Gewühl steht plötzlich ein Mann, der gut auf die Gästeliste gepasst hätte, aber eine blütenweisse Kochuniform trägt – der in der Zürcher Gesellschaft fest verankerte **Xaver Speckert**, Unternehmer, Waag-Zünfter und verwandt mit der Familie Wille (**Annemarie Wille** ist seine Schwester) und dem Kunstsammler **Thomas Bechtler** (dessen Frau **Cristina** war früher die Frau von Xaver Speckert).



Kunst im «Kaufleuten»: Wartmann, Zuber.

Des Rätsels Lösung: Xaver Speckert arbeitet jetzt im «Kaufleuten». In seiner Branche (Stempelfabrikation) hat sich durch neue

Technologien einiges geändert (wer braucht einen Stempel, wenn man alles per Computer ausdrucken kann?). Da besann sich Speckert auf das, was er am besten kann. Kochen! So kocht er viermal in der Woche abends im «Kaufleuten» und fährt dann höchstpersönlich mit der *voiture* durchs Lokal und bietet seine Mahlzeit an. Seine Frau **Zuza Speckert**, die als Journalistin arbeitet (interviewt für die *NZZ am Sonntag* Frischverheiratete), ist stolz auf ihren Mann und sagt allen ihren Freunden, dass sie ins «Kaufleuten» gehen sollen, «weil der Xaver so gut kocht».

Die schwedische Opernsängerin **Malin Hartelius** ist seit zwanzig Jahren Liebling des Zürcher Publikums und in der Gesellschaft sehr beliebt. Jetzt hat sie ihr Haus in Egg bei Zürich verkauft und ist mit ihrem Hund Cleopatra nach Wien gezogen. Ihre Töchter studieren in Schweden. An der Wiener Staatsoper gehört die Sopranistin seit 1992 zum Ensemble. 2010 wurde ihr die höchste schwedische Auszeichnung für Künstler, der Orden für Wissenschaft und Kunst Litteris et Artibus, von **König Carl Gustaf** verliehen. Im Zürcher Opernhaus wird sie trotz Wegzugs wieder zu hören sein: im April 2013 in der Wiederaufnahme von Händels «Rinaldo».

Hut ab vor **Udo Jürgens**! Sein Musical «Ich war noch niemals in New York» begeistert auch Leute, die sich sonst mit Schlagern



Dauerrenner: Jürgens (M.), Manager Burger (l.).

nicht so auskennen. Das Musical ist seit 2007 Dauerrenner. Wurde in Hamburg, Stuttgart, Wien und Tokio gespielt. 2,5 Millionen Besucher. Jetzt läuft es in Zürich im Theater 11 und wird – riesiger Run auf die Tickets – bis Mitte April verlängert. Bandleader **Pepe Lienhard**, oft als Cervelat-Promi gehandelt, aber ein grosser Musiker, steht ab Mitte Dezember als musikalischer Leiter am Dirigentenpult.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Mein Vorbild

Unser Kolumnist geht aus in Zürich. Und in einer anderen Stadt, die zeigt, wie gross der Unterschied zu einer Weltstadt ist. Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in London. Doch zuvor erzähle ich von einer neuen Veranstaltung in Zürich: Die erste Watch & Jewellery Exhibition fand statt (Aussteller waren, unter anderen, Panerai, TAG Heuer oder RJ-Romain Jerome). Das «Park Hyatt» ist ein geeigneter Ort für solche Anlässe, finde ich; die Ausstrahlung ist irgendwie weltstädtisch, und zwar des ganzen Angebots (inklusive Parkgarage in den Untergeschossen sowie *function rooms*); im Restaurant mit dem etwas komischen Namen «Parkhaus» (wo Fawaz Gruosi, Chef der Uhren- und Schmuckmarke De Grisogono, zum Mittagessen einlud) ist das Essen gut, plus es geht Business-Lunch-mässig schnell. Und in «The Lounge» (dem Café in der Halle) ist der Espresso schlecht, dafür teuer, zudem wartet man eine Viertelstunde lang, bis man ihn bekommt (also genau so, wie man es von Fünfsternehotels der Welt kennt). Ferner einen Satz über Messeteilnehmer Daniel Dreifuss, den Maurice-de-Mauriac-Chef (mit dem ich gelegentlich für *WW-Magazin* zusammenarbeite): Er stellt vielleicht nicht die besten Uhren der Welt her – MvH kann das nicht endgültig beurteilen, er ist kein Uhrenkenner, besitzt bloss eine Rolex «Submariner» und eine Jaeger-LeCoultre «Memovox» –, doch ich kenne keinen, der besser und lustiger verkauft als er (ich empfehle die Marke).

Wenn wir es von Uhrenmanufakturen (dem Teilbereich der Schweizer Wirtschaft, nur zum Sagen, der Erfolg hat und dessen Marketingchefs noch Reklamen veröffentlichen in Zeitschriften) haben: Die erste Rolex-Boutique Zürichs wurde eröffnet (an der Bahnhof-

strasse 17), Betreiberin ist das Unternehmen Bucherer (anwesend waren Jörg Bucherer; Gian Riccardo Marini, Rolex-Chef; Guido Zumbühl, Bucherer-CEO; Nubya und Murat Yakin [nicht zusammen, denke ich]). Gehen Sie hin, kaufen Sie ein – eine Rolex als Geschenk ist *never wrong*, finde ich.

In London war ich, um Giuseppe Cipriani zu befragen (eine Abschrift des Gesprächs wird in der letzten *Weltwoche* dieses Jahres – Nr. 51/52, erscheint am 20. Dezember – veröffentlicht). Ich bin ein Fan der Restaurants von Giuseppe (und ein wenig bekannt mit ihm); es gibt Betriebe etwa in New York, London, Ibiza, Istanbul (dieses Lokal kenne ich nicht) oder demnächst in Miami. Und, logisch, in Venedig: «Harry's Bar», 1931 gegründet von seinem Grossvater, der ebenfalls Giuseppe hiess. Was ich im grossen Ganzen super finde an Cipriani-Restaurants (in London heisst es «C London», in Ibiza «Downtown Ibiza» – Grund ist, dass Cipriani senior den Namen an die Orient-Express-Hotelgruppe verkaufte): Sie sind das Gegenteil von sogenannten Gourmet-Restaurants. Es gibt keine «dekonstruierten Speisen»/«Molekularküche» und in der Folge keine Schäume auf dem Teller; keinen Maitre, der Gästen ins Wort fällt, weil er das Essen erklären muss, und keinen Sommelier, weil Wein nicht «zelebriert», sondern getrunken wird. Die Möbel sind in einigen Lokalen alt respektive gebraucht, und es gibt in keinem Lokal grosse beziehungsweise verschieden grosse Gläser für verschiedene Weine.

Was es aber gibt: Essen, das schmeckt, wie wenn man (oder die Mutter, Frau et cetera) selber kocht, falls man (oder die Mutter, Frau et cetera) die besten Zutaten bekommen hat und es richtig gut gelungen ist. Wein, der passt (auch was die Preise angeht). Und immer zahlreiche Gäste, zu denen man sich setzen möchte oder die man gerne ansieht wenigstens ... Leser dieser Spalte wissen: MvH mag Zürich und findet das Angebot der Stadt gut. Dennoch muss er schreiben: «London, du hast es besser.» Wenn man das Bild an einem beliebigen Wochentag zur Mittagszeit im «C London» (23–25 Davies Street) mit dem in Zürich vergleicht, erinnert man sich daran, dass es Gesellschaften gibt mit mehr *refinement* als bei uns.

Das ist, nebenbei, auch in Einkaufsgeschäften so. Und interessant: Weshalb sind eigentlich Verkäufer in Bond-Street-Läden oder bei Selfridges netter als ihre Kollegen bei uns, sehen besser aus, wissen mehr (und verdienen weniger)? Ich weiss es nicht, ehrlich.

Die gute Nachricht aus Zürich: Es gibt noch die «Kronenhalle». Bloss wegen dem Essen geht man nicht hin, schon klar, doch was es dazu gibt (Bilder an den Wänden, Menschen in der Brasserie, Kellner über fünfzig in weissen Jacketts), verkleinert den Abstand zu einem Cipriani-Restaurant.

Gesellschaft

Just for Fun

Von Beatrice Schlag — «Swatting», ein elendes Vergnügen, wird zum ernsthaften Problem.

Der Helikopterpilot des LAPD, der zugesagt hatte, mich zu einem Einsatz-Flug mitzunehmen, war verspätet. «Schauen Sie doch unterdessen dem SWAT-Team zu», sagte der Mann am Empfang, «it's fun.» Etwa ein Dutzend Angehörige der Sondereinsatztruppe übte im Innenhof eines vierstöckigen LAPD-Gebäudes, auf dessen Dach sich der Heliport befand. Schwarzgekleidete, schwerbewaffnete Männer kletterten auf Kommando mit verblüffender Geschwindigkeit Seile hoch und schmissen sich über Geländer in Deckung. Genau, wie ich es im Fernsehen gesehen hatte. «Sorry, wir müssen in Form bleiben», sagte der SWAT-Mann entschuldigend, der meine Tasche herunterriss, als er sich neben mir übers Geländer warf. Man ist blödsinnig verblüfft, wenn die Realität das Fernsehen bestätigt.



Vor wenigen Tagen schrieb die *L.A. Times*, «swatting» werde ein ernsthaftes Problem. Den Begriff kannte ausser der Polizei noch fast keiner. Er bedeutet, dass anonyme Anrufer den Notruf 911 wählen, die Adresse eines sehr prominenten Menschen angeben und zum Beispiel behaupten, der Mann habe seine Frau gefesselt und im Badezimmer eingesperrt. Oder im Nachbarhaus seien Schüsse zu hören, und jemand schreie, wenn man die Polizei rufe, werde er sich nicht ergeben.

Im ersten Fall rückte ein SWAT-Team aus und stürmte die Villa von «American Idol»-Erfinder Simon Cowell, der friedlich und allein zu Hause sass. In zweiten Fall kletterten die Männer in Schwarz über die Mauern des Hauses von Sänger Justin Bieber, der abwesend war. «Hannah Montana»-Star Miley Cyrus und Schauspieler Ashton Kutcher waren zwei weitere Opfer von *swatting*. Die Anrufer sind kaum auszumachen. Sie benutzen meist unregistrierte Billig-Handys mit Prepaid-Karten, die sie nach dem getürkten Notruf wegwerfen. Die Zeiten, in denen man als beliebten Scherz einem Prominenten dreissig Pizzas nach Hause liefern liess, sind vorbei. Noch ist es bei den Einsätzen der SWAT-Teams nach Jux-Anrufen nicht zu Toten gekommen. Aber das, sagt die Polizei, sei nichts als glücklicher Zufall.

Die Frauen um Albert Einstein

Von Jürg Zbinden

1 — Die Puder von Shiseido sind immer auch eine Augenweide: «Camellia Compact» bildet da keine Ausnahme. Die Kamelie, Lieblingsblume des ersten Shiseido-Präsidenten, ziert feminin den Dosendeckel wie den Puder selbst. Um Fr. 65.– im Kosmetikfachhandel.

2 — Die raffinierte japanische Lackiertechnik auf die Lippen übertragen hat Shiseido mit der Winterkollektion «Lacquer Rouge». Diese vereint die Simplizität eines Lipgloss mit der Intensität eines Lippenstifts. Das Resultat: eine hohe Pigmentierung für eine üppige Farbtintensität, lang anhaltender Schimmer und Glanz. Erhältlich in den Farbvarianten «Drama», «Savage», «Portrait», «Disco», «Nymph», «Camel», «Nocturne» und «Blaze» für jeweils etwa Fr. 40.– (6 ml).

3 — In diesem Jahr wird das Fest rosé. Zarter, aber entschieden erwachsen ist die diesjährige Weihnachtssuhr von Nomos Glashütte. «Orion 40 rosé» heisst die neue kleine Schwester der bereits bekannten Glashütter Uhr. Das jüngste Mitglied der 33er-Familie sieht aus wie die Ur-«Orion» mit dem sanft geschwungenen Gehäuse und der feinen Edelstahl-Lünette, ist jedoch kleiner und wirkt noch flacher als andere Handaufzugsuhr von Nomos Glashütte. Mit einem Durchmesser von knapp 33 Millimetern steht sie vor allem zarten Handgelenken. Der helle Roséton des Zifferblatts, fern jeden Kitschverdachts, schmeichelt Haut und Auge und passt zu Samt wie Seide, Kord wie Tweed. Eine Sonntagsuhr für alle Tage, optisch fein und technisch sehr robust. In Zürich zu kaufen bei Nomos, Spiegelgasse 13, oder über www.nomos-store.com.

4 — Einsteins Name ist zu einem Synonym für Genialität geworden. Montblanc würdigt den Begründer der Relativitätstheorie (1879–1955) mit einer «Artisan Edition», die auf 99 Stück (eine Anspielung auf das chemische Element Einsteinium mit der Ordnungszahl 99) limitiert ist, sowie mit einer auf 3000 Stück limitierten «Special Edition». Der Preis der Füllfederhalter: Fr. 25 800.– bzw. Fr. 3090.–. Die Stückzahl von Rollerball (Fr. 2760.–) und Kugelschreiber (Fr. 2650.–) ist auf 1500 limitiert. Erhältlich ab Januar 2013 in allen Montblanc-Boutiquen weltweit. Für alle, die weder den Weltuntergang noch das Januarloch fürchten.

1



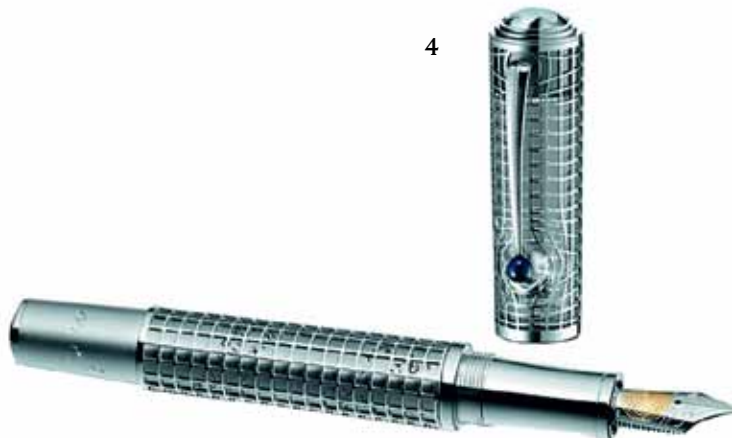
2



3



4



Hello Lenin

Von **Andreas Thiel** — Wie Sozialdemokraten und Grüne die Welt verbessern.

Grüner: Wir müssen den CO₂-Ausstoss senken.

Roter: Warum?

Grüner: Um das Klima zu verbessern.

Roter: Gut, dann bauen wir bei den fossilen Energien ab und setzen ganz auf Atomkraft.

Grüner: Aber wir wollen doch kein Endlager bauen.

Roter: Ohne Endlager müssen wir aus der Atomkraft aussteigen.

Grüner: Damit steigt dann aber wieder der CO₂-Ausstoss.

Roter: Dann reduzieren wir halt den Stromverbrauch.

Grüner: Dazu müssen wir den Strombezug rationieren.

Roter: Das senkt dann aber auch die Produktivität der Wirtschaft.

Grüner: Dann müssen wir halt die Wirtschaft stützen.

Roter: Dazu brauchen wir Geld.

Grüner: Wir können welches drucken.

Roter: Und wenn daraus eine Inflation entsteht? Dann wird das Geld abgewertet.

Grüner: Dann drucken wir halt noch mehr Geld.

Roter: So verarmen aber die Bürger, weil dann ihr Erspartes nichts mehr wert ist.

Grüner: Dann kriegen sie halt Sozialleistungen.

Roter: Dazu brauchen wir ja noch mehr Geld.

Grüner: Wir erhöhen einfach die Steuern.

Roter: Damit senken wir den Konsum und schaden der einheimischen Wirtschaft, weil dann alle nur noch Billigprodukte aus dem Ausland kaufen.

Grüner: Dann erheben wir halt auf den Warenimporten Schutzzölle.

Roter: Das berechtigt die betroffenen Länder zu Retorsionsmassnahmen. Das könnte unserer Exportwirtschaft schaden.

Grüner: Dann subventionieren wir eben den Export, um den Verlust der Industrie wieder auszugleichen.

Roter: Dazu brauchen wir Geld.

Grüner: Wir schöpfen die Gewinne der einheimischen Betriebe ab.

Roter: Die Betriebe werden abwandern.

Grüner: Dann verstaatlichen wir die Betriebe, damit sie nicht abwandern können.

Roter: Das würgt vielleicht die Innovation ab.

Grüner: Wir schreiben Innovationspreise aus, um die Innovation wieder anzukurbeln.

Roter: Um die eingegebenen Innovationsprojekte beurteilen zu können, benötigen wir Fachleute.

Grüner: Gut, wir schaffen neue Stellen in der Verwaltung.

Roter: Gute Fachleute sind teuer.

Grüner: Die Wirtschaft soll die Kosten tragen, die profitiert ja dann am meisten von der Innovation.

Roter: Die Wirtschaft wird da unter Umständen nicht freiwillig mitmachen.

Grüner: Dann verpflichten wir sie halt dazu.

Roter: Wie soll das gehen?

Grüner: Ganz einfach, wer nicht mitmacht, wird gebüsst.

Roter: Dazu benötigen wir aber eine Überwachungsbehörde, welche die Wirtschaft kontrolliert und bei Zuwiderhandlungen entsprechende Verfahren einleitet.

Grüner: Das ist gut, dann können wir wieder neue Stellen in der Verwaltung schaffen.

Roter: Und wie sollen wir das finanzieren?

Grüner: Die Überwachungsbehörde finanziert sich selbst durch die Bussen, welche sie verteilt.

Roter: Und wenn die Bussen nicht reichen?

Grüner: Dann muss sie halt noch mehr Bussen verteilen.

Roter: Und wenn das immer noch nicht ausreicht?

Grüner: Dann erhöhen wir die Bussen.

Roter: Das schadet vermutlich der Wirtschaft und wird Arbeitsplätze kosten.

Grüner: Das ist kein Problem. Wir schaffen ja neue Stellen in der Verwaltung bei der Überwachungsbehörde und im Bussenwesen, womit wir die verlorengegangenen Arbeitsplätze in der Wirtschaft wieder wettmachen.

Roter: Das macht uns zu einem Überwachungsstaat.

Grüner: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Roter: Stammt dieses Zitat nicht von Lenin?

Grüner: Na und? Lenin war Sozialist.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Ein Kleiner mit Wucht

Von **Peter Rüedi**



Trau keinem unter zwanzig: Es gibt ja die Snobs, die immer noch nicht begriffen haben, dass beim Wein die Relation zwischen Qualität und Preis längst irrational geworden ist, und dies zumal am obersten und am untersten Ende der Fahnenstange. Vergessen wir mal den ersteren Fall. Der letztere ist interessanter. Nun ja, nicht gerade die allerunterste Zone, wo wir uns fragen, was dem Winzer nach Abzug von Verpackungskosten et cetera noch für ein Kilopreis für die Trauben bleibt. Aber so das, was der zooer-Klasse von Peugeot entspräche (um im wirtschaftlich gebeutelten Frankreich zu bleiben).

Bewegen wir uns, beispielsweise, aus den Renommierappellationen oder auch jenen der zweiten Liga von Bordeaux (Blaye, Bourg, Castillon, Sainte-Foy et cetera) nur eine Treppenstufe nach unten, in die trotz des Komparativs schöne Gewöhnlichkeit der Parterre-Appellation Bordeaux supérieur, löst sich die Hochpreisinsel Bordeaux in nichts auf. Hier sind nicht einmal die Reviere der Schnäppchenjäger, denn bescheidene Preise sind hier bei unscheinbaren Etiketten die Regel, erstaunliche Qualitäten aber keineswegs allzu seltene Ausnahmen. Womit wir beim Château Couronneau wären, wo in Ligneux, unweit von Bergerac, das Ehepaar Piat auf vierzig Hektaren Weine produziert, über die man sich nur wundern kann. Reden wir nicht vom Spitzenreiter, der als Cuvée Pierre de Cartier mit 21 Franken ja auch schon nicht mehr zur Holzklasse gehört (oder im Gegenteil: Ein bisschen Barrique gibt's da). Bleiben wir beim Bordeaux supérieur *normal*, einem saftigen, fast fleischigen Merlot, den die Piat seit kurzem nach Grundsätzen der Biodynamik produzieren. Es ist ein sauberer, fruchtiger, im gesegneten Jahr 2010, will mir scheinen, allerdings etwas üppig geratener Bordeaux. Eine etwas in den Norden (und den Merlot) verrutschte südliche Wucht. Und was lesen wir vom Produzenten bei den Schweizer Importeuren, den Bio-Spezialisten vom Küferweg?

Eines seiner Probleme sei «der immer höhere Alkoholgehalt». Leugner des Klimawandels müssten sich mal beim Weinbau umsehen!

Château Couronneau Bordeaux supérieur 2010. 14,5%. Küferweg. Fr. 13.90. www.kueferweg.ch

Informieren Sie sich!

Souverän in allen Lebenslagen

Einzigartig und aktuell: Das moderne Buch zeigt informativ und humorvoll, was heute in den verschiedenen Lebensbereichen gilt. Auch ein schönes Geschenk.

Aus dem Inhalt

- Fettnäpfchen vermeiden: Verhaltensregeln im digitalen Zeitalter
- Angemessene Kleidung, Tischregeln, als Gastgeber glänzen: gewusst wie!
- Schweizer Eigenheiten, «alte Zöpfe» und Tipps für den Businessbereich
- Wunderbar illustriert von Daniel Müller



NEU

Der Schweizer Knigge
Was gilt heute?

224 Seiten, gebunden
1. Auflage, 2012, Fr. 39.–
ISBN 978-3-85569-550-8



Wie deckt man richtig ein? Die Antwort liegt auf dem Tisch dank des Knigge-Sets.

2 Stück pro Packung,
Fr. 24.–



Das Buch mit Tischsets zum Spezialpreis. Für garantiert gutes Benehmen.

Knigge-Set, Fr. 55.–

Bestellung: Beobachter-Buchverlag,
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 043 444 53 07, Fax 043 444 50 91
E-Mail: buchshop@beobachter.ch
Online: www.beobachter.ch/buchshop

Wissen, was wichtig ist.

Beobachter



Auto

Russis Glamour

Der Subaru Impreza ist kein Blender, sondern ein beständiger, hochzuverlässiger Gebrauchsgegenstand. Von David Schnapp

Immmer wenn ich in einem Subaru sitze, muss ich an Bernhard Russi denken. Der Olympiasieger und Ski-Experte ist so mit der Automarke verwoben (zumindest in der Schweiz), dass man das Gefühl hat, er habe auf dem Beifahrersitz Platz genommen, sobald man losfährt. Letztthin war ich im neuen Subaru Impreza unterwegs, einer kleinen Kiste, aber mit traditionellem Boxermotor und natürlich mit Allradantrieb. Dabei kam mir der Satz in den Sinn, den Russi manchmal bei Übertragungen von Skirennen am Fernsehen sagt: «Där chad das.» «Der kann das» –

dieser Satz trifft wohl auch auf den Impreza zu, denn die kleine Kiste ist für den Alltag gut gerüstet.

Man muss sich nichts vormachen. Der Impreza ist kein Glamour-Boy, kein Blender. Auch darin ist er eng verwandt mit Russi, dessen glamourösester Auftritt vielleicht die Werbung für das Brillenfachgeschäft Visilab (mit Xenia Tchoumitcheva) ist. Der Impreza ist ein hochzuverlässiger Gebrauchsgegenstand. Dafür muss er weder auffällig designt sein noch über ganz ausgefallene Technik-Spielereien verfügen. Aber wenn man in der Schweiz auf einer Höhe von, sagen wir, über 650 Metern über Meer wohnt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass man sich überlegt, einen Subaru anzuschaffen. Die Zuverlässigkeit, die Schlichtheit und der 4x4-Antrieb sind gute Argumente, die dafür sprechen.

«Volksnahe» Beschleunigung

Wer wie ich im Mittelland wohnt, schätzt trotzdem den Umstand, dass Subaru Schweiz noch eine Art Glamour-Paket für den Impreza anbietet, das schöne zweifarbiges Ledersitze

und spezielle Teppiche enthält. In dieser «Portofino»-Ausstattung (Fr. 2454.–) kann man im Subaru sogar in Zürich vorfahren.

Apropos Fahren: Der 1,6-Liter-Motor, nach dem klassischen Boxerprinzip gebaut, das den Schwerpunkt des Wagens tief hält, ist zwar solide, aber Strassen reisst man damit keine auf. Der Impreza ist ein Einstiegsmodell, die Motorenleistung und der Preis sind entsprechend «volksnah», wie Subaru Schweiz in einer Pressemitteilung schreibt. Wer auf die Autobahn fährt, schaut zu, wie der Wagen gemütlich in 12,6 Sekunden auf Tempo 100 beschleunigt. Und das automatische CVT-Getriebe lässt den Motor dabei ziemlich aufheulen. Sein grösster Nachteil ist aber, dass manuelle Schalteingriffe nicht möglich sind, was etwa beim Bergabfahren praktisch wäre.

Der neue Impreza wird serienmässig mit einer Start-Stopp-Automatik ausgeliefert; da der Motor im Vergleich zum Vorgängermodell noch etwas kleiner wurde, soll ein Durchschnittsverbrauch von 6,2 Litern herauskommen. Auf einem lustigen Display mit vielen unterschiedlichen Darstellungsarten lässt sich dieser Wert schön ablesen. Leider bewegte er sich im Test eher gegen 9 Liter.

Fazit: Beim Einsteigen in einen Subaru muss ich an Bernhard Russi denken, beim Aussteigen bin ich in der Regel zufrieden, weil der Wagen hält, was er verspricht.

Subaru Impreza 1.6i AWD Swiss two

Leistung: 114 PS, Hubraum: 1600 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 179 km/h

Preis: ab Fr. 25 900.–

Testwagen: Fr. 30 510.–



Ein grosses Wort

Die ehemaligen Hoteliers Edith und Wolfgang Müller sind seit 35 Jahren miteinander verheiratet. Gemeinsam bringen sie den Samichläusen bei, wie sie am 6. Dezember die Esel zum Laufen bringen.

Edith: Manchen Samichläusen kommt es erst im Dezember in den Sinn, dass sie noch ein *Eseli* brauchen, und dann muss es meist schnell gehen. Der arme Esel wird aus dem Stall oder von der idyllischen Weide geholt, und dann muss er in die Stadt. Lärm, Dunkelheit und fremde Menschen stressen ihn schon genug. Aber zu allem Überfluss wissen weder der Samichlaus noch der Schmutzli, wie man das Tier zum Laufen bringt. Die Bilder, die man jeweils in den Zeitungen sieht, sprechen Bände: Es wird geschoben und gezogen; einmal wurde ein *Eseli* sogar unter Einsatz der Fitze zum Weitermarschieren animiert. Der nicht fachmännische Umgang mit den Eseln ist nicht nur für die Tiere schlimm: Verzögerungen bei den Terminen führen zu einem Chaos und zu enttäuschten Kindern, wenn der Nikolaus überhaupt nicht auftaucht.

Wolfgang: Zwingen kann man einen Esel nicht, er ist ein eigenständiges Wesen, das sich nicht unterordnet wie ein Hund oder ein Pferd. Handhabt man das Tier nicht richtig, heisst es fälschlicherweise: «Typisch Esel, die sind halt dumm und störrisch.» Dabei ist das Grauohr ein lernfähiges, loyales Tier, arbeitssam und sehr lieb. Es ist den Menschen seit Tausenden von Jahren zugetan und hat immer hart für sie gearbeitet. Auch am 6. Dezember trägt es die Lasten des Samichlaus, schwere Säcke mit Nüssen, Orangen und Lebkuchen, obwohl die meisten Chläuse den Jutesack durchaus selbst schultern könnten. Aber so will es eben die Tradition. Unsere fünf Esel werden am grossen Tag mit einer roten Decke und Tragtaschen ausgestattet. Meine Frau gibt das Zepter nicht aus der Hand. In einiger Entfernung begleitet sie den Schmutzli und den Chlaus, überwacht deren Verhalten und gibt Anweisungen, damit alles rund läuft.

Edith: Ein Esel läuft absolut folgsam, willig und ohne Unterbruch, aber es kommt auf die richtige Handhabung an. Weil ich ja nicht überall sein kann, bieten wir nun entsprechende Kurse an: Die Chläuse in spe können bei uns auf dem Hof in Grasswil Bekanntschaft mit den Tieren machen. Danach folgen die Schulung und die Übungen. Man muss nur wenige



«Weder Samichlaus noch Schmutzli wissen, wie man den Esel zum Laufen bringt»: Ehepaar Müller.

Tricks kennen, damit der Esel nicht Angst bekommt und störrisch reagiert. Man soll auf Schulterhöhe seitlich neben dem Tier laufen, und er folgt einem auf Schritt und Tritt. Nicht schieben! Nicht ziehen! Stellt man sich zudem bedrohlich vor das Tier, schaut man ihm direkt in die Augen, sieht es einen als Raubtier, und es geht gar nichts mehr.

Wolfgang: Das jüngste *Eseli* bekamen wir, als es erst zwei Tage alt war. Sechs Monate fütterten wir es alle zwei Stunden mit dem Milchfläschchen. Auch in der Nacht. Die Tiere sind eine gemeinsame Aufgabe, erfüllend und, wenn man so will, auch ehebündend. Meine Frau war in ganz jungen Jahren Brieftaubensoldat. Als es darum ging, Tiere anzuschaffen, wollte ich keine Vögel, sondern mir meinen Bubentraum vom eigenen Esel erfüllen. Es wurde eine grosse Leidenschaft, die uns bis heute verbindet. Während ich noch arbeite, kümmert sich meine Frau vollumfänglich um unsere kleine Herde.

Edith: Mir ist es wichtig, dass die Tiere Auslauf, Licht und frische Luft haben und in einer Gruppe leben können. Obwohl wir keine Kinder haben, verhätschelten wir auch das *Eseli*-Baby nie, und es musste auch immer draussen schlafen. Trotzdem wachsen enge Bindungen. Alle Tiere hören auf ihren Namen und suchen meine Nähe, schubsen mich mit dem Kopf an. Sie wissen, dass wir sie lieben.

Wolfgang: Über die Tiere definieren wir ein Stück weit auch die Beziehung. Wir ergänzen uns in vielen Dingen und eben auch bei den Eseln sehr gut. Wäre Edith weg, würde viel fehlen. Das klingt ein wenig hölzern, aber Liebe ist ein grosses Wort, das oft für die wegensten Träume erhalten muss, was natürlich schiefgehen muss. Ich glaube, wenn aus der Liebe eine so verbindliche und verlässliche Freundschaft wird, wie wir sie führen, kann man sich nicht beklagen.

www.eselmueller.ch
Protokoll: Franziska K. Müller



Breguet
Depuis 1775



Breguet, créateur. Flyback-Chronograph Type XXI

Seit den Fliegeruhren, die Breguet von den 1930er Jahren an kreierte, ist die Manufaktur eng mit der Luftfahrt verbunden. Dazu trug vor allem der legendäre, 1954 für die französischen Marine-Fliegertruppen konstruierte Chronograph Type XX bei, der seither stetig weiterentwickelt wurde. Der Type XXI aus Titan, mit Flyback-Funktion und Minutenanzeige aus der Mitte, ist die zeitgenössische Interpretation seines legendären Vorgängers. Wir schreiben die Geschichte fort...

